Autorisé par la censure militaire belge

Vom Geist der deutschen Demokratie

Von

Dr. August Pieper

Zweite, veränderte Auflage der Schrift:
Demokratische Forderungen und deutsche Freiheit

M. Gladbach 1919, Volksvereins-Verlag GmbH.
Preis 1 Mark 50 Pf.

„Arbeiterwohl", Verband für soziale Kultur und Wohlfahrtspflege

Satzungen

nach den Beschlüssen der XXII. Generalversammlung zu Neuß am 28. Dezember 1904.

§ 1.

Der Verband erstrebt die Förderung der geistigen und wirtschaftlichen Kultur und des sozialen Fortschritts in unserm Volke auf dem Boden des Christentums.

Er wendet sich vor allem an die Gebildeten und Besitzenden, um sie über die einschlägigen Fragen zu orientieren und zur Mitarbeit an deren Lösung anzuregen.

Getreu seiner Tradition wird er sich insbesondere die Förderung der religiösen, sittlichen und materiellen Interessen des Arbeiterstandes angelegen sein lassen.

§ 2.

Der Verband sucht diesen Zweck zu erreichen u. a.:

1. durch Herausgabe der Zeitschrift „Soziale Kultur", einer allgemeinen Revue über die sozialen und kulturellen Bewegungen der Gegenwart;
2. durch Veröffentlichung einer freien Folge in sich abgeschlossener Einzeldarstellungen auf dem Gebiete der sozialen Wohlfahrtspflege;
3. durch Veranstaltung von Konferenzen zur Klärung und Bearbeitung schwieriger Fragen auf dem Gebiete der praktischen Sozialpolitik und der Wohlfahrtspflege in Stadt und Land unter Festlegung ihrer Ergebnisse in Denkschriften und Eingaben;
4. durch Erörterung besonders wichtiger Fragen bei Gelegenheit der Generalversammlung; durch Veranstaltung von Kursen;
5. durch Erteilung von Rat und Auskünften in allen einschlägigen Fragen;
6. durch Mitwirkung bei der Förderung und Ausgestaltung des sozialen Vereinswesens und der gesamten Wohlfahrtspflege.

§ 3.

Der Verband hat seinen Sitz in M.Gladbach.

§ 4.

Jeder großjährige katholische Deutsche kann Mitglied werden.

Die Mitgliedschaft wird nach Meldung beim Vorstande mit dem Empfang der Mitgliedskarte erworben

Der Vorstand kann Ehrenmitglieder ernennen.

Der Austritt aus dem Verband erfolgt durch schriftliche Anzeige.

§ 5.

Jedes Mitglied ist zur Zahlung eines Jahresbeitrages verpflichtet. Die Höhe desselben ist freiem Ermessen anheimgegeben, jedoch beträgt der geringste Satz 5 Mk. Die Verpflichtung zum Jahresbeitrage kann durch einmalige Zahlung von 150 Mk. abgelöst werden. Für den Jahresbeitrag erhält das Mitglied die Zeitschrift „Soziale Kultur" kostenlos zugesandt.

Wenn ein Mitglied trotz Aufforderung mit dem Beitrag rückständig bleibt, so gilt dies als Austrittserklärung.

§ 6.

Der Vorstand besteht aus 20 von der Generalversammlung gewählten Mitgliedern und dem Generalsekretär. Alle zwei Jahre scheidet die Hälfte der gewählten Mitglieder aus. Die ausscheidenden Mitglieder sind wieder wählbar. Der Generalsekretär wird vom Vorstand ernannt.

§ 7.

Der Vorstand wählt aus seiner Mitt. den Vorsitzenden, den I. und II stellvertretenden Vorsitzenden, einen Schriftführer und einen Kassierer.

§ 8.

Der Vorstand führt die Beschlüsse der Generalversammlung aus, vertritt den Verband nach außen und verwaltet dessen Vermögen.

Zur Verpflichtung des Verbandes nach außen ist die Erklärung des Vorsitzenden bezw. eines seiner Stellvertreter und eines andern Vorstandsmitgliedes erforderlich und ausreichend.

§ 9.

Die Generalversammlung wird mindestens alle zwei Jahre vom Vorstande durch Ankündigung in der „Sozialen Kultur" spätestens 2 Wochen vor dem Tage des Zusammentritts berufen. Die Mitglieder sollen überdies durch Einladungsschreiben direkt benachrichtigt werden. Die ordnungsmäßig berufene Generalversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlußfähig.

§ 10.

Der Vorstand hat die Generalversammlung einzuberufen, wenn mindestens ein Fünftel der Mitglieder des Verbandes schriftlich darauf anträgt.

§ 11.

Der Beschlußfassung der Generalversammlung sind folgende Angelegenheiten vorbehalten:

1. Wahl des Vorstandes; 2. Entlastung des Vorstandes; 3. Statutenänderungen; 4. Auflösung des Verbandes.

Die Abänderung der Statuten und die Auflösung des Verbandes kann nur mit einer Mehrheit von zwei Drittel der anwesenden Stimmen beschlossen werden.

§ 12.

Durch den Austritt eines Mitgliedes, durch den Tod desselben, oder durch die Eröffnung des Konkurses über sein Vermögen wird der Verband nicht aufgelöst. Das betreffende Mitglied scheidet aus dem Verband aus. Der Ausscheidende oder seine Erben haben keinen Anspruch auf irgendwelche Abfindung; ihnen stehen die Ansprüche, welche in den §§ 738 und 740 des Bürgerlichen Gesetzbuches festgesetzt sind, nicht zu; ebenso steht den verbleibenden Verbandsmitgliedern der im § 739 festgestellte Anspruch nicht zu.

Bei Auflösung des Verbandes entscheidet, falls die Generalversammlung nicht anders bestimmt hat, der Vorstand über die Verwendung des Verbandsvermögens.

Der Vorstand:

Generalsekretär Prälat-Professor Dr. Hitze, Münster i. W. Fabrikbesitzer Carl Baldus, Charlottenburg. Fabrikbesitzer Viktor Brandts, M.Gladbach. Oberbürgermeister Gielen, Neuß. Unterstaatssekretär Giesberts, Berlin. Landgerichtsdirektor Gröber, Heilbronn. Landesökonomierat Herold, Loevelinkloe. Hofrat Dr. Jaeger, Speyer. Generaldirektor Dr. Pieper, M.Gladbach. Beigeordneter Schilling, Trier. Geh. Justizrat Carl Trimborn, Unkel. Professor Dr. Adolf Weber, Breslau.

Vom Geiſt der deutſchen Demokratie

Von

Dr. Auguſt Pieper

Zweite, veränderte Auflage der Schrift:
Demokratiſche Forderungen und deutſche Freiheit

M. Gladbach 1919, Volksvereins-Verlag GmbH.

hbl, brtl Storage1113
Vom Geist der deutschen Demokratie
3 9153 00481570 2

Inhalt

I. Das Schicksal der freiheitlichen Entwicklung des deutschen Volkes in der Vergangenheit 5
II. Der Geist der organischen Demokratie 17
III. Die innern Gefahren der Demokratie 34
IV. Der Aufbau der Demokratie 44
V. Die Erziehung zur Mündigkeit der Demokratie 53

I. Das Schicksal der freiheitlichen Entwicklung des deutschen Volkes in der Vergangenheit

1. Die deutschen Volksstämme haben sich niemals auch nur auf kürzere Dauer von einer Fremdherrschaft unterjochen lassen. Ihnen war vom Anfang ihrer Geschichte an ein starker Freiheitssinn eigen. Auch in der Regelung ihrer persönlichen und bürgerlichen Verhältnisse dachten sie freiheitlich. Dabei waren sie monarchisch gesinnt. Die Republik als Staatsform des geeinten Volkes haben die Deutschen während ihrer bisherigen Geschichte abgelehnt.

Dieses deutsche Freiheitsgefühl, das sich in dem auf seine Selbstverwaltung im Rat, in Zünften und Gilden stolzen Bürgertum der deutschen Städte ebenso kundgab wie in dem trotzigen Selbstbewußtsein der Fürsten und Grafen, ist der staatlichen Entwicklung der deutschen Nation seit dem Ausgange des Mittelalters zum Verderben geworden, als es zur Schrankenlosigkeit ausartete. Im Auslande nannte man sie deutsche Libertät. Die deutsche Königsgewalt ward von der Eifersucht der Stammesherzöge, des großen und des kleinen Adels, der Städte wie der geistlichen Herren immer mehr ausgehöhlt zugunsten von Landesherrschaften, in denen das Volk der zersplitterten Stämme bald um alle Freiheiten kam. Die Selbstherrlichkeit dieser Territorialfürsten wuchs in dem Maße, als das mächtigere, weil staatlich straffer geeinigte Ausland das deutsche Volk politisch bevormundete. Der Dreißigjährige Krieg begrub nicht bloß Deutschlands Macht und Wohlstand, sondern auch die deutsche Volksfreiheit, während Frankreich und England in nationaler Einheit und Kraftentfaltung stetig aufstiegen und damit ihren Völkern Zeit und Möglichkeit boten, die Volksfreiheit in der Monarchie langsam auszubauen. Das in Kleinstaaten zersplitterte deutsche Volk konnte diese die Verfassung freiheitlich ausbauende Arbeit gegenüber seinen zahllosen und wechselnden Kleinfürsten nun einmal nicht leisten. So wurde es im Denken und Fühlen immer mehr staatslos.

Die Hoffnung, das deutsche Volk, das im Mittelalter die abendländische Christenheit führte, könne noch einmal eine große und starke Nation im Rate der Völker werden, entsank auch seinen geistigen Führern. An der Wende des 18. Jahrhunderts gaben Herder, Wieland, Goethe, Schiller klagend dem Ausdruck. Sie arbeiteten um so unverdrossener an der geistigen und sittlichen Vertiefung des deutschen Geisteslebens und bauten, dessen unbewußt, dadurch der nationalen deutschen Erhebung vor durch die Stärkung deutschen Selbstgefühls ob seines starken und freien Geisteslebens, durch die sittliche Vertiefung der Staatsidee. Der Staatsmann aber, der wieder aufbaute, der Freiherr vom Stein, sah ein, daß „die Wiederbelebung der Gefühle für Vaterland, Selbständigkeit und Nationalehre" und damit die Volkserhebung ausgehen müsse von einer innerpolitischen Befreiung des ganzen Volkes in Stadt und Land. Der Bauernbefreiung von 1807 ließ er 1808 die Einführung der Städteordnung folgen. In der städtischen

Selbstverwaltung der Bürger legte er weise den Grund zu einer neuen Staatsbürgergesinnung. Er dachte auch an eine Volksvertretung im Staate. Diese wurde nach den Befreiungskriegen auf dem Wiener Kongresse 1815 für alle dem Deutschen Bunde angeschlossenen Staaten vorgesehen, alsbald in Süddeutschland eingeführt, in Preußen aber erst 1848 durch die Revolution erzwungen.

Leider wurden die Hoffnungen des deutschen Volkes, der Befreiungstat des Volkes gegenüber dem Fremdherrscher werde nun eine Zeit freiheitlichen Staatslebens folgen, durch die alsbald nach den Kriegen von den Regierungen einsetzende Unterdrückung aller freiheitlichen Bestrebungen des Volkes jahrzehntelang schwer enttäuscht. So ward die junge Blüte zerknickt. Aber der Freiheitsdrang des Volkes war nicht mehr niederzuhalten; er fand seine beste Stütze in dem Rufe nach nationaler Einigung. Auch diese war ein schweres Werk. Im Jahre 1800 bestanden in dem alten Heiligen Römischen Reiche Deutscher Nation noch 300 selbständige Staaten und Stätchen. Von Preußen und durch Bismarck wurde die schwere Aufgabe in die Hand genommen und 1871 gelöst im neuen Deutschen Reiche, dem das freieste Wahlrecht gegeben, dessen Schicksal damit auch in die Hand des Volkes gelegt wurde.

So hat das deutsche Volk in den letzten hundert Jahren an freiheitlicher Entwicklung nachholen müssen, was jahrhundertelang unterbunden war. Dabei hatte es langsam umzuwandeln, was ihm aus dem Militär- und Polizeistaat als Erbe überkam. Es war die Zeit eines Suchens und Versuchens. Der Deutsche nahm dieses staatsbürgerliche Problem viel ernster, erfaßte es tiefer als andere Völker. So hat er es auch gehalten mit der Religion, mit Philosophie, mit Kunst und Literatur. Sein Streben wurde dadurch sachlicher und gründlicher, in der Form und in der Gestaltung blieb es aber schwerfällig und ungelenk. Der Mangel an starkem, ererbtem nationalen Selbstgefühl ließ viele Deutsche dabei immer wieder nach fremden Vorbildern ausschauen, um sie äußerlich nachzuahmen. Vergessen wir nicht, daß Preußen erst seit 1849 eine Volksvertretung hat, die auf dem Dreiklassenwahlrecht aufgebaut, die breiten Massen einflußlos und deshalb auch interesselos am Staatsleben machte. Das Reich mit seinem freien Wahlrecht haben wir noch keine fünfzig Jahre lang, und die nationale Einigung der deutschen Stämme hatte eine Vorbereitungszeit von einem halben Jahrhundert gebraucht. Die starke Hand Bismarcks mußte das Reich schmieden, indem er dem aus sich hilflosen Einigungstrieb zur Verwirklichung half. Die Reichsverfassung konnte nicht sofort vollendet sein. Ein Bundesstaat, gegründet nach so langer Zersplitterung seiner Glieder, mußte in seinem Innenleben sich organisch und deshalb langsam entwickeln.

Deutschland, das seit dem Dreißigjährigen Kriege verarmt war, mußte überdies zunächst sein Wirtschaftsleben ausbauen, um zu Wohlstand und Reichtum zu kommen, der Voraussetzung alles kulturellen und auch staatlichen Fortschritts. Mit seinem wirtschaftlichen Aufstieg und den gewaltigen wirtschaftlichen und sozialen Umwandlungen entstanden schwere wirtschaftliche und soziale Kämpfe. Unglücklicherweise entwickelten sich auch religiöse Kämpfe. Was hat das Reich in den 43 Jahren vor dem Weltkrieg

an innern Schwierigkeiten gehabt durch den Kulturkampf, durch die sozialistische Entwicklung, durch die wirtschaftlichen Interessenkämpfe, insbesondere zwischen Stadt und Land, durch partikularistische Reibungen zwischen den Einzelstaaten, durch Reibungen zwischen Reich und kleinen nationalistischen Gruppen! Wahrlich, keinem Volke ist die Jugend seiner neuen staatsbürgerlichen freiheitlichen Entwicklung so durch innere Schwierigkeiten belastet worden. Der neue Geist durchdrang die überlieferten Formen aus einer unfreien Vergangenheit, konnte diese aber nicht mit einemmal abwerfen. Gegen die freiheitliche Entwicklung haben sich immer wieder gesperrt jene Volkskreise, die vor der Einführung der Volksvertretung im staatlichen Leben auf Grund von Privilegien die Führung hatten.

Schweres Schicksal und eigne Schwächen, deren man nicht völlig Herr zu werden wußte, haben so zusammengewirkt, unsere staatsbürgerliche Entfaltung vielfach schwer zu hemmen.

2. Da kam der Weltkrieg. Er fand ein in seinen Parteien heftig sich bekämpfendes Volk. Die Regierungen, die sich als Vertreter des Obrigkeitsstaates fühlten, standen der Volksvertretung mißtrauisch gegenüber, nicht minder die Parlamente den Regierungen. Nun führte die Not des Vaterlandes plötzlich alle zum begeisterten einmütigen Verteidigungskampfe zusammen. Mit einer Wucht wie noch kein Krieg vorher forderte er vier Jahre lang uns als Gesamtvolk, Waffenfähige und Unbewehrte, jung und alt vom Kinde bis zum Greise zu einer übermenschlichen sittlichen Kraftleistung in Gemeinschaftsgesinnung und Gemeinschaftsarbeit heraus, die uns zum Bewußtsein brachte die organische staatsbürgerliche Verbundenheit aller mit allen, die Gleichwertigkeit jedes Gliedes mit jedem andern in Anbetracht seiner Unentbehrlichkeit für den Bestand der Gesamtheit. Da durfte kein waffenfähiger Mann, auch nicht der bejahrte, daheimbleiben. Die nicht waffenfähigen Männer und Jünglinge wurden zum Vaterländischen Hilfsdienst gesetzlich verpflichtet. Freiwillig mußten die Frauen und Mädchen in Stadt und Land in die von den Männern verlassenen Arbeitsstellen einrücken. Alle mußten infolge der wirtschaftlichen Abschließung Deutschlands unsägliche Entbehrungen tragen. Und keiner durfte versagen. Kein Stand und keine politische Partei. Wenn auch nur eine größere Gruppe im Lande aus Verbitterung oder Machtstreben den Dienst am Vaterlande verweigerte oder gegen die Kriegsnotordnungen sich auflehnte, war alles verloren.

Der Kaiser, auf dessen Seele sich die gewaltigste Verantwortung legte, fühlte am besten, daß nur das Aufgebot der Urkraft des Volkes uns retten konnte. Deshalb sprach er das befreiende Wort: Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche; aus diesem Fühlen und Denken forderte er im Schlosse zu Berlin am Schlusse seiner Thronrede die Führer der Reichstagsparteien als die Volksvertreter auf, durch Handschlag ihm zu geloben, mit ihm durch Not und Tod zu gehen. Deshalb ließ seine Regierung, als das Volk sich wie ein Mann erhoben hatte, alle Ausnahmemaßregeln gegen die politischen Bestrebungen der Sozialdemokratie fallen, zog sie zu den Kriegswohlfahrtseinrichtungen ebensogut die anerkannten Vertreter der Sozialdemokratie zu wie die jeder andern Partei. Überall im Lande folgte man diesem Beispiele. Dies Vertrauen auf das Volk ist

nicht enttäuscht worden. Die Sozialdemokratie bekannte sich sofort zu ihrer vaterländischen Pflicht, im Felde wie daheim taten ihre Anhänger ihre Schuldigkeit so gut wie jeder andere. Die in der Heimat politisierende Gruppe der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei wurde durch die sozialdemokratische Mehrheitsgruppe so weit in Schach gehalten, daß sie die Einheitlichkeit der vaterländischen Arbeit nicht stören könnte. Es ist verständlich, daß der Kaiser sich ergriffen fühlte von solcher Treue des Volkes in seiner großen Gesamtheit. Hatte er doch gleich nach seinem Regierungsantritt die Seele des Volkes zu gewinnen gesucht. Damals fiel das Sozialistengesetz, bekannte er sich in den Februar-Erlassen zur Sozialpolitik des Vertrauens, sprach er das Wort, daß mit Recht die Arbeiter die Durchführung der Gleichberechtigung fordern. Der Prozeß des Wiedergewinnens der in der Sozialdemokratie an Staat und Gesellschaft verzweifelnden Arbeiter ging nicht so schnell, wie er es wünschte. Seinen Unmut hat er nicht verhehlt; er ist aber seiner Sozialpolitik nicht untreu geworden. Und sie hat sich bewährt. Gerade der Krieg hat das bewiesen. Jetzt drängte es ihn, die in der Stunde der Not Wiedergefundenen, aber schon lange nach Verständigung, Vertrauen und Versöhnung sich Sehnenden in Vertrauenskundgebung und Verständigungswillen ritterlich zu übertreffen. Im Verkehr mit den Kriegern draußen, in seinen allgemeinen Kundgebungen bei Beginn eines jeden neuen Kriegsjahres, in seinen gelegentlichen Ansprachen. Er war glücklich darüber, daß er sich eins wußte mit seinem ganzen Volke und feierte immer wieder das herrliche, unübertreffliche Volk in tiefempfundenen, hinreißenden Worten. Deren Echo waren die feierlichen Bekenntnisse des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg im Reichstag und im Preußischen Abgeordnetenhause, die eine Politik der Verständigung und des Vertrauens ankündeten. Ihre bindende Bestätigung fanden sie in der Osterbotschaft des Kaisers vom 7. April und in dem Erlaß vom 11. Juli 1918. Eine neue Zeit wurde hier verkündet, in der er gelobte, durch „den Ausbau unseres innerpolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens" „einem treuen, tapfern, tüchtigen und hochentwickelten Volke das Vertrauen entgegenzubringen, das es verdient" und „für die freie und freudige Mitarbeit aller Glieder unseres Volkes Raum zu schaffen".

Die preußische Wahlrechtsfrage, welche das gleiche Wahlrecht enthielt, wurde eingebracht, im Reiche den Riesenwahlkreisen weitere 41 Mandate unter Zugrundelegung der Verhältniswahl zugestanden. Ein besseres Vertrauensverhältnis zwischen Reichsregierung und Reichstag wurde dadurch eingeleitet, daß gemäß dem Wunsche des Reichstags in Zukunft der Kaiser nicht mehr wie bisher bloß aus den Reihen der Beamten die Staatssekretäre und andere Reichsbeamte ernennen werde, sondern auch zu einem Teil aus Vertrauensmännern der Reichstagsparteien. Wichtige Angelegenheiten der auswärtigen Politik wurden in vertraulichen Besprechungen mit den Führern der Reichstagsparteien ständig, und zwar vor deren Erledigung beraten, u. a. auch in einem zu diesem Zwecke für die Kriegszeit gebildeten Siebener-Ausschuß. Preußische Minister aus den Reihen der Vertrauensmänner der Parteien des Abgeordnetenhauses wurden ernannt.

Diese Herbeiführung eines Vertrauensverhältnisses zwischen Reichsregierung und Reichstag war von grundlegender Bedeutung für die Vollendung der Umwandlung des alten Obrigkeitsstaates in den neuzeitlichen Volksstaat. Bisher standen Regierung und Volksvertretung beiderseits mit einem gewissen grundsätzlichen Gegensatz und Mißtrauen einander gegenüber. Es war das die Nachwirkung der Kämpfe, die um die Einführung und die Rechte der Volksvertretung im letzten Jahrhundert geführt werden mußten. Hatte früher der Militär- und Polizeistaat mit seiner Beamtenschaft den Untertanen gegenüber sich als der Überlegene und Herrschende gefühlt, so umgekehrt die Untertanen als die Beherrschten, Bevormundeten, vielfach Vergewaltigten. So kam der eine in die Oppositionsstimmung gegen den andern. Aus dieser Zeit stammte die hier und da in kleinbürgerlichen Kreisen und in breiten Volksmassen verbreitete Neigung, den guten Volksvertreter danach zu beurteilen, ob er nicht zu selten der Regierung Opposition macht. Dem entsprach auf seiten der Behörden und Regierungen das grundsätzliche Mißtrauen gegen Volksrechte und Volksfreiheiten, die doch meist nur zur Opposition mißbraucht würden. Wie viele unfruchtbare Kämpfe sind zwischen Volksvertretung und Regierung infolgedessen geführt! Wie aber die soziale Entwicklung dahin geführt hat, daß Unternehmer und Arbeiter, statt miteinander um die Macht zu ringen, auf dem Boden der Gleichberechtigung nunmehr durch Verständigung und gegenseitiges Vertrauen einen Ausgleich der Interessen suchen, so mußte nun auch die Regierung, statt in Kämpfen und in Plänkeleien mit der Volksvertretung, in einem vertrauensvollen Verhältnis zu ihr, in Verständigung und in Ausgleich den rechten Weg suchen. Und wie wiederum alle sozialen Reformen im einzelnen zugunsten der Arbeiter vergebens den sozialen Frieden und insbesondere eine Ausräumung des revolutionären Radikalismus erstrebten, solange nicht grundsätzlich die Gleichberechtigung der Arbeiter mit den Unternehmern wie vor der Gesetzgebung und Verwaltung mit allen übrigen Volkskreisen ehrlich durchgeführt war, so war auch eine Gesundung unserer innerpolitischen Verhältnisse nur zu erreichen, wenn die Regierung auch in der Praxis die Gleichberechtigung der Volksvertretung anerkannte. Erst dann auch wurde den revolutionären und radikalen Strömungen im Staatsleben der Boden wirkungsvoll abgegraben und war ein Zurückebben derselben zu erwarten.

Damit war auch die grundsätzliche Frage des parlamentarischen Regierungssystems für das Reich und die Bundesstaaten aufgerollt. Sie wurde in den Parlamenten erörtert, aber die Mehrheit der bürgerlichen Parteien lehnte noch 1917 ihre Einführung ab. So kam die Erweiterung der Volksfreiheiten ins Stocken, der Widerstand dagegen erhob sich vielmehr immer stärker. Die preußische Wahlrechtsvorlage wurde verschleppt, dann von einer Mehrheit des Abgeordnetenhauses verschlechtert, insbesondere das gleiche Wahlrecht abgelehnt und ein schlimmes Pluralwahlrecht beschlossen, das offen seine Spitze gegen die Arbeiterklasse richtete. Die für die Vermehrung der Volksfreiheiten sich einsetzenden Reichskanzler v. Bethmann Hollweg und v. Hertling wurden scharf bekämpft, wobei das Hauptquartier unter der Diktatur Ludendorffs Hilfe

leistete. Ebendieselben Kreise bekämpften die Friedensresolution des Reichstags von Juli 1917.

3. Die Einführung der Volksregierung im Oktober 1918. All das brachte böse Verbitterung ins Land und unter das Heer, verschärfte die bittere Fehde zwischen der alten Sozialdemokratischen Partei und der Unabhängigen Sozialdemokratie. Als dann im Frühjahr 1918 die Offensive im Westen mißlang, unsere Truppen immer mehr sich zurückziehen mußten, weil Amerikas Waffenhilfe unsern Gegnern eine Übermacht gebracht hatte, kam plötzlich zu der militärischen auch die politische Krise. Ende September 1918 trat der Reichstag, früher als beabsichtigt war, zusammen, weil die politische Spannung, zumal bei der sich verschlechternden militärischen Lage im Westen, eine Entlastung verlangte. Auf Veranlassung Ludendorffs, der den Krieg als verloren bezeichnen mußte, wurde nun plötzlich ein neues Kabinett, die parlamentarische Regierung eingeführt, um die Verhandlungen über Waffenstillstand und Frieden mit den demokratisch regierten Gegnern aussichtsreich führen und innern Wirren, die jedem verlorenen Kriege folgen, besser begegnen zu können. Das alte Regierungssystem dankte damit auf der ganzen Linie mit auffälliger Hast ab und gab hierdurch seinen Zusammenbruch in der innern und auswärtigen Politik zu. Die Antrittsrede des neuen Kanzlers Prinz Max von Baden, am 5. Oktober 1918, legte davon öffentliches Bekenntnis ab. Aber leider war es ein Zugeständnis in einer Stunde, da der alten Regierung das Wasser bis an den Mund stand. Es war zu spät gegeben; bei der Sozialdemokratie und bei weiten Kreisen im Lande, auch im Heer fand es kein Vertrauen mehr. Wären im Frühjahr 1917 der Osterbotschaft die Verfassungsänderungen vom Oktober 1918 unmittelbar gefolgt, so hätten sie nach menschlichem Ermessen vollen Erfolg gehabt. Aber damals war eine tragkräftige Reichstagsmehrheit für eine Volksregierung wegen Zurückhaltung der bürgerlichen Parteien nicht vorhanden. Auch diese kamen zu spät.

Die neuen Verfassungsänderungen, welche der Reichstag in den Oktobertagen 1918 rasch beschloß, brachten die Demokratie und stellten die Verfassung des Deutschen Reiches an die Spitze der freiheitlichen monarchischen Staatsverfassungen der Welt. Die gesamte Regierungsgewalt wurde in die Hand der verantwortlichen Regierung gelegt, die Militärgewalt der Zivilgewalt unterstellt. (Vgl. Die deutsche Revolution 1918, 3 ff. M.Gladbach, Volksvereins-Verlag.) Nach den neuen Verfassungsbestimmungen bedarf der Reichskanzler, dem die gesamte Reichsleitung untersteht, zu seiner Amtsführung des Vertrauens des Reichstags. Es ist also unmöglich, daß ein Reichskanzler sein Amt antritt oder im Amte verbleibt ohne die Zustimmung der Reichstagsmehrheit. Zum Zeichen dessen muß eine Reihe der Staatssekretäre den Parteien der Reichstagsmehrheit entnommen sein, die übrigen Staatssekretäre müssen mit deren Regierungsgrundsätzen übereinstimmen. Der Reichskanzler ist dem Reichstage verantwortlich für alle politischen Handlungen des Kaisers. Der Reichskanzler und seine Stellvertreter sind für ihre Amtsführung dem Bundesrat und dem Reichstag verantwortlich; gegebenenfalls haben sie sich vor einem Staatsgerichtshof zu verantworten.

Der Kaiser hat den Oberbefehl über Heer und Flotte. Die Ernennung, Beförderung und Verabschiedung der Offiziere durch den Kaiser bedürfen nunmehr der Gegenzeichnung des Reichskanzlers, und soweit es sich beim Heer um die Kontingente der einzelnen Staaten handelt, der Gegenzeichnung des Kriegsministers. Das Marinekabinett ist dem Reichskanzler, das Militärkabinett dem Kriegsminister unterstellt, der wiederum dem Bundesrat und dem Reichstag verantwortlich ist. Für persönliche Politik des Kaisers, für Sonderpolitik einzelner Staatssekretariate, des Marine- und Militärkabinetts ist also in Zukunft kein Platz mehr. Mit einem Schlage sind so Zustände beseitigt, deren Änderung seit Jahrzehnten aus den Reihen der Volksvertretung erfolglos gefordert wurde. Der Reichskanzler hatte recht, wenn er sagte, daß das deutsche Volk jetzt mündig geworden sei.

4. Die deutsche Revolution vom November 1918. Drei Viertel der Reichstagswähler, welche durch die sozialdemokratische Mehrheitspartei, die beiden liberalen Parteien und das Zentrum vertreten waren, stützten die neue Volksregierung. Hoffnungsfreudig durfte man in die Zukunft sehen, wenn diese Volksregierung ungehindert durch äußere und innere Hemmnisse wirken konnte. Es wäre der neuen Volksregierung leicht gewesen, in der Verfassung der Einzelstaaten und der Gemeinden, in der Verwaltung von Reich, Staat und Gemeinde, in der Wirtschafts- und Sozialpolitik die weitern demokratischen Forderungen durchzuführen. Die Mehrheitssozialisten waren auch bereit, den organischen Ausbau der Demokratie in einer Volksregierung durchzuführen, an der auch die zur Demokratie sich bekennenden bürgerlichen Parteien beteiligt sein sollten. Da gelang es der Unabhängigen Sozialdemokratie, im Heere Boden zu fassen und Mißtrauen gegen die ehrlichen Absichten der neuen Volksregierung in weiten Kreisen des Heeres und der Heimatbevölkerung zu verbreiten. Diese Kreise waren durch die wirtschaftlichen Entbehrungen, die Plackereien der Kriegswirtschaftsordnung, durch die Verschärfung der Klassengegensätze zwischen reich und arm, zwischen Offizieren und Mannschaften, durch die unglückliche Kriegs- und Friedenszielpolitik, durch die unverantwortliche Bekämpfung und Behinderung der Erweiterung der Volksfreiheit zu sehr verbittert und gegen die Monarchie und die bürgerliche Staats- und Gesellschaftsordnung mißtrauisch gemacht. Man forderte darauf die Abschaffung der Monarchie, und als der Kaiser am 9. November abdankte, war in den Hansastädten und in München bereits von den Unabhängigen die Revolution in Gang gebracht. Genau so wie beim politischen Streik im Januar 1918 überrumpelten die Unabhängigen die alte Sozialdemokratische Partei, und diese sah sich genötigt, mitzugehen, wollte sie einen Bürgerkrieg vermeiden, den die von der Spartakusgruppe vorwärtsgetriebenen, von bolschewistischen Neigungen angesteckten Unabhängigen sonst gewagt hätten. (Vgl. a. a. O. 12 ff.) Die Diktatur der Arbeiter- und Soldatenräte ward aufgerichtet, die bürgerlichen Parteien wurden von allen politischen Machtstellen ausgeschlossen.

Damit war die Volksregierung vom Oktober 1918 über den Haufen geworfen, die eben eingeleitete verheißungsvolle Entwicklung abgebrochen. Nunmehr bleibt den bürgerlichen Parteien nichts anderes übrig, als durch

Wahlen zur Verfassunggebenden Nationalversammlung wieder Einfluß zu gewinnen und statt der Diktatur die Demokratie auf republikanischer Grundlage wieder herbeizuführen. Die Mehrheitssozialisten sind dazu bereit, die Unabhängigen wehren sich dagegen, die Spartakusgruppe will die gewalttätige Revolution, ja mit der russischen Sozialdemokratie die Weltrevolution und die dauernde Diktatur des Proletariats.

5. Die beiden Grundforderungen der Revolution. In dieser Lage der Dinge müssen die bürgerlichen Kreise eine Verständigung mit den Machthabern der Revolution, insbesondere mit den Mehrheitssozialisten, anbahnen, damit der Wiedereintritt ordnungsmäßiger Verhältnisse möglich und der Sieg des Bolschewismus verhindert wird. Dann aber müssen sie die zwei nebeneinander herlaufenden Triebkräfte der Revolution, die Forderung nach Demokratisierung und Sozialisierung, in Betracht ziehen und ihnen grundsätzlich, offen und ehrlich gerecht zu werden suchen. Nicht aus feiger Liebedienerei gegen die vorläufigen Sieger, sondern um dem Rechnung zu tragen, was in der Revolution zur Macht gekommen, und ohne Bürgerkrieg, der uns alle vernichten würde, nicht mehr grundsätzlich in Frage kommen kann. Die jüngste Entwicklung ist gewaltig über das Ziel hinausgeschossen; sie muß nun auf das durch die Natur geforderte Maß zurückgeführt werden.

Die Mehrheitssozialisten haben sich stets durch ihre Taktik auf dem Wege zu demselben Ziele von den Unabhängigen unterschieden. Jene wollen ernstlich wie diese das Endziel der sozialen, das heißt sozialistischen Republik. In diesem Endziel sind sie einig. Grimmig verfeindet haben sie sich seit ihrer Spaltung durch ihre Taktik auf den Wegen zum Ziele, ob durch gesetzmäßige Entwicklung, die Evolution, oder durch Gewaltherrschaft. Jene wollten zunächst die politische Demokratisierung. Sie glaubten mit Recht, diese durch die Änderungen der Verfassung gemäß dem Programm des Prinzen Max von Baden erreicht zu haben, weil die Reichstagsmehrheit, darin auch die Mehrheit der bürgerlichen Parteien und der bürgerlichen Wähler, sich zu ihr bekannten. Die Sozialisierung sodann erstrebten die Mehrheitssozialisten ebenfalls als ihr Programm und glaubten sie auch in schrittweiser, organischer Entwicklung deshalb nach und nach erreichen zu können, weil nach ihrer Überzeugung die bürgerlichen Parteien an die Aufrechterhaltung der Volksregierung unlöslich gebunden und deshalb auch zur Mitarbeit an jener gesetzmäßigen Sozialisierung genötigt waren. Sie sahen in ihrer verständigen Beurteilung der Dinge ein, daß das heutige, dazu noch durch den Krieg geschwächte und wieder aufzubauende deutsche Wirtschaftsleben zu einer sofortigen und allgemeinen Sozialisierung, das heißt Überführung zur Gemeinwirtschaft unter Leitung von Staat und Gesellschaft, nicht reif sei, sondern wie bisher in organischer Weiterentwicklung heranreifen müsse. Darin hatten sie recht.

Die Unabhängigen aber waren während des Krieges in der radikalen, doktrinären Opposition geblieben und glaubten, nur durch Gewaltherrschaft sei die Sozialisierung herbeizuführen, und Deutschland sei völlig reif dafür. Sie wollen an den guten Willen der bürgerlichen Mehrheit zur Mitwirkung an einer Sozialisierung nicht glauben. Darum tyrannisieren sie heute wie

auch beim Ausbruch der Revolution die Mehrheitssozialisten. Diese verdächtigen sie damit, daß die bürgerlichen Parteien unter Berufung auf jene die baldige Einberufung der Nationalversammlung so stürmisch verlangen; die Bürgerlichen erhofften damit die Arbeiter um die Früchte der Revolution zu betrügen Die Unabhängigen fordern daher, daß vor der Nationalversammlung die Sozialisierung durchgeführt und dadurch die Herrschaft des Proletariats gesichert sei, da die bürgerlichen Parteien, wenn sie erst durch die Nationalversammlung Einfluß auf die demokratische Volksregierung erhalten hätten, die Sozialisierung grundsätzlich bekämpfen und behindern würden Die Mehrheitssozialisten dagegen erklären, daß auch dann die nach dem Stande unserer Wirtschaftsentwicklung praktisch mögliche Sozialisierung deshalb gesichert sei, weil die bürgerlichen Parteien in der neuen demokratischen Volksregierung nicht ohne die Mehrheitssozialisten auskommen könnten und deshalb sich zur Sozialisierung bekennen müßten. Anderseits könne ohne die Mitwirkung der Bürgerlichen die Sozialisierung nicht durchgeführt werden, wie man ohne sie jetzt ja auch nicht regieren könne.

Aus diesem von Tag zu Tag sich verbitternden Hin- und Herzerren, das auf die Dauer zur Selbstzerstörung führen muß, kommen wir nur heraus, wenn die bürgerlichen Parteien folgendes beherzigen und zur Tat machen:

Erstens: Wir müssen mit der Forderung der Nationalversammlung stets verbinden das uneingeschränkte Bekenntnis zur ehrlichen Demokratisierung unseres politischen Lebens in Reich, Staat und Gemeinde. Die bloße Forderung der Nationalversammlung können auch die Gegner der Demokratisierung aufstellen. Diese bloße Forderung, wie sie auch in manchen Versammlungen bürgerlicher Parteien gestellt ist, macht auf der andern Seite nur mißtrauisch. Dem muß auch in dem neuen Programm dieser Parteien Rechnung getragen werden, und nicht bloß durch dessen Worte, sondern auch durch die Ausscheidung aller jener Kreise aus den neuen zur Demokratie sich bekennenden Parteien, welche bis vor kurzem die ehrliche Demokratie bekämpft oder nur gezwungen mitgemacht haben.

Zweitens: Außer der Demokratisierung muß auch die Sozialisierung grundsätzlich und ernstlich von uns bekannt werden; wir müssen zudem die sofortige Sozialisierung der dazu reifen Unternehmungsgruppen zugestehen und mit einleiten. Dazu gehören die über das von Einzelunternehmern zu bewältigende Maß längst hinausgewachsenen, insbesondere die zu Privatmonopolen gewordenen und durch die eigne freie Entwicklung vertrusteten oder syndizierten gewaltigen Unternehmungen, unter anderm die Großunternehmungen oder Syndikate von Kohle, Erz und Kali, die schon Privatmonopole sind und in Staatsmonopole überführt werden können. Soweit Großunternehmungen für die Gemeinbewirtschaftung durch die Gesellschaft oder den Staat noch nicht reif sind oder nie reif werden, insbesondere mit Rücksicht auf die ausländische, nicht sozialisierte Industrie, können sie dadurch sozialisiert werden, daß durch die Besteuerung ein Teil des Ertrags der Gesamtheit zugeführt wird. Nicht der Besitz, sondern der Betrieb und besonders die Nutznießung ist bei

aller Sozialisierung das Entscheidende. Zuletzt bringt die Sozialisierung mit sich, daß die Organisationen der Arbeiter und Angestellten an der Regelung des Betriebs beteiligt werden durch Arbeitsgemeinschaft zwecks konstitutioneller Arbeitsregelung. Letztere Forderung ist inzwischen von den Unternehmerorganisationen bereits zugestanden.

Zwingend für solchen Entschluß wird die Einsicht sein, daß die kapitalistische Wirtschaft bereits vielfach eine Entwicklung genommen hat, die immer weitere Gebiete der Herrschaft riesenhafter Privatmonopole überliefert. Diese Herrschaft bedeutet eine neue Feudalität, nicht in den Händen einzelner Fürstengeschlechter, die sich durch Abstammung, durch landesväterliche Fürsorge, durch gemeinsames Erleben aller völkischen Schicksale, durch Pflege ritterlicher Tugenden, durch Förderung der Kultur mit ihren schutzbefohlenen Völkern verwachsen fühlen, sondern in den Händen geschäftstüchtiger Unternehmer und Kreditgeber oder mehr noch namenloser, unpersönlicher Kapitalverwertungsvereinigungen, geleitet von den Trieben des Kapitals, sich durch Umlauf immer von neuem zu vermehren. Zu den Tausenden oder Zehntausenden von Angestellten und Arbeitern haben diese neuen immer unpersönlicher werdenden Herrschaften keine andere Beziehung als die der Indienststellung unter die Unternehmung und des Feilschens mit ihnen um den Anteil am Gewinn. Diese Riesenunternehmungen können durch einen Privateigentümer persönlich nicht mehr verwaltet werden; der für die Privatwirtschaft wesentliche Grund, daß der Besitzer der Produktionsmittel eben durch das Recht der freien, persönlichen Leitung und Verfügung am wirksamsten angetrieben und befähigt wird zur höchstmöglichen Ergiebigkeit des Betriebs, fällt bei solchen Mammutunternehmungen immer mehr weg. Diese neuen Feudalherren sehen auch durchweg nicht als die soziale Verpflichtung ihres Besitzes die persönliche Pflege eines Geistes- und Seelenadels, der Tugenden eines Edelmannes, eine Standesaufgabe, die das altpreußische Junkertum unserer Tage noch in mancher Hinsicht achtenswert, ja liebenswürdig erscheinen ließ. Unter den Vertretern des Kapitalfeudalismus hat sich statt dessen immer mehr ein Protzentum und Emporkömmlingswesen entwickelt, das am widerwärtigsten der Kriegsgewinnler zum Ausdruck zu bringen suchte. Die Wertung des Ertrags als müheloser Gewinn, als unverdienten Wertzuwachs im allgemeinen Urteil und im Volksempfinden hat sich insbesondere an jenen Gruppen von Unternehmungen gebildet. Das alles in einer Zeit wachsenden demokratischen Denkens und Fühlens, das schon längst die Massen zur gewerkschaftlichen Organisation zwecks Selbstbehauptung der Persönlichkeit des Angestellten und Arbeiters gegenüber dem kapitalistischen Unternehmer geführt hat. So ist es natürlich, daß der Wille zur Selbstregierung des Volkes im Staate, der sich eben erfolgreich durchgesetzt hat, sich auch durchsetzen will überall dort im Wirtschaftsleben, wo Riesenunternehmungen sich in Gestalt von Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung privatkapitalistisch schon selbst vergesellschaftet und von dem freien Wettbewerb der Privatunternehmungen immer weitere Gebiete des Erwerbslebens ausgeschaltet haben, wo auf der andern Seite Unternehmungen als Privatmonopole, die Naturschätze verwerten, drückende Gewalt über die Gesamtheit der Verbraucher

ausüben. In den Kreisen der mittlern und kleinern Besitzer in Handwerk, Handel, Landwirtschaft, Wohnungsherstellung, Kreditvermittlung hat sich zudem das Genossenschaftswesen tief eingelebt als eine förderliche Ersetzung der Privatwirtschaft bei bestimmten Zweigen des Wirtschaftslebens. Das bedeutet ebenfalls eine Sozialisierung. Das Genossenschaftswesen ist aber undurchführbar dort, wo die zweckmäßige Ausnützung der Produktivkräfte in der Regel zur Riesenunternehmung geführt hat. Man kann hier die technische Betriebsweise ohne Schädigung der Gesamtheit nicht rückwärts führen; darum bleibt nur übrig, den Weg zu beschreiten, den man gegangen ist im Eisenbahnwesen des Staates, in den Gemeindebetrieben der Straßenbahnen, Wasser-, Licht- und Kraftwerke. Man schuf entweder reine Gemeindebetriebe oder gemischtwirtschaftliche Betriebe, in welchen Privatkapital und Gemeinde sich vereinigt haben.

Nicht weltfremde Gedanken, sondern natürliche Entwicklungsgänge sind es also, die ein weiteres besonnenes Beschreiten der Überführung von Privatwirtschaften, die reif dafür sind, in gemeinwirtschaftliche Unternehmung des Staates befürworten. Zumal allein schon der ungeheure Geldbedarf des durch den Krieg verschuldeten Reiches, des Staates und der Gemeinden die Schaffung von Reichs-, Staats- und Gemeindemonopolen, seien es Produktions- oder Handelsmonopole, fordern, dort aber, wo der Monopolbetrieb sich in wirtschaftlicher Hinsicht nicht empfiehlt, die Besteuerung des Gewinnes erheischen.

Diese Sozialisierung darf zwar nicht sozialistischen Liebhabereien und Phantastereien zuliebe versucht werden. Sozialisten haben schon längst vor dem Krieg in wissenschaftlicher Untersuchung nachgewiesen, daß gerade das deutsche Wirtschaftsleben so verwickelt und feinfühlig ist, daß hier nur von Fall zu Fall, nicht nach einem Schema vorgegangen werden kann. Daß man nur dort die Gemeinbewirtschaftung ohne schwere Schädigung durchführen kann, wo ganze Wirtschaftsgruppen dazu reif sind, denn die Sozialisierung nur einzelner Unternehmungen eines Wirtschaftszweiges müßte ruinös wirken auf die übrige Mehrzahl der Privatunternehmungen. Diese Gruppen müssen reif dafür sein, denn jede Vergewaltigung der Natur rächt sich durch den Untergang des Mißhandelten. Außerdem muß beachtet werden die Rückwirkung der Sozialisierung auf die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands in der Weltwirtschaft, mit der wir unlöslich verwachsen sind. Zuletzt ist zu berücksichtigen, daß Deutschlands Wirtschaftsleben durch den Krieg völlig umgewälzt und schwer verwundet ist. Um so sorgsamer müssen wir es gerade jetzt und in den nächsten Jahrzehnten behandeln; denn Gewaltkuren und außerordentliche Belastungen erträgt es am wenigsten während der Überführung von der Kriegs- in die Friedenswirtschaft und beim Wiederaufbau.

Soviel zur grundsätzlichen Frage der Sozialisierung, die als solche schon Einschränkungen fordert. Im einzelnen muß die Frage von Fall zu Fall erst noch geklärt werden. Und das erfordert Zeit und Überlegung. Die höhern Gewerkschaftsführer bringen dafür Wissen und Können mit, während die bloß politisierenden Sozialisten, die fast nur aus Buchgelehrten, Zeitungsmännern und Agitatoren sich zusammensetzen, hier fast ganz

auf den Beirat der Gewerkschaftsführer und noch mehr der bürgerlichen Vertreter der Wissenschaft und des Wirtschaftslebens angewiesen sind. Im Kampfe mit den bürgerlichen Kreisen ist also diese Frage einfach gar nicht zu lösen.

6. Nach alledem ist die Verantwortung der bürgerlichen Kreise und der Mehrheitssozialisten in gegenwärtiger Stunde so groß. An ihrer Einsicht und ihrem Willen liegt es, noch alles zum Guten zu wenden. Denn die Kräfte des deutschen Volkes reichen nicht bloß zum notdürftigen Wiederaufbau, sondern auch zum ruhmvollen, wenn auch arbeitreichen und mühsamen weitern Aufstieg, falls wir die neue demokratische und soziale Wendung verständnisvoll aufgreifen und organisch fördern. Deutschland hat am schnellsten und erfolgreichsten die kapitalistische Entwicklung vorangetrieben, damit auch ihre Gegenwirkung, den Sozialismus. Es wies die größte, bestorganisierte und wissenschaftlich am höchsten entwickelte Sozialdemokratie auf. So wurde ihm vom Schicksal die Aufgabe, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Neuordnung in Überwindung des Kapitalismus durch die gesunden Gedanken des Sozialismus vorbildlich für die entstehende neue Menschheitsgesellschaft zu versuchen. Gelingt ihm das, so überflügelt es in der nun werdenden neuen Welt alle seine jetzigen Widersacher.

Das ist aber nicht mit Mechanik, sondern nur durch lebenspendenden, von innen aufbauenden und gestaltenden Geist zu erreichen. Die ältern Demokratien anderer Völker haben uns zur Lösung dieser Aufgabe wenig zu sagen, es sei denn, daß die vielfache Entartung des demokratischen Gedankens uns zur Lehre dient, wie wir es nicht machen sollen. Laßt uns diese Lehre ernstlich nützen, um in der Hauptsache aber eine bessere, neue Demokratie aufzubauen aus der Eigenart des deutschen Geistes, unter Anknüpfung an die segensreiche Entwicklung, welche der Geist deutscher *Freiheit* in Vermählung mit dem deutschen *Genossenschaftsgeist* in der Jugendzeit und im jungen Mannesalter unseres Volkstums genommen hat. (Vgl. Meinecke in: Die deutsche Freiheit. Fünf Vorträge von Harnack, Meinecke, Sering, Troeltsch, Hintze, 1917, 27.)

Diese deutsche Demokratie, welche wir aufbauen wollen, soll Raum und Entwicklungsmöglichkeit gewähren für eine organische Volksfamilie. Die ältern Demokratien leiden heute noch an dem Konstruktionsfehler des *Individualismus*, der in ihren Grundgesetzen verankert ist. Das Neue der deutschen Demokratie muß gerade darin bestehen, daß der Sozialismus in ihr Fundament eingefügt wird und Gelegenheit findet, sich zur sittlichen Schicksalsverbundenheit des *Solidarismus* auszuwirken.

Deshalb muß ihr Bau von vornherein auf jene lebendige Schicksalsverbundenheit Rücksicht nehmen, die zu verwirklichen zwar nicht direkte Aufgabe der Demokratie ist — das kann sie nicht leisten —, die aber unter dem Schutz und Schirm der Demokratie sich als „Volk" und Volkstum in seinen vielgestaltigen Lebensäußerungen entwickeln soll.

Diese „Familie", die es auf dem Boden der demokratischen Freiheit anzusiedeln und auszugestalten gilt, diese beseelte Gemeinschaft des Volkes, die mit ihrem Staatswesen immer mehr zur Einheit verwächst wie die

bäuerliche Familie mit ihrer Scholle und die städtische mit dem Hause, darin sie wohnt, schwebt uns vor, wenn wir im folgenden von „Demokratie" sprechen. Nicht so sehr ihre mechanische Baupolizeiordnung und ihre technischen Einrichtungen sollen uns beschäftigen, als vielmehr das Lebendige, dessen Form, Skelett und Schale der technisch-staatliche Apparat ist.

II. Der Geist der organischen Demokratie

Mit dem Worte Staat bezeichnen wir zwei eigentlich grundverschiedene Begriffe: einerseits den mechanisch-juristischen Apparat, den menschliche Denkarbeit erfunden hat, anderseits die lebendige, naturgemäß gewachsene Volksfamilie. Ganz ähnlich wie mit dem Worte Haus. Der Baumeister, der das Haus gebaut hat, muß sich zwar nach den Bedürfnissen der Familie richten, die es bewohnen soll; aber er braucht nicht und soll nicht das Familienleben in diesem Hause selbst gestalten. Der Jurist, der den Ehevertrag aufgesetzt hat, der Standesbeamte, der die Trauung vollzogen hat, ist nicht verantwortlich für das, was die Eheleute nachher aus ihrer Familie machen. Das kommt auf die Eheleute selbst an. Das Haus ist dabei nicht gleichgültig, der Ehevertrag auch nicht; aber das sind bloß die mechanischen Bedingungen für organisches Familienleben.

Ich kann den Staat fassen als den zeitgeschichtlich bedingten juristisch-technischen Apparat, der seine Formen wechselt, an dem man herumflickt und stückert und stümpert. Er kann verknöchern, so daß in seinem Rahmen ein organisches Wachstum unmöglich geworden ist. Er kann zur Zwangsjacke werden, in der es nicht mehr auszuhalten ist. Auf die Dauer läßt sich das Leben nicht durch intellektualistische Kunststücke vergewaltigen. Es sprengt die künstlichen Hemmungen im Drange nach größerer Freiheit des Wachstums und der Entwicklung. Es muß sich dann allerdings schon bald wieder neue, ihm mehr angemessene Formen schaffen. Diese Formen werden wiederum mechanisch, unvollkommen sein, um so mehr, je enger der Spielraum für das Wachstum und die Entwicklung des Lebens ist. Je mehr sie dem organischen Wachstum Rechnung tragen, desto vollkommener werden sie sein. Gesetze, Einrichtungen sind nicht dazu da, organisches Wachstum zu ersetzen. Der Staat als Einrichtung, Verfassung, Verwaltung ist nicht der „präsente Gott". Das organische Wachstum selbst muß aus der Lebensquelle des Volkes kommen, aus dem tiefsten Drange des Lebens. Je mehr das organische Wachstum seinen Ausdruck in den Gesetzen und Einrichtungen des Staates oder unter verständiger Förderung des Staates findet, je weniger es anderseits vom Staat in die Zwangsjacke der Schablone gepreßt wird, desto eher haben wir ein Recht, vom organischen Staat und von organischer Demokratie zu sprechen.

Nicht scharf genug können wir den Gegensatz zwischen mechanischer und organischer Auffassung der zum Staate zusammengeschlossenen Volksfamilien betonen. Die organische Auffassung von Familie, Berufsstand, Gemeinde, Staat, Reich, christlicher Völkerfamilie war dem deutschen Mittelalter angeboren. Mit der Neuzeit erfolgte der Abfall von ihr bis zur mechanischen Auffassung des Staates als der Staatsmaschine in der Hand der absolu-

tistischen Regierung oder des absolutistischen Volkes. Wie man auch für das Zusammenleben der Völker das Schlagwort vom europäischen Gleichgewicht erfand. Gegen die mechanische Grundauffassung des Liberalismus empörte sich der ebenso mechanisch gerichtete Sozialismus, in dessen Namen deutsche Wortführer den Urzweck der Familie, die Kindererziehung, staatlichen Einrichtungen überwiesen haben.

„Ein Mechanismus ist eine Maschine, aus einzelnen Teilen, aus Walzen, Rädern, Zylindern, Schienen, Stangen, Hebeln zusammengesetzt. Sie ist in ihren Teilen künstlich zusammengefügt, die Stücke aneinander und nebeneinander angeordnet. Die Kraft, welche sie treibt, kommt von außen herein, steckt aber nicht in der Maschine selbst. Sie selbst ist ein Totes, ein Geist- und Seelenloses, ein Angefertigtes, aus Stücken zusammengesetzt; sie entwickelt sich nicht, wächst nicht von innen heraus. Sie läuft, bis sie sich abgenutzt hat und verschlissen ist. Dann ist sie wert, zusammengeschlagen und zum alten Eisen geworfen zu werden. Sie ist ein Nebeneinander ihrer Teile, eine Summe von einzelnen Stücken, sinnvoll zusammengefügt, aber der Sinn liegt nicht in ihr selbst, sondern in dem, der sie erbaut hat.

Ganz anders ist es mit dem Organismus. Er ist ein Lebendiges. Das Lebendige wird nicht von äußern, mechanischen Gesetzen zusammengehalten, sondern von einer innern, unsichtbaren, geheimnisvollen Lebenskraft. Wenn in ihm auch mannigfaltige mechanische Gesetze tätig sind, so stehen diese im Dienste jener Lebenskraft. Der Organismus baut sich auf aus einzelnen Zellen, von denen jede ein Ganzes ist, ihr Leben hat, die alle untereinander gleichwertig sind, und die trotzdem sich alle in den Dienst der einen Lebenskraft und des einen Lebensgedankens einordnen, von denen jede einzelne sich dieser Lebenskraft zur Verfügung stellt, aber auch nur deshalb ihr Leben hat und tätig sein kann, weil sie mit der Lebenskraft in innerer, lebendiger Verbindung steht. Von ihr losgetrennt, stirbt sie ab. Obschon die einzelnen Zellen gleichwertig sind, bildet der Organismus nicht etwa eine Anhäufung von Zellen, sondern er ist ein einheitliches Gebilde in der allerhöchsten, wunderbarsten Mannigfaltigkeit, die Verwirklichung einer Idee, eines Gedankens, der nicht von außen her, von einer fremden Macht hineingetragen ist, sondern von innen her das Lebendige beherrscht und lenkt. Die eine Gruppe von Zellen baut den Wunderbau des Gehirns, das Werkzeug des Denkens, die andere baut die Muskeln, wieder eine andere die Knochenverbindungen und das Hautgewebe, noch eine andere die so unermeßlich empfindlichen Nervenstränge, jede Gruppe ein anderes Organ. Der Organismus ist aber nicht etwa ein Bauwerk, aus einzelnen Stücken zusammengesetzt, sondern vielmehr ein von innen heraus Gewachsenes und Entwickeltes. Und deshalb eine Einheit, weil er von jener innern Lebenskraft beherrscht, zusammengesetzt, in Tätigkeit gesetzt und durchflutet wird. Diese Lebenskraft aber ist tätig und wirksam nicht bloß im Ganzen, sondern auch in den einzelnen Teilen, und jeder Teil steht in all seinen Tätigkeiten bedingungslos in ihrem Dienste. Es ist kein Nebeneinander, sondern ein Eins-durch-das-Andere, ein Mit- und Füreinander. Der Organismus ist nichts Fertiges, sondern es ge-

hört zum Begriff des Lebens die Entwicklung, das Wachstum; der Organismus trägt eine Idee in sich, einen Gedanken, ein noch nicht verwirklichtes »Du sollst«; dessen Verwirklichung ist das Ziel des Wachsens und der Entwicklung. Im Samenkorn steckt als Idee, als Gedanke der künftige Baum, im Kinde steckt als Idee der künftige Mann. Die Kräfte des Organismus aber dienen der Verwirklichung dieser Idee, dieses Gedankens." (A. Heinen in den „Heimatgrüßen an unsere Krieger" 1916, 177.)

Darum ist die entscheidende Frage: Faßt die Demokratie den Volksstaat mit seiner Selbstregierung des Volkes auf als ein äußerliches, mechanisches Nebeneinander von Bürgern, die mit diesem Staate bestimmte Aufgaben lösen wollen auf Grund eines klug ausgedachen Wahlrechts, einer ausgeklügelten, durch Kompromiß zustande gekommenen Verfassung? Arbeiten in ihm die Bürger so lange einträchtig zusammen, als sie dabei mit ihren persönlichen oder Standesinteressen auf ihre Rechnung kommen? Oder sieht die Demokratie im Volksstaate die Großfamilie des eignen Volkes, dessen Jünglinge und Männer bereit sind, für des Vaterlandes und Volkes Wohl Gut und Blut hinzugeben, dessen Stämme und Stände sich erst im Staatsganzen als großes, starkes und stolzes Volk fühlen können; die aber auch familienhaft sich aufeinander angewiesen betrachten, deshalb miteinander und füreinander zu sorgen gewillt sind; die von der organischen Welt- und Lebensauffassung der Glieder im Ganzen beseelt sind, aus der sie den Staat zuerst darauf ansehen, wie sie ihn bereichern und beglücken können, nicht was sie von ihm nehmen können? Genau so wie Vater und Mutter zuerst bedacht sind, die Familie zu beglücken, zuletzt aber an sich selbst denken.

Aus dieser organischen Staatsauffassung empfängt der demokratische Gedanke der Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung aller als Gewährleistung wahrer Volksfreiheit die Prägung des Solidarismus, der Betätigung des Genossenschaftsgeistes, der am fruchtbarsten wurde im Solidarismus der christlichen Bruderliebe, zu dem sich die christliche Demokratie bekennt. Ihr muß der Geist der Demokratie zuerst Geist der Opferwilligkeit sein in Hingabe an Staat und Volk, der Freude am Schaffen für das gemeine Wohl, der gemeinnützigen Arbeit in der Volkswohlfahrtspflege. Sie bildet den stärksten Gegensatz zur Demokratie des Eigennutzes, sei es in der Hand einer Plutokratie oder einer Klassendiktatur.

1. Der Kernpunkt solcher demokratischen Volksfreiheit kann nicht knapper bezeichnet werden als in dem bewußten Drängen der bisher zurückgesetzten Volkskreise nach wahrer Gleichberechtigung und Ebenbürtigkeit aller Glieder des Volkes in einer organischen Verbundenheit der Volksgemeinschaft. Das organische Volkstum, das sich im Anfange der Geschichte unseres deutschen Volkes durchgesetzt hatte, dann verschüttet und zermürbt wurde, soll sich in unsern Tagen, da des Reiches Macht und Herrlichkeit wieder aufzurichten ist auf neuer, innerlich vertiefter Grundlage einer neuen Demokratie, wieder durchsetzen. Dabei gilt es an schon Gewordenes und urkräftig Gewachsenes anzuknüpfen. Als solches bietet sich dar und vermittelt uns das rechte Verständnis für

die neue Arbeit unsere deutsche Entwicklung sozialer Volksfreiheit. Auf sozialem Gebiete hat das organische Volkstum sich zunächst wiederum bei uns geregt, und hier suchte es nach neuen demokratischen Lebensformen. Was sich hier bereits durchgesetzt und seinen eignen Geist geschaffen hat, muß sich nun auch im staatsbürgerlichen Leben und im kulturellen Leben durchsetzen. Wie ist das zu verstehen?

„Als das Ziel aller sozialen Arbeit im deutschen Volke hatte sich vor dem Weltkrieg immer klarer herausgestellt die Herbeiführung eines in Recht und Sitte verankerten Gleichgewichts der verschiedenen gesellschaftlichen Lebensinteressen im Gemeinschaftsleben, infolgedessen die Eigenart des einen Standes oder der einen Berufsgruppe als gleichgewertet neben den andern zur vollen Geltung kommen kann vor der austeilenden Gerechtigkeit der Gesetzgebung und Verwaltung, im unbehinderten Wettbewerb der freien Berufsorganisationen und im gemeinnützigen, kulturellen Wirken der Volkspflege. Das alles muß seine starke und einigende Wurzel finden in dem Erleben des organischen Verwachsenseins aller mit dem Volksganzen, an dessen Gemeinschaftsarbeit sich alle hingeben, weil sie durch sie alle sich bedingt und gefördert wissen. Dann kämpft man nicht mehr gegen Staat und Gesellschaft an als gegen eine äußerlich zusammenhaltende Zwangsgemeinschaft, in der sich einer dem andern wie unter einem Herrschaftsverhältnis unterworfen, als bloßes Mittel zu dessen Zwecken ausgenützt fühlt, sondern man erlebt Staat, Volkswirtschaft, Gesellschaft als Organismus, sich selbst aber als Glied, das für jedes andere Glied eine notwendige und wertvolle Ergänzung bedeutet, aber auch auf Gedeih und Verderb mit den andern und mit dem Ganzen verwachsen ist. Es bilden sich Arbeitsgemeinschaften aus der Überzeugung von der Solidarität der Interessen und aus dem befriedigenden Gefühle heraus, das die Anerkennung des eignen Wertes durch die andern und durch die Gesamtheit gibt. Denn mehr verlangt doch im letzten Grunde der eine nicht vom andern, als daß er neben ihm in seiner sozialen Wertung und in freier Selbstbetätigung zur Geltung kommen kann." (A. Pieper in: Deutschland und der Katholizismus II 197.) Diese Gleichberechtigung organisch verbundener, solidarisch verpflichteter Volksgenossen hat die deutsche Arbeiterbewegung erst nach harten Kämpfen den bürgerlichen Ständen und der Staatsregierung zum Verständnis gebracht und bei ihnen durchgesetzt.

Die sozialen Kämpfe der Neuzeit entwickelten sich demnach als das Ringen der verschiedenen Gesellschaftsgruppen um die Geltung mit- und nebeneinander; sie suchen ein neues organisches Gleichgewicht. Alle Arbeitergesetze und privaten Wohlfahrtseinrichtungen verfehlten deshalb ihre sozial versöhnende Wirkung, solange die ehrliche Anerkennung der Gleichberechtigung den Arbeitern vom Staate wie von den Arbeitgebern versagt wurde. Alle sonstigen sozialen Zugeständnisse wurden von den Arbeitern mißtrauisch beurteilt, von der Sozialdemokratie gar bekämpft als Versuche, das alte Bevormundungs- und Herrschaftsverhältnis aufrechtzuerhalten und den Aufstieg zur Gleichberechtigung, zu einer selbständigen wirksamen Vertretung ihrer Standesinteressen zu verhindern. Umgekehrt bekämpften die bürgerlichen Gegner der Sozialreform, die diesen Kernpunkt der Arbeiterfrage nicht

verstehen wollten, die sozialistischen und auch die von bürgerlicher Seite ausgehenden sozialpolitischen Bestrebungen zugunsten der Arbeiterschaft als Versuche, unter dem Schein des gleichen Rechtes alle Nichtarbeiter zu vergewaltigen in einer Massenherrschaft, die zur Zerstörung der geschichtlich gewordenen Gesellschaft notwendig führen müsse.

Solange die soziale Frage unter dieser Kampfparole erörtert wurde, verschärften sich die Gegensätze zum Klassenkampf von unten und von oben, zumal dabei das Gefühl der organischen Verbundenheit beider Gruppen im Gemeinschaftsleben, daß man nämlich aufeinander angewiesen sei, fast ganz verlorengegangen war. Eine Überbrückung der Gegensätze ward erst gefunden, als die Arbeiter die Unternehmer bereit fanden, mit ihnen und ihren Organisationen auf gleichem Fuße zu verhandeln und den Herrenstandpunkt in der Regelung des Arbeitsverhältnisses aufzugeben; als ferner der Staat in Gewerbegerichten, Arbeiterausschüssen, in den Verwaltungsorganen der Arbeiterversicherung die Arbeiter gleichberechtigt zur Verwaltung ihrer Angelegenheiten zuzog, ebenso bei den Vorbesprechungen staatlicher Gesetzgebungs- und Verwaltungsmaßnahmen. Voller Friede ward zwar erst möglich, als der Staat die Ausnahmebestimmungen gegen die Koalitionsbestrebungen fallen ließ und alle Unternehmergruppen sich zu Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen bequemten.

Diese steigende Verwirklichung der gleichen sozialen Geltung im Gemeinschaftsleben hat dann weiterhin bewirkt, daß nun die Arbeiter sich wiederfanden in der organischen Verbundenheit des aus verschiedenartigen Gruppen zusammengewachsenen Gemeinschaftslebens, in dem der eine sich auf den andern angewiesen sieht und betrachtet, der eine dem andern dient. Das Wirtschafts- und Gesellschaftsleben wird wieder empfunden als *Lebensgemeinschaft* auf Gegenseitigkeit, am kräftigsten in der Verteidigung des Vaterlandes als der Bluts-, Lebens- und Arbeitsgemeinschaft. Daß in dieser der Arbeiter nicht das bloße Mittel für die Zwecke der andern ist und als solcher behandelt wird, daß hier der Arbeiterstand neben den andern Ständen in seiner Eigenart und in selbständiger Vertretung seiner Standesinteressen neben den andern zur vollen Geltung kommen kann, daß seine *Bedeutung für die Gemeinschaft als ebenbürtig* der Bedeutung der andern anerkannt ist, das erst hat die innere und dauernde Versöhnung angebahnt. Dadurch aber auch wird klargestellt, daß die Arbeiterbewegung von Anfang an im letzten Grunde gekämpft hat um die Anerkennung der Selbstverwaltung ihrer Standesangelegenheiten, um das Koalitionsrecht, um die Mitbeteiligung an der Regelung aller Angelegenheiten, die ihr Wohl angehen. Das war keine Frucht der Verhetzung, sondern der urwüchsige Drang ihrer gesunden Menschennatur. Darum auch lehnten sie alle Konzessionsschulzen, alle aufgedrängte Bevormundung, alles Schutzherrnwesen und alle Gönnerschaft ab, weil sie darin die Abschnürung eines ebenbürtigen Organs der Gesellschaft sahen, die Weigerung der Selbstbetätigung im Ganzen und ihrer gleichberechtigten Eigenart.

Die frühere Befürchtung, daß nun die so zur gleichberechtigten Mitarbeit herangezogenen Arbeitermassen dieses Zugeständnis zur Vergewaltigung der Arbeitgeberinteressen wie des staatlichen Gemeinwohls benutzen

würden, erwies sich vor allem während des Krieges als haltlos und als Popanz, den man aufgerichtet hat, um an dem Verzicht auf die Beherrschung und Bevormundung der Arbeiter vorbeizukommen.

Von gleichen Gedanken ist nun das Streben der Volksmassen, insbesondere der am meisten beteiligten Arbeiter, nach allseitiger staatsbürgerlicher Gleichberechtigung und Ebenbürtigkeit getragen, und von da aus muß es verstanden werden, wenn man nicht weltfremdes Begriffsspiel treiben will. Am deutlichsten kam das naturgemäß zum Ausdruck bei der Forderung nach dem gleichen Wahlrecht, einem staatsbürgerlichen Grundrecht ersten Ranges. Auch diese Forderung empfanden die Arbeiter ebenso wie die Forderung des freien Koalitionsrechts, der gleichberechtigten Mitwirkung in allen Einrichtungen, welche Arbeiterangelegenheiten zu regeln haben, als das Ringen um die Verwirklichung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung. In jedem auch noch so gemilderten Klassenwahlrecht sehen sie das Bollwerk der staatsbürgerlichen Bevormundung der Masse der Besitzlosen durch eine Minderheit von Besitzenden, die Grundlage der Verurteilung des Arbeiterstandes zur Einflußlosigkeit auf die Regelung des Staatslebens. Hierdurch sehen und fühlen sie sich als minderwertige Staatsbürger erachtet und behandelt. Was sie als Glieder des Arbeiterstandes im sozialen Gemeinschaftsleben errungen haben, gleichberechtigte Anteilnahme an der Regelung ihrer Standesinteressen, das wurde ihnen als preußischen Staatsbürgern durch das Klassenwahlrecht vorenthalten. Hier war ihnen bisher die Gleichberechtigung noch versagt. Im Reiche hatten sie gleiches Wahlrecht, in Preußen nicht. Auf die gesetzliche Regelung derjenigen Arbeiterfragen, die der Reichsgesetzgebung unterstehen, hatten sie mit gleichem Wahlrecht wie alle übrigen Bürger Einfluß, auf die Regelung des Bergrechts aber nicht, weil dies zufällig zur Landesgesetzgebung gehörte; in dieser Frage waren sie dem Wohlwollen der im Wahlrecht Bevorzugten überlassen. Verhandelten Arbeitervertreter mit Reichsbehörden, so wurden sie beachtet; in manchen preußischen Ministerien fühlten sie sich aber ganz anders gewertet. Im Landtage verschwanden eben die Arbeitervertreter, dort war darum von einer wirksamen Vertretung des Arbeiterstandes durch Standesgenossen wenig zu merken.

Dieses sich einmal klar zur Besinnung bringen bedeutet, die Forderung der preußischen Arbeiter, Angestellten und Minderbesitzenden nach gleichem Wahlrecht in Preußen verstehen, aber auch die Verbitterung der weitesten Volkskreise, als es während des Krieges hartnäckig verweigert und bekämpft wurde. Diese Verbitterung stieg bis zu den lawinenartig sich verbreiternden und wuchtenden Entschlüsse, die alte Staatsverfassung, Regierung und Monarchie zu stürzen und in den Arbeiter- und Soldatenräten die politische Gewalt selbst in die Hand zu nehmen, mochte sie auch zunächst eine Diktatur, eine neue Gewaltherrschaft sein. Eben daher auch das tiefe Mißtrauen in den ehrlichen Willen der sich vor der Revolution schnell duckenden bürgerlichen Kreise.

Alles das, was, wie oben dargelegt wurde, die Gegensätze im Arbeitsverhältnis zugespitzt hatte, und was nachher sich als der gangbare Weg erwies zur Anbahnung einer Versöhnung, bleibt auch der einzig gangbare

Weg, um, wie der Kaiser in der Osterbotschaft 1917 sagte, unser gesamtes innerpolitisches Leben von dieser Wahlrechtsfrage zu befreien. Das Wahlrecht aber war das staatsbürgerliche Grundrecht; war es gegeben, so lösten sich die übrigen Fragen durch die gleichberechtigte Mitarbeit aller Volksgenossen in deren Sinne.

Nicht anders sind die übrigen demokratischen Forderungen von heute zu verstehen. Die soziale Frage auf dem Gebiete der Arbeiter- und Angestelltenfrage lösen, die von der bürgerlichen Gesellschaft jahrzehntelang sozial zurückgestoßenen Arbeiter und Angestellten wiedergewinnen wollen und darum die soziale Gleichberechtigung zugestehen, deren staatsbürgerliche Gleichberechtigung aber ablehnen wollen, wäre ein innerer Widerspruch und würde als solcher von der gesamten Arbeiterschaft gewertet, die sich der historischen Mission der Arbeiterbewegung, die gleichberechtigte Eingliederung des Arbeiterstandes in Staat und Gesellschaft durchzuführen, bewußt ist. Die jedes innern Zusammenhanges mit dieser weltgeschichtlichen und naturnotwendigen Bewegung baren zersprengten Arbeiter und Angestellten mögen davon keine Ahnung haben. Aber sie sind auch völlig einflußlos auf den Gang der sozialen und staatsbürgerlichen Geschicke.

Daraus erhellt, daß die Erfüllung der freiheitlichen Forderungen der Demokratie als eine Staatsnotwendigkeit und zugleich als die Lösung eines seelischen Problems zu werten ist.

Zunächst als eine Staatsnotwendigkeit. Zeugnis dafür ist schon die Tatsache, daß die Krone im Reich und in Preußen sich dafür in der Osterbotschaft 1917 eingesetzt hat als für die Forderungen einer „neuen Zeit", die eingeleitet sei durch die „Erlebnisse dieses Ringens um den Bestand des Reiches". Der Kaiser stellte sein Eingreifen in die Lösung dieser Frage in gleiche Linie mit dem Eingreifen Wilhelms I. in die Frage der Militärorganisation 1862 und der Sozialreform 1881. In beiden Fällen forderte der Monarch von der Volksvertretung die Erfüllung von Staatsnotwendigkeiten ersten Ranges. In der Osterbotschaft erklärte der Kaiser darum in feierlicher Form, um dem Wohle der Gesamtheit zu dienen, sei er entschlossen, den „Ausbau des innerpolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens, wie es die Kriegslage gestattet, ins Werk zu setzen". „Ich handle nach den Überlieferungen größerer Vorfahren, wenn ich bei Erneuerung wichtiger Teile unseres festgefügten und sturmerprobten Staatswesens einem treuen, tapfern, tüchtigen und hochentwickelten Volke das Vertrauen entgegenbringe, das es verdient."

Als solche Vorbilder seiner Vorfahren leuchten in der Geschichte des preußischen Volkes die staatsrettenden Jahre der Bauernbefreiung 1807 und des Erlasses der Städteordnung 1808. Sie waren als absolut notwendige Voraussetzung der Wiederaufrichtung des durch Napoleon niedergetretenen Preußens damals angesehen und sind als solche von der Nachwelt anerkannt. Damit wurden die bisher im Staatsleben niedergehaltenen staatsbürgerlichen Kräfte der breiten großen Bevölkerungsschichten, der ländlichen und städtischen, für Selbstbetätigung freigemacht. Das geschah zu einer Zeit, da zu einer Befreiung des Vaterlandes von der Fremdherrschaft und zur Wiederaufrichtung eines zer-

trümmerten Staats- und Wirtschaftslebens die uneingeschränkte Hingabe des ganzen Volkes erforderlich war. Beide staatsmännische Großtaten haben sich bewährt. Erst auf ihrer Grundlage war der Aufstieg Preußens und die Einigung der deutschen Stämme möglich. Damals, auf dem Wiener Kongreß 1815, der den Frieden brachte, ward auch den Staaten im Deutschen Bunde auferlegt, eine Volksvertretung einzuführen. Leider geschah das nur teilweise und zögernd. Erst die 1848er Bewegung erzwang die Einführung einer Volksvertretung, deren weiterer Ausbau nun von der Krone gefordert wurde. Nun hat leider wiederum eine viel gewaltigere Revolution die Demokratie erobern müssen, welche ebenso notwendig ist für den Wiederaufbau des von seinen Gegnern wiederum niedergeworfenen deutschen Volkes. Erkennen wir sie nunmehr als Staatsnotwendigkeit an, so werden wir willig uns ihr eingliedern, sie mitzugestalten und zu bereichern bestrebt sein.

Sodann als die Lösung eines seelischen Problems, das seit Jahrzehnten auf uns schwer lastete und die Grundfesten unserer staatlichen und sozialen Ordnung bedrohte, ist die Erfüllung der freiheitlichen Forderungen der neuen Demokratie zu erachten und zu werten. Darum gilt es, das Streben der Fordernden von deren Gedankengängen aus zu verstehen, um sie willig und verständig zu fördern. Es würde nicht befriedigt durch erzwungene Zugeständnisse an Nebensächlichem, sondern ist nur zu erfüllen durch eine ernstgemeinte Verständigung auf dem Boden der Anerkennung der Gleichwertigkeit aller Glieder des Volkes im Volksganzen und in dessen Gemeinschaftsleben. Es ist durchaus verfehlt, dieses Streben dahin, ebensoviel als Bürger in diesem Gemeinschaftsleben zu gelten wie jeder andere, als Streben nach Massenherrschaft zu brandmarken. Solange zwar die Massen noch glaubten, die Gleichberechtigung werde ihnen grundsätzlich verweigert, deshalb müßten sie den Machtkampf zu ihrer Erringung führen, der Klassenherrschaft der Besitzenden die Klassenherrschaft der Arbeitermasse entgegenstellen, wurde eben der Klassenkampf des einen gegen den des andern geführt. So denken auch die heutigen Befürworter der Diktatur des Proletariats. Soweit aber vor dem Kriege schon den Arbeitern gleichberechtigte Mitarbeit zugestanden wurde, haben sie diese bisher nicht zur Befriedigung ihrer Herrschaftsgelüste benützt, sondern sich mit der gleichberechtigten Mitarbeit begnügt. Sobald man ihnen auf Einzelgebieten einen sozialen Frieden der Verständigung und des Ausgleichs anbot, sind sie auf diesen eingegangen. Gelegentliche Zusammenstöße auf andern Gebieten widersprechen dem nicht. In den Fortschritten der deutschen sozialen Reform hat sich immer wieder die Wahrheit dessen bewährt, daß die Bildung und die Pflege von lebendigen Arbeitsgemeinschaften auf den verschiedensten Gebieten des Gesellschaftslebens mit Naturgewalt die Geister und Herzen derer zueinander zwingt, die eben dann wiederum erfahren, daß alle auf alle als organische Glieder eines lebendigen Ganzen angewiesen sind, daß die Eigenart jedes für die übrigen wertvoll ist, es selbst sich aber ebenso angewiesen sieht auf jedes andere. Findet der einzelne wie der einzelne Stand seine Bedeutung für das Ganze anerkannt, zugleich in der Pflege seiner Eigenart sich nicht

beeinträchtigt, so ist er, wenn ihm nicht doktrinärer Radikalismus di Urteilskraft verdunkelt hat, durchaus bereit, sich dem Ganzen als Glied einzufügen, statt den Rebell zu spielen. Wer daran nicht glauben kann, verzweifelt daran, daß die immer wiederkehrenden gewaltigen Gesellschafts- und Staatskrisen von den gesunden Kräften des Ganzen innerlich überwunden werden können; er muß dann an den Erfolg der Niederkämpfung durch die bloße Macht glauben, und gegen diesen Glauben spricht heute nach der Revolution alles, aber auch schon die Erfahrung in der Menschheitsgeschichte. Gegen die soziale und staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Handwerker, der Bauern, des Bürgertums hat man sich seitens der damals Bevorrechteten in frühern Zeiten ebenso gewehrt wie in jüngster Zeit gegen die ehrlich und allgemein durchzuführende Demokratie. Man hat sich früher stets zur Verständigung genötigt gesehen und guten Erfolg damit gehabt. Jene alten Stände sind dann mit der Gesellschaft und dem Staate restlos verwachsen; mit dem werdenden, dem neuen Stande der Arbeiter insbesondere kann es gar nicht anders geschehen. Denn auch jene alten Stände haben ihre oft sehr langen und weitaus gewalttätigern revolutionären Zeiten gehabt, als man ihnen die Gleichberechtigung noch glaubte verwehren zu können; sie sind nachher durchaus friedlich geworden, als man ihnen die Ebenbürtigkeit zugestehen mußte. Und mehr als das wollen auch die Arbeiter, Angestellten und die übrigen kleinen Leute im letzten Grunde heute nicht. Wer das leugnet, kommt in den gerechten Verdacht, er selbst wolle gegenüber ihnen mehr als Gleichberechtigung, er wolle die Bevorrechtung aufrechterhalten. Und dafür kann er nur Scheingründe anführen, hinter denen sich der Eigennutz verbirgt.

2. In Gesetzgebung und Verwaltung muß dieser Geist der Anerkennung aller als gleichberechtigter und ebenbürtiger Glieder des Volksganzen sich nun durchsetzen; dem Hervorragen der Tüchtigen auf dieser gemeinrechtlichen Grundlage des Staatsbürgertums bleibt dann immer noch freier Raum. Aber dies Hervorragen wird dann nicht mehr als Bevorrechtung, als bloß auf Privilegien des Besitzes und des Standes beruhend empfunden; es verbittert nicht mehr, zwingt vielmehr zur Anerkennung der persönlichen Tüchtigkeit, durch die die bevorzugte Stellung erworben ist.

Darum ist das Entscheidende darüber, ob eine Partei als ehrlich demokratisch angesehen werden kann, nicht so sehr die Menge und Formulierung der Einzelforderungen des Parteiprogramms, als vielmehr das offene, rückhaltlose Bekenntnis zum demokratischen Gedanken und der einwandfreie demokratische Charakter der Parteiführer. Ebenso die Tatsache, daß man nur ehrlich demokratisch gesinnte Männer in der Parteiorganisation und Parteiarbeit hervortreten läßt. Würde eine Partei auch Kreise wiederum umschließen und zur Partei sich bekennen lassen, die früher innerlich und nach außen Gegner der Demokratie waren, als solche sich betätigten und jetzt nur gezwungen und um der Förderung ihrer Interessen willen mitgehen, vielleicht gar in der Absicht, bremsend auf die demokratische Haltung der ehrlich demokratisch denkenden Parteigenossen einzuwirken, so müßte dies der Gesamtpartei

arges Mißtrauen zuziehen. Alle bürgerlichen Parteien müssen jetzt ihre Parteireihen schließen vor allen solchen Kreisen und Personen, die in einer konservativen Partei als der Oppositionspartei ihren Platz finden.

Die Demokratie fordert heute in der auswärtigen Politik u. a. das Bekenntnis zum Völkerbund und seiner Regelung des Verhältnisses der Völker auf dem Boden der Wahrung eines dauernden Friedens, zum obligatorischen Schiedsgerichte, zur möglichst starken Abrüstung usw. Gleiche Einrichtungen sieht auch die demokratische Sozialpolitik vor für die Regelung des Verhältnisses von Arbeitern, Angestellten und Unternehmern.

Die Sozialpolitik wird keinen Klassenkampf, keinen hartnäckigen Widerstand gegen die Forderungen einer gesunden Sozialreform mehr hervorrufen wie früher, als man die Arbeiter und Angestellten bevormunden und nach dem Ermessen der besitzenden Klassen sozial heben wollte. Ebenso werden in der Wirtschaftspolitik die schweren Kämpfe zwischen Stadt und Land, zwischen Groß- und Kleinbetrieb ausgeschlossen bleiben, wenn nicht mehr einzelne Berufs- oder Erwerbsgruppen Gesetzgebung und Regierung in Anspruch zu nehmen suchen, um sich auf diesem Wege Vorrechte und Bevorzugung zu sichern, die sie im freien Wettbewerb oder auf dem Boden der Gleichberechtigung nicht erreichen konnten. Solche Klassenpolitik ist manchmal vor dem Kriege getrieben worden. Über das Einzelausmaß der Leistungen von Gesetzgebung und Verwaltung wird es immerhin noch Meinungsverschiedenheit und Streit geben, aber er wird nicht mehr verbittern, weil man das gleiche gemeine Recht aller durch die Demokratie gewahrt glaubt, solange diese nicht entartet und zur Parteidiktatur geworden ist. Weiter unten werden wir die Gefahren solcher Entartung erörtern. Sie sind aber durch die Kraft der Geschädigten weitaus eher zu beseitigen als in einem Klassenstaate, werden darum, wenn sie eintreten, auch nicht so bitter empfunden.

In der innern Politik kommt alles darauf an, daß die Bürger, besonders die wirtschaftlich schwächern, von ihrem gleichen Rechte Gebrauch machen und sich nicht ins Hintertreffen bringen lassen. Zwar müssen die Bürger in einem demokratischen Gemeinwesen sich mehr staatsbürgerlich befähigen und betätigen; hier ist jeder auf Selbsthilfe angewiesen, während man in einem Obrigkeitsstaat als sorgenloser stumpfer Philister leben darf.

Noch größere Selbstbetätigung erfordert die Demokratie in der Kulturpolitik. Der Kampf der Weltanschauungen ist hier schärfer unter dem Rechte der freien Meinungsäußerung in Presse und Versammlung. Der deutsche demokratische Staat droht nach den frühern Parteikundgebungen unter Zustimmung der Liberalen auf Drängen der Sozialisten den christlichen Charakter abzulehnen, Trennung von Kirche und Staat, Kirche und Schule herbeizuführen. Auf Privilegien und Staatsförderung würde die Kirche und die christliche Überzeugung sich nicht mehr stützen können. Sie müßte sich auf dem Boden des gemeinen Rechtes und unter dem Schutze der allgemeinen bürgerlichen Freiheit, z. B. der Unterrichtsfreiheit, selbst durchsetzen. Solche Freiheiten gilt es in der Verfassung zu sichern und dadurch jeden staatlichen Antiklerikalismus und jede Intoleranz auszuschließen, zu denen bisher Gegner des Christen-

tums immer wieder neigten. Die Haltung des Staates und seiner Regierung in Kulturfragen, besonders des Schutzes und der Förderung der Ehe, Familie, der öffentlichen Sittlichkeit und Erziehung wird im einzelnen stets umrungen und beeinflußt sein von dem Kampfe der Weltanschauungen um die Macht. Je größer die Zahl und der politische Einfluß der Anhänger des Christentums ist, um so eher wird der Machtwille der Gegner des gläubigen Christentums in Schranken gehalten werden. Das Zentrum wird unter den demokratischen Parteien in der Minderheit stehen bei der entschiedenen Vertretung der Forderungen des Christentums an die Gestaltung des öffentlichen Lebens in allen religiös-sittlichen und kulturellen Fragen. Es bekennt sich in seinem Programm zur christlichen Demokratie. Nicht bloß im Interesse seiner Weltanschauung, sondern auch zum Besten des Gemeinwohls und des Staates, da das deutsche Volk mit der christlichen Kultur und Sitte seit Beginn seines Aufstieges verwachsen ist. Diese Wurzeln seiner Kultur kann es ungefährdet nicht vernachlässigen, schädigen oder gar zerstören. Im Namen der Demokratie darf und muß das Zentrum völlige religiöse Freiheit und Duldung fordern, um unter ihrem Schutze dann jene hohen sittlichen Kräfte der Religion Christi auszuwirken, die von den Kräften keiner andern Religion oder natürlichen Sittlichkeit, ganz zu geschweigen des religiösen Nihilismus, übertroffen werden können. Zu dem Erweise dieser Kräfte des Christentums in Leben und Tat, nicht bloß zum Protest, fordert die neue Lage namentlich die Katholiken auf. Stets ist an der katholischen Religion bewundert worden ihr enges Verwachsensein mit dem Volkstum, ihre Befähigung zur liebevollen und sinnigen Pflege der in der menschlichen Natur wurzelnden, unzerstörbaren Lebensgemeinschaften, wie Familie, Berufsstand, Gemeinde, der Volkssitten, die tief im Gemüte wurzeln, an denen das Volk unbewußt weiterbaut. Familienpflege, Jugendpflege, Standespflege und Volkspflege müssen daher den Katholiken als bevorzugte Arbeitsfelder gelten; hier kann auch die organische Demokratie grundgelegt werden, die man nur durch schöpferisches Gestalten, nicht durch Darüberreden ins Leben ruft. Wer dem Vater und der Mutter zum Bewußtsein gebracht hat, daß die Familie ihre Schöpfung sein soll, daß sie hier ihre Lebensaufgabe zu lösen haben, wer den Bauern, Arbeitern, Mittelstandsangehörigen zum Verständnis gebracht, sie dazu bestimmt und angeleitet hat, daß sie ihre Berufsorganisation, ihre Gewerkschaft als ihr eignes Werk in Selbstzucht, Pflichterfüllung, Gemeindrang aufrichten und beleben müssen, der und nur der darf von sich sagen, daß er am Aufbau der Demokratie sich fruchtbar betätigt hat. Dann muß er aber als seine erste Volkserzieher- und Volksbildneraufgabe ansehen, den einzelnen Mann und jede Frau zur Selbstbetätigung zu befähigen und gewillt zu machen, jedem Stande und jeder Gemeinde Führer aus dem Volke zu geben, die Schule machen und lebendige Überlieferung hervorbringen. Das gleiche gilt von der Gemeinde, der Urzelle des öffentlichen Gemeinschaftslebens. Alle diese Lebensorgane des Volkstums durch den lebendigen Geist des Christentums zu beseelen, das ist die Aufgabe der Kirche in der neuen Zeit, in der sie nicht als vom Staate gestützte Organisation, gleichsam als eine Obrigkeitskirche die äußern Verhältnisse beherrschen und ordnen kann, in denen

ihre Angehörigen gesichert sind und gefahrlos geleitet werden können. Vom jugendfrischen ersten Christentum haben wir da vieles zu lernen. Die äußere Machtstellung und die äußere Beeinflussung ihrer Gläubigen kann man der Kirche aus Übelwollen wegnehmen, nicht aber ihre freie Kraftentfaltung und die apostolische Mitarbeit der Gläubigen behindern. Diese freien Kräfte werden durch Kampf und Widerstand vielmehr geweckt, gestählt und erhöht. Darum wird die Kirche, die eine Volkskirche ist, der Demokratie als Staatsform nicht mit grundsätzlichem Mißtrauen begegnen. Die katholische Kirche wird sich in ihr am ersten einzurichten wissen. Den Gläubigen muß zwar zum Bewußtsein gebracht werden, daß sie nun in ganz anderer Weise die Sache der Kirche zur ihrigen machen müssen.

3. Mehr freiheitliche, demokratische Gesinnung in dem Verkehr von Mensch zu Mensch ist unter den Forderungen der Demokratie zum mindesten ebenso wichtig wie Forderungen an die Verfassung. Denn die Reibungen zwischen Mensch und Mensch werden weitaus häufiger und bitterer empfunden als die zwischen Bürger und Staat oder Gemeinde. Wenn das Ausland seine demokratischen Verhältnisse hocherhaben glaubt über die deutsche „Unfreiheit", so fallen bei diesem Urteil in überaus großem Maße ins Gewicht die im deutschen Staats- und Volksleben noch zäh fortlebenden Überbleibsel aus der Zeit des patriarchalischen Territorialstaates, des Polizei- und Ständestaates, die alle den Typ des Untertanen geschaffen haben, der bevormundet und von oben herab angefahren wird. Nicht bloß von Vertretern der öffentlichen Gewalt, sondern auch dort, wo wirtschaftliche und soziale Abhängigkeit sich findet. Eben dieselben üblen Erbstücke haben es aber auch bei uns daheim verschuldet, daß weiteste Volkskreise bis in die Reihen der Gebildeten kein warmes Verhältnis zum Staate gefunden haben, in mehr oder weniger radikale Opposition zum Obrigkeitsstaat und seinen Einrichtungen gekommen waren. Je mehr das fortschreitende Wirtschafts- und Geistesleben den Deutschen bis nach unten hin zwingt, sich selbst zu bestimmen in Freizügigkeit, Gewerbefreiheit, im freien Arbeitsverhältnis, in freier politischer Betätigung im Parteileben, in freier persönlicher Auseinandersetzung mit den sich bekämpfenden Weltanschauungen, um so widerwärtiger und empörender ward im rein menschlichen Verkehr alles zu Boden tretende Herrenmenschentum empfunden, das sich im deutschen Volke in den Kreisen der amtlichen und nichtamtlichen Vorgesetzten oder von gesellschaftlich Höhergestellten um so mehr breitgemacht hatte, als unser Wohlstand rasch gestiegen war. Es war die Folge davon, daß die große Masse jener Kreise noch Emporkömmlinge waren und noch keine alte Geistes- und Herzenskultur aufwiesen. In den meisten Nachbarländern mit ihrer ältern Kultur gibt es diese Auswüchse in solchem Umfange nicht. Dieses bei uns sich breitmachende rohe Herrenmenschentum vergiftete unser organisches Volkstum und unsere Volksseele. Es vergiftete auch unser Staatswesen, weil in seiner Hand die staatsbürgerlichen Freiheiten verkrüppelt wurden und dann in so vielen Staatsbürgern dieselben Wirkungen der Abneigung, des Hasses und der Widersetzlichkeit hervorbrachten, wie sie ein roher Erzieher bei Kindern und Schülern

züchtet. Weitaus mehr Sozialdemokraten haben mit der bürgerlichen Gesellschaft und mit dem Staate gebrochen, weil sie im Arbeitsverhältnis, in ihrem staatsbürgerlichen und bürgerlichen Leben auf jene Weise abgestoßen und zur Empörung gebracht waren, als deshalb, weil sie durch ein ruhiges Studium unserer sozialen und staatlichen Zustände eine Erhabenheit des wissenschaftlichen Sozialismus eingesehen hatten. Deshalb sind auch die deutschen und insbesondere die norddeutschen Sozialisten um so viel mehr radikal.

Alle verfassungsmäßigen Reformen der neuen Demokratie würden deshalb zu einem guten Teil ihre versöhnende und heilende Wirkung verfehlen, wenn wir von nun an nicht im Verkehr von Mensch zu Mensch im bürgerlichen, sozialen und geselligen Leben denselben Geist der Verständigung und des Ausgleichs, der praktischen Durchführung der Gleichberechtigung betätigten, der allein endgültig und letztlich uns den sozialen und innerpolitischen Frieden bringen kann. Nach dieser Seite hin ist eine im edlen Sinne gemeinte demokratische Neurichtung uns durchaus notwendig. Von ihr sollte ebensoviel geschrieben und geredet werden wie von der Demokratie der innern hohen Politik. Wenn man im Auslande jenes deutsche Unwesen unausstehlich fand, so muß ebenso kräftig gesagt werden, daß es schon lange auch daheim unter uns als unausstehlich empfunden ist. Gar manche im deutschen Volke, die um die Politik sich wenig kümmerten, fühlten so scharf demokratisch eben aus natürlichem Widerstand gegen jenes weitverbreitete Herrenmenschentum, das seine Überlegenheit nicht in Geistes- und Herzensgütern dartun konnte oder darzutun beliebte, sie deshalb in äußerm Herabdrücken seines Nebenmenschen zu bekunden suchte. Nicht aus Bosheit, nicht weil das deutsche Wesen in sich unedel wäre. Sondern weil man eine Art und Weise des geselligen Verkehrs, des Regierens und der Verwaltungsart aus einer längst überlebten Zeit in unsere gänzlich umgewandelte Zeit übernommen hatte und auf sie sich um so mehr stützte, als man selbst diesem neuen Geiste verständnislos gegenüberstand. Gewiß, es hat in den Jahrhunderten unserer nationalen Zersplitterung, Schwäche und Erniedrigung Zeiten gegeben, da härtere und rauhere Umgangsformen und Regierungsweisen leider am Platze waren. Um aus dem Wirrwarr der deutschen Libertät herauszukommen, aus dem Elend der Staatslosigkeit, um wieder Macht zu gewinnen gegenüber dem Drucke des Auslandes, war eine Zeitlang der Zwang des Militär- und Beamtenstaates nötig. Friedrich der Große, der im deutschen Volke zuerst wieder eine kleine, aber starke nationale Einheit gebildet hat, konnte mit den Menschen, die er vorfand, kaum anders als Herrscher verfahren, wie er es getan hat. Wie ja auch später Bismarck über die Köpfe der Hin- und Herdebattierenden hinweg die Lösung der deutschen Einheit in seine starke Hand nehmen mußte. Aber die Zeit, da solche Bevormundung für die Übergangszeit notwendig war, war seit dem Tage des neuen Reiches und seiner sozialen und wirtschaftlichen Umwälzung längst vorüber. Für den Egoismus und die Anmaßungen eines gewissen Junkertums fehlten nach Aufhebung der Hörigkeit, nach Einführung der Volksvertretung alle wirtschaftlichen und staatsrechtlichen Voraussetzungen. Das üble Vielregieren einer weltfremden Bureaukratie,

deren kastenmäßiges Abschließen gegen die Bürgerschaft, das Anschnauzen derjenigen, die ihr Recht bei den Beamten suchten und alles, was dahin gehört, wurde in der neuen Zeit, in der die Demokratie, die Volksfreiheit ein Ideal war, als ungehörig und widerspruchsvoll empfunden. Jeder deutsche freie Mann mußte dagegen sich wehren, und traurig war es, wenn er glaubte, diesen Protest verbeißen zu müssen, wollte er nicht von oben her geschädigt werden. Nichts reizte mehr zum Radikalismus und bahnte revolutionären Bestrebungen den Weg. Die Revolution von 1918 ist denn auch durch die Häufung aller dieser Aufreizungen während der Kriegszeit hervorgerufen (vgl. A. Pieper, Die deutsche Revolution 1918, 12 ff). Ein solch herrisches Benehmen von Mensch zu Mensch war nur möglich bei einem Mangel an reifer Persönlichkeitskultur, bei einem Fehlen tiefer Geistes- und Herzensbildung.

Daß diese Kultur unter uns so vielfach noch mangelte und stark noch mangelt, ist ein Erbteil unserer jahrhundertelangen nationalen Erniedrigung, unserer langen Zeit der Armut. Dieses herrische Wesen griff um so mehr um sich, je mehr bei Besetzung der Beamtenstellen Inzucht getrieben wurde durch Vorziehen der früher privilegierten Geburtsstände; auch dadurch, daß der Weg zur Beamtenstellung immer mehr über Fachexamen und Universitätsbildung führte und daß auf den Universitäten studentisches Kastenwesen Platz gegriffen hatte und in gewissen studentischen Korporationen künstlich gezüchtet wurde. Dazu kam noch, daß Eigentümlichkeiten des Offizierswesens in Form verballhornter Auswüchse desselben in das bürgerliche Leben übertragen wurden. Wie das vielfach gebrandmarkte Junkertum nicht zu verwechseln ist mit wahrer Aristokratie, so stellt sich noch mehr die Nachäfferei des Junkertums in Auswüchsen des studentischen Kastengeistes als eine Karikatur dar. Im Ausland empfand man all das als deutsche Unkultur, Barbarei, Militarismus, Junkertum, und sah seinen Urgrund in Überhebung und Anmaßung eines wirtschaftlich rasch emporgekommenen Volkes. Und im Inlande mehrt all das in gleichem Maße das Unbehagen an diesen vaterländischen innern Zuständen. Das politische Leben aber mußte in wachsenden und lähmenden innern Gegensätzen und im steigenden Radikalismus die Zeche dafür bezahlen, bis dann die Revolution das ganze alte System samt der Monarchie über den Haufen warf. Da versteht man die Worte von Friedrich Meinecke aus dem Anfange der Kriegszeit: „Jede agitatorische Hetze gegen das Junkertum möchte ich vermeiden, immer nur, wie ich es in meiner wissenschaftlichen Arbeit versucht habe, ein offenes Auge bewahren für das Gesunde, Kräftige und selbst Große an ihm. Aber es muß heraus, was Unzähligen auf der Seele liegt: Wir wollen in Preußen nicht mehr von Junkern und Korpsstudenten regiert sein — auch nicht von solchen, setze ich hinzu, die sich ihnen innerlich angeglichen haben und deren Zahl leider größer ist als die Zahl der geborenen Junker. Wie empfänglich, wie dankbar sind wir für einen Adel deutscher Nation, der seiner alten Kultur und Tradition das offene Verständnis für die Bedürfnisse einer frei sein wollenden Volksgemeinschaft hinzufügt. Ihm würde eine gewisse Führerschaft ganz von selbst zufallen und freiwillig zugestanden werden. Aber jeder, aber auch jeder Überrest des alten Privilegien- und Kastengeistes ist heute vom Übel.

Denn das deutsche Volk ist dazu reif geworden, in jede der führenden Stellungen, für die bisher junkerliche Herkunft oder junkerliche Gesinnung sich empfahl, Söhne aus seiner Mitte zu entsenden, die nur der Berufung harren, um ihre Begabung und Tüchtigkeit zu entfalten. Erst dann ist die untrennbare Verbindung von politischer und persönlicher Freiheit ganz erfüllt, wenn alle wertvollen Säfte des Volkes frei emporsteigen können in den Staat. Der deutsche Geist der Genossenschaftlichkeit und der deutsche Geist der Bildung kräftiger, eigenwüchsiger Individuen verlangen das. Ich möchte es schier das Hauptstück unserer heutigen Freiheitsforderungen nennen" (a. a. O. 32 f). (Wer noch eingehendere und kräftigere Worte darüber vernehmen will, lese Prof. Max Weber, Wahlrecht und Demokratie in Deutschland, Berlin-Schöneberg 1917, Buchverlag der Hilfe. 48 S. ℳ 1.20.)

Von oben herab ist hier jetzt Wandel geschaffen. Alle Privilegien sind gefallen, die Demokratie herrscht und wird wie in der Verwaltung so im sozialen Leben, soweit hier der Staat Wandel schaffen kann, sich durchsetzen. Gesetzgebung und Verwaltung können aber wohl Hemmnisse beseitigen, nicht jedoch neue Verhältnisse zwischen Mensch und Mensch schaffen oder gar beseelen. Das muß die freie Tat der Bürger selbst sein. Und das wirksamste Mittel, demokratischen Geist im tagtäglichen Gemeinschaftsleben hervorzubringen, liegt in der Anbahnung von recht vielen freien lebendigen Arbeitsgemeinschaften. Im politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben müssen wir einen freiheitlichern Verkehr von Mensch zu Mensch einzubürgern suchen (vgl. Soziale Verständigung in Fr. Thimme, Vom innern Frieden des deutschen Volkes 253 ff), außerdem aber auch darin, daß wir durch Gesetzgebung und Verwaltung mit allen demokratischen Einrichtungen in Staat und Gemeinde, im Arbeitsverhältnis Ernst machen, welche der Durchführung der Gleichberechtigung dienen. Jenes Unwesen, das sich auf Privilegien und Kastenwesen gründet, muß als verfemt gelten.

4. Alle Hemmungen des Aufstiegs der Tüchtigen müssen fallen, die ein Privilegien- und Kastenwesen in unserm Schulwesen, in der Laufbahn der Beamten und Angestellten aufgerichtet hat, um einer bevorrechteten Gruppe Stellen und Auskommen mit Umgehung des Wettbewerbs der Tüchtigen zu sichern. Hier hat die Demokratie noch viel Arbeit zu leisten, insbesondere durch die Selbstbetätigung der Bürger. Alles das verbitterte Ungezählte, reizte sie zur Auflehnung gegen den Staat und die Gesellschaft, die solche Ungerechtigkeit und Unbilligkeit zuließen oder begünstigten, während sie doch die organisch verbundene Volksgemeinschaft verwirklichen sollten, in der jedes Glied dem Ganzen und damit jedem einzelnen dient. Jene Hemmungen entfremdeten weiterhin die obern Kreise in ihrer Denkungsart und Handlungsweise den untern, schafften damit ständige Reibungen und Zusammenstöße, während nichts mehr die Verständigung zwischen den Gesellschaftsklassen förderte, als das Emporsteigen Tüchtiger in führende Stellen. Nichts ist auch mehr geeignet, Vorurteilen der breiten Volkskreise gegen die Höherstehenden vorzubeugen. Solche demokratischen Fortschritte wirken anderseits erzieherisch und veredelnd auf die Volksmassen, lassen sie freudiger ihre

Pflichten gegen die Gesamtheit und die übrigen Stände erfüllen. Jede gewaltsame Abschnürung gesunder Glieder im Gesellschaftsorganismus dagegen bringt diese zur Auflehnung und zur Radikalisierung. Damit ist auch gesagt, daß wir die Verwirklichung des demokratischen Ideals in Deutschland nicht in Massenherrschaft, sondern in gleichberechtigtem Zur-Geltung-Kommen der aus den breiten Volkskreisen organisch hervorwachsenden hervorragend tüchtigen Kräfte suchen, die nach unten hin Führer mit natürlicher Autorität und nach oben hin fähig und gewillt sind, den Bedürfnissen der Gesamtheit und der gleichberechtigten Geltung der einzelnen Glieder des Volksganzen gerecht zu werden.

Im freien Wettbewerbe des Wirtschaftslebens hat sich seit Jahrzehnten in weitem Maße der Aufstieg der Tüchtigen vollzogen. Ohne ihn hätten selbst die Großindustrie und der Großhandel ihre gewaltigen Leistungen nicht aufbringen können. Wie viele ihrer führenden Männer sind aus den kleinsten Verhältnissen aufgestiegen dank ihrer außerordentlichen Tüchtigkeit, die sich Bahn brach! Zwar die gesellschaftlichen Anschauungen der Besitzenden und Gebildeten haben sich vielfach dagegen gesperrt, und manche der rasch Emporgekommenen haben sich diesen Anschauungen bald angepaßt, nachdem sie sich in die Reihen der Besitzenden eingedrängt hatten. Deshalb auch fand sich bei ihnen eine weitverbreitete Rückständigkeit in den sozialen Anschauungen. Demgegenüber ist zunächst zu betonen, daß die gewaltigen Anforderungen an unsere erhöhte Leistungsfähigkeit, die gerade der jahrzehntelang uns beschäftigende Wiederaufbau nach dem Kriege an uns stellt, die Absperrung verbieten der sich im Besitzstand Fühlenden von denen, die nach einem alten Gesetze der Menschheit aus dem Urgrunde des Volkes in ewiger Erneuerung der Geschlechter aufsteigen. Treffend hat darüber Reichskanzler v. Bethmann Hollweg am 28. September 1916 im Reichstage gesagt: „Unermeßliche Arbeit erwartet mich, so schrieb Friedrich der Große, als der Siebenjährige Krieg zu Ende ging. Unermeßliche Arbeit, das war für uns die Wirkung aller der großen Kämpfe, in denen wir seit 150 Jahren um unsere Existenz gerungen haben. Unermeßliche Arbeit war unser Glück und wird es wieder sein. Die gewaltigen Aufgaben, die auf allen Gebieten des staatlichen und sozialen, des wirtschaftlichen und politischen Lebens unser harren, bedürfen zu ihrer Lösung aller Kräfte, die in unserm Volke leben. Eine Staatsnotwendigkeit, die sich gegen alle Hemmungen durchsetzen wird, ist es, diese Kräfte, die da sind, im Feuer geglüht, die nach Schaffen und Wirken rufen und verlangen, für das Ganze zu nützen. Freie Bahn für alle Tüchtigen, das sei unsere Losung. Wenn wir diese Losung vorurteilsfrei durchführen, dann wird unser Reich, festgefügt, weil jeder Stein und jeder Balken mitträgt und mitstützt, einer gesunden Zukunft entgegengehen; dann werden die Starken aus allen Ständen gern und freudig teilnehmen an den Werken des Friedens wie jetzt am blutigen Kampfe."

Dieser Staatsnotwendigkeit haben wir uns in allen Gesellschaftskreisen willig zu fügen. Unsere jüngsten Erfahrungen mit den in unserer auswärtigen Politik tätigen Diplomaten machen es unmöglich, daß wie bisher deren Nachwuchs nur aus der engen Kaste von altersher Privilegierter genommen wird, die mit der neuzeitlichen Entwicklung unseres

nationalen Lebens nicht genügend Fühlung haben, die auch nicht eine hinreichende Zahl von außergewöhnlich Befähigten aufbringen können, wie sie nun einmal zur Lösung der außergewöhnlich gesteigerten Aufgaben erfordert sind. Das gleiche läßt sich sagen von den Regierungs- und Verwaltungsaufgaben. Mit dem Maßstab, der üblich geworden war für die Auswahl der Regierungsassessoren, wird dem Bedürfnis nach tüchtigen und dem Leben mit offenem Verständnis begegnenden Kräften nicht genügt. Kein Privatunternehmen kann nach den bisher für die Auswahl der höhern Beamten geltenden Grundsätzen und Anschauungen auf der Höhe der Leistungsfähigkeit bleiben. Die Städteverwaltungen hatten deshalb auch schon vielfach damit gebrochen.

Soll aber dieser Forderung Rechnung getragen werden, so muß in dem Aufbau und im Ausbau unseres Schulwesens von der Volksschule aufwärts zunächst eine entsprechende Änderung getroffen werden, einmal dahin, daß der Aufstieg der Tüchtigen ermöglicht und gefördert wird, sodann in der bessern Anpassung des Bildungsganges an die Bedürfnisse des Erwerbslebens und an die tatsächlichen Möglichkeiten des Aufstiegs.

Man darf aber auch in der Freimachung der Bahn für den Aufstieg der Tüchtigen nicht alles oder gar das meiste von den Behörden erwarten. Viel wichtiger ist, daß die politischen Parteien, alle die für das gemeine Wohl der Gesamtheit oder einzelner Stände bestimmten Anstalten, Einrichtungen und Vereine jede Gelegenheit benutzen, tüchtige Menschen, die aus eigner Kraft sich erfolgreich emporgearbeitet haben und nach Betätigung drängen, zur Mitarbeit heranzuziehen und damit zu Geltung und Einfluß zu bringen. Diese Auswahl der Tüchtigen ist die wirksamste.

An dem Aufstiege solcher Tüchtigen haben nicht nur diese selbst, sondern mehr noch deren Stand und Berufsgruppe Interesse. Deren Organisationen sind denn auch stets darauf bedacht, tüchtige Standesvertreter in gedachter Weise zu Geltung und Einfluß zu bringen. Sie wollen damit einen sozialen Fortschritt machen. Das ist zu loben. Sie setzen sich mit diesem Versuche aber auch in der neuen Demokratie naturgemäß der Kritik derjenigen aus, in deren Kreis sie eindringen wollen. Diese Bahnbrecher des Aufstiegs müssen natürlich über den Durchschnitt tüchtig sein, nicht bloß das sich einbilden. Sie müssen auch geistige und sittliche Lebensart haben und denjenigen, neben die sie nun als gleichberechtigt treten wollen, sich auch in deren höhern Ansprüchen an den Verkehr von Mensch zu Mensch anpassen können. Was den andern davon angeboren oder anerzogen ist, müssen sie sich selbst erwerben. Sie dürfen nur gleiches Recht beanspruchen, nicht aber, was sie früher an andern so zu rügen wußten, diktatorisch auftreten wollen; die Diktatur des Proletariats nach der Revolution gab sich hier sehr viel arge Blößen. Kurz gesagt, die Aufsteigenden müssen sich die Kultur der bereits oben Stehenden mit aufrichtiger Achtung vor derselben anzueignen bemüht sein. Sonst gibt es Zusammenstöße. Sie waren bisher schon nicht selten gewesen und hatten in den aus dem Hochschulstudium hervorgegangenen Kreisen vielfach einen erregten Widerstand wachgerufen gegen die Eindringlinge, die sich nicht innerlich auf die Stufe höherer Kultur zu erheben wußten, diese vielmehr herabzudrücken sich nicht scheuten. Man hätte zwar besser getan, statt sich über die noch Unbeholfenen zu entrüsten,

ihnen auf den rechten Weg zu helfen, soweit es an gutem Willen, sich helfen zu lassen, nicht fehlte. Aber auf der andern Seite sind doch auch Fehler vorgekommen. Demokratie soll nicht den geistigen und kulturellen Höhenstand der Gesellschaft herabdrücken, sondern die, welche noch unter ihm stehen, zu denen emporheben, die durch die Gunst der Verhältnisse sich schon auf ihm befinden. Deshalb sagten wir schon einmal, daß keine Regierungsform so große Anforderungen an den Geist und den Charakter derjenigen erhebt, die sich zu ihr bekennen, wie die Demokratie. Das ist insbesondere weiten Kreisen der Sozialdemokraten noch nicht bewußt, die manchmal den Eindruck erwecken, als wollten sie die Güte ihres Arbeiterselbstbewußtseins durch Frontstellung gegen die Kultur der bürgerlichen Gesellschaftskreise erweisen. Die Sozialdemokratie wird trotz alles starken Klassenkampfbewußtseins an sich eine verwandte Erfahrung machen müssen, wie in den ältesten Zeiten die Naturvölker sie machten, die Sieger über die absterbenden Kulturvölker wurden. Diese wurden ihnen unterworfen, aber sie selbst unterwarfen sich der höhern Kultur der Besiegten.

Solcher kulturelle Aufstieg läßt sich von dem einzelnen in einem Menschenleben von tief unten nach hoch oben kaum bewerkstelligen. Am gesundesten wird er in zwei oder drei Geschlechtern, von Stufe zu Stufe, gemacht.

Kurz: der Pflege des echten und edlen demokratischen Gedankens im alltäglichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen In- und Miteinanderleben aller mit allen sollen wir weitaus mehr Beachtung und Liebe zuwenden beim Ausbau wahrer Volksfreiheit, als der Behandlung der Fragen der sogenannten großen Politik. Das kann nicht genug betont werden, besonders jetzt, da die neue Demokratie sich einleben und wir uns in sie einordnen müssen. Altes und Neues versöhnen sich und verwachsen miteinander am ehesten, wenn die tüchtigsten Vertreter der zur Gleichberechtigung Aufgestiegenen mit den zur Regierung, Verwaltung und Kulturarbeit noch ganz unentbehrlichen Vertretern der frühern Staats- und Gesellschaftsordnung Mann neben Mann zusammenarbeiten, sich achten und schätzen lernen. Der Aufstieg der Tüchtigen aus der neuen Schicht verhindert am ersten die Massenherrschaft mit ihren üblen Folgen.

III. Die innern Gefahren der Demokratie

Die Demokratie will die Volksregierung herstellen. Rein gedankeninhaltlich betrachtet, darf sie vom Standpunkte des freien Bürgers als die vollkommenste Regierungsform angesehen werden. Jede Vereinigung kann ihr Ziel um so besser erreichen, je mehr alle Glieder frei, d. h. unbehindert und mit Selbstbestimmung für das Wohl aller zusammenwirken. Geschieht das in selbstloser Hingebung aller an die Gemeinschaft, so kommt man der Erreichung des Ideals nahe. In diesem Sinne stellte Christus uns als religiöses Ideal vor, daß wir alle uns als Brüder ansehen und behandeln sollen; keiner solle Herrschaft über einen andern erstreben, sondern wer der Erste sein wolle, solle allen dienen; seliger solle uns gelten zu geben als zu nehmen.

In der Wirklichkeit ist aber in einer staatlichen Gemeinschaft dies Ziel, da die große Mehrheit der Menschen sich an erster Stelle nicht von Selbst-

entäußerung, sondern von mehr oder weniger geordneter Eigenliebe leiten läßt, in reiner Form nicht zu erreichen. Ebensowenig wie die Gütergemeinschaft des Kommunismus von der Allgemeinheit der Menschen, wie sie einmal sind, durchführbar ist. Soll dieser Trieb der Eigenliebe im staatlichen Gemeinschaftsleben durch Gerechtigkeit und Billigkeit geregelt werden, so bedarf die demokratische Selbstregierung, besonders in größern Staaten mit ihren großen Gegensätzen der Bildung und des Besitzes, starker den demokratischen Gedanken durchbrechender äußerer Sicherungen gegen die Vergewaltigung der einen durch die andern, ebensosehr einer selten zu findenden großen innern Selbstzucht, nicht minder eines hohen Grades geistiger, sittlicher und kultureller Reife aller Bürger bis zum Letzten und Kleinsten. Kurz gesagt, es fordert keine Regierungsform von allen ihren Bürgern ein solch hohes Maß von Geistesbildung, Charaktertüchtigkeit und Tugend und es bietet keine solch weiten Spielraum für menschliche Schwäche und Schlechtigkeit als die Demokratie, und zwar in um so höherm Maße, als die demokratischen Formeln gelten.

Wählt darum ein Volk die demokratische Staatsform als diejenige, welche seiner Stammeseigenart, seinem Freiheitsgefühl, seinem Streben nach persönlicher Geltung, der freiheitlichen Verfassung seines wirtschaftlichen Lebens am besten entspricht, so können die größten Anforderungen der demokratischen Staatsregierung an die Tüchtigkeit ihrer Bürger, und die größten Gefahren für das Gemeinwohl, die beim Versagen der Bürger entstehen, kein zwingender Grund sein, diese Staatsform abzulehnen und eine andere zu wählen, die dem Volksempfinden nicht zusagt. Zumal auch die Monarchie ihre Gefahren hat, wenn auch andere. Wer in den freien Wettbewerb des Wirtschaftslebens sich hineinstellt und dort sein Glück versucht, wagt auch ein Scheitern und Untergehen; er ist nicht so gesichert wie der lebenslänglich und in seinen Hinterbliebenen über seinen Tod hinaus versorgte öffentliche Beamte. Der Hörige war, wenn auch hart und bescheiden, versorgt durch seinen Feudalherrn, in dessen Hände er sein Schicksal, aber auch seine persönliche Bewegungsfreiheit hingab. Gleichwohl ist die Hörigkeit auf Drängen der dadurch sich bedrückt Fühlenden abgeschafft. Die meisten der sich tüchtig Fühlenden wählen nicht die Beamtenstellung, sondern einen Beruf, in dem sie „nicht sicher zwar, doch tätig frei" leben können. Sie wissen auch, daß sie etwas wagen, spannen darum aber nur um so mehr ihre Tatkraft an. Untüchtige jedoch bringt man füglich in gesicherten, wenn auch bescheidenen Stellen ohne größere Selbstverantwortung unter.

Wenn wir darum hier von den Gefahren der jüngst erwählten deutschen Demokratie sprechen, so soll das keine Bemängelung der Staatsform sein. Der Schritt zur Demokratie ist vom deutschen Volke getan; zurücknehmen läßt er sich nicht mehr. Also voran, aber mit offenen Augen für die eigentümlichen Gefahren der Demokratie, und mit dem ernsten Willen aller politisch interessierten Bürger, unter der Demokratie charakterfester, pflichtbewußter, sittlich ernster, vorsichtiger Politik zu treiben als unter dem Obrigkeitsstaate. Fiel auf dessen Regierung, weil sie sich in den meisten Dingen die letzte Entscheidung vorbehielt, auch die Verantwortung für

die Fehler und Dummheiten, und verlegte sich das Volk, weil mehr oder weniger unverantwortlich, auf das Kritisieren der Regierung, so macht das Volk selbst jetzt die Fehler und Dummheiten. Und soll etwas besser werden im Staate, so muß es das Volk selbst besser machen. Dergleichen ein mehreres ließe sich ausführen.

Erfahrungsgemäß liegen nun die der Demokratie eigentümlichen Gefahren, die sich bei den Demokratien im Laufe der Zeiten stark entwickelt haben, in dreierlei:

1. Die demokratische Gleichheit der Rechte hindert an sich nicht, daß die Vertreter von Besitz und Bildung eine Vorherrschaft ausüben über die übrige große Mehrheit der Bürger. Diese ist ein Widerspruch gegen das demokratische Ideal. Am wenigsten trifft das zu in kleinen bürgerlichen Gemeinschaftsbildungen. In den kleinen schweizerischen Bauernkantonen, die einer Volksvertretung entbehren können, vielmehr durch die Vollversammlung der Bürger regieren, kann der eine den andern überwachen, sino die Bildungs- und damit die Interessengegensätze und Besitzstände sehr gering, dort läßt sich also die Demokratie in weitem Maße verwirklichen. Anders ist es schon in großen Gemeinden und vor allem in den Staaten. Hier können sich einflußreiche Bildungsschichten und noch einflußreichere und auf Einfluß bedachte Schichten von Großbesitz, der starke wirtschaftliche Abhängigkeit mit sich bringt, entwickeln und dauernd in einer Herrschaftsbildung geltend machen. Und sie versuchen das auch regelmäßig, und zu oft gelingt es ihnen, weil die Bürger sich nicht genügend dagegen wehren. Der Gebildete hat mehr Fähigkeit und Zeit, sich eine tiefere Einsicht in die politischen Verhältnisse zu verschaffen, er kann seine Ansichten durch Wort und Schrift in der Öffentlichkeit, die weniger urteilsfähig ist, erfolgreich vertreten, er kann sogar als Berufspolitiker sich ausschließlich den politischen Geschäften widmen, während die Masse der Bürger bei ihren Entschließungen und Meinungsbildungen durchweg sich auf andere stützen muß. Was wären die sozialdemokratischen Wähler ohne ihre Presse und ihre Agitatoren! Wir sehen deshalb in den bürgerlichen Demokratien immer wieder einen beherrschenden Einfluß der Berufspolitiker, der Presse oder von Mächtigen in Geldverkehr, Handel und Industrie und erstere weithin von letztern abhängig.

Deshalb hat man bisher in allen bürgerlichen Demokratien neben einem Volkshaus ein mehr aristokratisches Oberhaus geschaffen; man hat dann das Zweikammersystem, das eine starke Verwässerung des reinen demokratischen Gedankens ist. Aber auch damit sind, wie die Erfahrung lehrt, die Gefahren nicht überwunden worden. In dem Buche von Hasbach, Die moderne Demokratie, mag man die Belege dafür nachlesen. Dort, wo z. B. unverhüllt das Großkapital herrscht, wird leicht das politische Parteileben durch skrupellose Gewalt, Bestechung und unwahrhaftige Agitationsmethode so verwildert, daß in weiten Kreisen gegen die Berufspolitiker und Volksvertreter Verachtung herrscht. Man weiß sogar allgemein, daß Abgeordnete von Kapitalmächten gekauft oder nur auf ihre engen Wahlkreisinteressen bedacht sind. Als schlimmster Übelstand aber demokratischer Willkür- und Interessenherrschaft wurde im Laufe der Zeiten

empfunden, wenn mit jedem Wechsel in der herrschenden Partei die Beamten wechseln, auf deren Posten an erster Stelle diejenigen ohne Ansehen der beruflichen Eignung Anspruch erheben, die für die siegende Partei sich in der Wahlagitation verdient gemacht haben. Selbst die richterliche Gewalt ist von der Parteiherrschaft nicht immer unabhängig geblieben, sofern die Richter gewählt wurden. Dann hielt sich auch die öffentliche Meinung für berechtigt, die Rechtsprechung der Richter zu beeinflussen. So konnte ein ehemaliger Richter schreiben: „Krieg, Hungersnot und ein gewählter Richterstand seien schwere Schicksalsschläge, aber der dritte sei der schlimmste." Mit solchen Mißständen fand sich zwar ein demokratisch regiertes Volk nur ab, solange der Staat dem einzelnen nicht lästig wurde oder seine Hilfe nicht nötig erschien zum Schutze der Schwachen und Geringen gegen die Bedrückung durch die Großen und Mächtigen.

In der deutschen Demokratie haben wir mit ähnlichen Gefahren zu rechnen. In ihrer großen Mehrheit war die deutsche politische Presse wirtschaftlich unabhängig, soweit sie ausgesprochen Parteipresse war. Zwar wuchs mit dem Wachstum des Kapitalismus auch das Bestreben großer Kapitalisten, Banken, Syndikate usw., einflußreiche Blätter zu kaufen. Während des Krieges wuchsen die Klagen darüber, daß am Kriegsgewinn stark beteiligte Kapitalistengruppen manche sogenannte unparteiische Blätter aufkauften, auch durch den Vertrieb von Zeitungsanzeigen Einfluß auf die übrige Presse zu erlangen suchten. Unter der Demokratie wird man diese zwei Wege noch eifriger zu benützen suchen, da der unmittelbare Einfluß auf die Regierung jetzt schwieriger oder ganz ausgeschlossen ist. Die finanzielle Beeinflussung von Zeitungsschriftstellern ward auch schon in Deutschland, wenn auch nur bei einer kleinsten Minderheit, versucht. Manche Vertreter des Kapitalismus betrachteten das als ein Geschäft wie so manches andere Geschäft, das mit Trinkgeldern gemacht wird. Eine Monarchie mit nur dem Könige verantwortlichen Beamten schärft im übrigen mehr das moralische Reinlichkeitsgefühl der an der Politik Beteiligten, als das System der Volksregierung. In der neuen deutschen Demokratie sehen wir jetzt schon einige sehr geschäftstüchtige Kreise sich mit auffälligem Eifer und in überraschender Anzahl an die Volksregierung herandrängen. Früher schon klagte man zeitweise in der Sozialdemokratie über das Sichvordrängen von Juden und Studierten. In den bürgerlichen Parteien hat man stets ein Vordrängen der Berufspolitiker bekämpft, jedenfalls von diesen verlangt, daß sie sich von der Beteiligung an großen gewinnbringenden Unternehmungen fernhielten. Man kritisierte ferner jene Parteien besonders scharf, deren Parteikassen in Abhängigkeit kamen von wirtschaftlich interessierten großen Geldgebern. Also: die junge deutsche Demokratie muß gewarnt bleiben.

2. Eine weitere Gefahr trägt jede Demokratie in sich, daß eine Mehrheitspartei oder Mehrheitsgruppe die Gewalt mißbraucht zur Vergewaltigung der Minderheit. In allen größern Gemeinwesen bilden sich naturgemäß je nach den Gegensätzen der Weltanschauung, der politischen Temperamente und Interessen große Parteien. Diese beginnen miteinander um die Macht zu ringen. In der konstitutionellen Monarchie steht mit dem Berufe des Unparteiischen

über den Parteien zum Schutze des Gemeinwohls der Monarch. In der Demokratie aber liegt die Erledigung der Staatsgeschäfte ausschließlich bei den Parteien und ist bei deren Widerstreit nur möglich durch Bildung einer Mehrheit, deren Entscheidungen die Minderheit sich fügen muß. Damit wird eine Mehrheitsherrschaft von Bürgern über Bürger aufgerichtet. In sich selbst aber bietet die demokratische Verfassung keine mit der Rolle des Unparteiischen betraute, über den Parteien stehende Einrichtung sittlicher Garantien gegen den Mißbrauch dieser Mehrheitsherrschaft, besonders dann nicht, wenn den Bürgern der Staat nicht als naturwüchsiger Organismus, als organisiertes Volkstum, als eine sittliche Persönlichkeit erscheint, sondern als das künstliche Gebilde der Individuen gilt, die sich aus willkürlicher Erwägung den Staat als eine Art Betriebs- oder gar Erwerbsgesellschaft geschaffen haben zur bestmöglichen Erledigung der staatlichen Interessengeschäfte der einzelnen Individuen.

Als Schutz der Minderheiten gegen rohen und rücksichtslosen Gewaltmißbrauch durch die Mehrheit erweist sich dann nur der Sturz jener Mehrheit durch Absprengung von Parteigruppen oder durch Appell an die Wähler bei den Wahlen. Bei Parlamenten mit Zweiparteiensystem hatte bisher bei der herrschenden Partei die Rücksicht auf Erhaltung ihrer Macht zur Folge, daß diese sich im Gebrauch der in ihren Händen befindlichen Macht mäßigte. Anderseits wußte die Minderheit, daß, wenn sie zur Macht komme, auch sie sich nicht rücksichtslos ausleben könne So ward eine gewisse Nivellierung der Parteipolitik auf beiden Seiten herbeigeführt, noch mehr aber, wenn beide Parteien darauf bedacht waren, sich die Herrschaftsdauer gegenseitig zu versichern. In andern Parlamenten dagegen sehen wir oft die eine Parteimehrheit durch die andere gestürzt, jede Stetigkeit in Regierung und Verwaltung unmöglich, statt dessen Kampf um die Parteiherrschaft im Mittelpunkte des staatlichen Lebens stehen. Infolgedessen kann in weiten Kreisen die Achtung vor den Berufspolitikern und Volksvertretern sowie vor dem Parteileben tief sinken, weil das Gefühl sich durchringt, daß der Staat am Ende doch zuerst da ist um des Gedeihens der Volksgemeinschaft und der allgemeinen Volksfreiheit willen, nicht aber um die Herrschaftsgelüste der Parteien und der Politiker zur größern Ehre des demokratischen Schlagwortes zu befriedigen.

Die junge deutsche Republik begann leider mit der Diktatur des Proletariats, und zwar ausgeübt von der Unabhängigen Sozialdemokratie. Die große Mehrheit des deutschen Volkes mußte sich sofort lebhaft wehren gegen diese auf Maschinengewehre sich stützende Herrschaft einer Minderheit, die zudem mehr Unordnung als Ordnung brachte. Diese Minderheit schob die Verfassunggebende Nationalversammlung mit der Begründung auf, daß diese in freier Volksabstimmung die Diktatur stürzen und die Sieger in der Revolution um deren Früchte bringen könne. Ebenso lehnte sie grundsätzlich die Beteiligung der bürgerlichen Parteien an der Volksregierung ab, da diese in der Mehrheit seien. Gerade die Zuziehung von sozialistischen und bürgerlichen, ehrlich demokratisch gesinnten Parteien würde die Gefahr einer die Minderheit vergewaltigenden Politik in weitem Maße ausschließen. Als im Oktober 1918 die neue Volksregierung unter

dem Reichskanzler Prinz Max von Baden gebildet wurde, haben in anerkennenswerter Weise die Mehrheitssozialisten die Freisinnigen, Nationalliberalen und das Zentrum zuzuziehen gewünscht, trotzdem die beiden letztern Parteien bis dahin das parlamentarische Regierungssystem abgelehnt hatten.

An sich schließt der Geist der Demokratie die vorgenannten Formen der Entartung aus. Es liegt also an dem sittlichen Ernst der ehrlichen Bekenner der Demokratie, durch ihre gewissenhafte Betätigung die bösen Geister zu bannen. An die tätigen Bekenner des Christentums ist das ein besonders starker Aufruf, auch ihren Beruf als Staatsbürger als Gottesdienst und christliches Bekenntnis anzusehen und zu betätigen. Dann aber müssen sie sich mehr als bisher dort aufraffen, wo in den kirchlich treuen Kreisen politische Gleichgültigkeit verbreitet war, solange nicht offener Kulturkampf sie aufrüttelte. Sie sahen eben im übrigen in arger Verkennung die Pflicht des Bürgers zur Betätigung im öffentlichen Leben nicht als Christenpflicht an, sei es aus geistiger Trägheit oder aus Gewohnheitschristentum.

3. Das zur Regierung großer Gemeinwesen *erforderliche Maß von Einsicht, Charakterfestigkeit* und *Verantwortlichkeitsgefühl* muß sich eine demokratische Regierung sichern durch ernste Arbeit und durch unablässigen *Kampf gegen blinde Massenin stinkte*. Politik ist eine Kunst; sie will ebenso gelernt und in verständige Hand gelegt sein wie jedwedes Handwerk und Amt. Eine nicht geringe Zahl der Bürger genügt nur in bescheidenem Maße den Anforderungen ihrer Familie, ihres Berufs. Wie will man von ihnen aus Eigenem ein selbständiges politisches Urteil erwarten? Sie müssen sich also auf das politische Urteil anderer verlassen, zu denen sie Vertrauen haben können. Aber auch die über das Mittelmaß geistig Begabten und Tüchtigen werden zumeist durch den Beruf so sehr in Anspruch genommen, daß sie sich um die Einzelheiten der Politik nicht kümmern können. Auch sie müssen sich auf politische Führer verlassen. So ist es auch in den Berufsorganisationen. Die große Mehrheit der Mitglieder wählt die Führer aus Männern ihres Vertrauens, will bei wichtigen Entscheidungen die Gründe für und gegen hören oder lesen, will mitüberlegen und mitentscheiden; im übrigen aber hat sie eben deshalb sich eine Organisation geschaffen, um vertrauenswürdige und kontrollierbare Führer und Berater zu haben. Der Erfolg spricht für diese Art und Weise der wirtschaftlichen Interessenvertretung. Tüchtig geleitete Organisationen verbreiten Sachkenntnis, gesundes Urteil, Solidaritätsgefühl unter ihren Mitgliedern und weisen gute Erfolge auf, während die Masse der Nichtorganisierten wenig erreicht und meist im Dunkeln tappt, ein Spielball der eignen Launen und Leidenschaften ist oder sich von falschen Ratgebern mißbrauchen läßt.

Darum fällt den *politischen Parteien* in der Demokratie die gleiche Aufgabe zu wie im Wirtschaftsleben den Berufsorganisationen, nämlich die Pflege der Staatsbürgergesinnung, der politischen Einsicht, Urteilsfähigkeit, des Verantwortlichkeitsgefühls, insbesondere aber die Bildung des politischen Urteils, die Aufstellung eines Programms, die Verwirklichung desselben durch geschickten Einfluß in der Öffentlichkeit

und in der Volksvertretung. Die Partei soll die Schule der Staatsbürgerdisziplin sein, in Freiheit, Bildung und Selbstzucht. Wie die Berufsvereinigung sich zur Aufgabe setzt die Pflege des Standesbewußtseins und der Standesehre, aber auch des Gemeinsinns gegen den Stand und die Allgemeinheit, so hat die politische Partei in der Demokratie die Aufgabe, im einzelnen Staatsbürger zu pflegen Bürgersinn, Bürgerehre, Pflichtbewußtsein gegen Volk und Staat, die er entscheidend mitzuregieren hat. Das abfällige Urteil, das man im Wirtschaftsleben über die Unorganisierten ausspricht, gilt durchweg auch über die Bürger in der Demokratie, die ihr „Bürgeramt" im Volksstaate vernachlässigen.

Die politischen Parteien bilden demnach als Einrichtungen die sicherste Gewähr für geordnete Erfüllung der Bürgerpflichten in der Demokratie. Sie bieten ferner den politischen und staatsmännischen Begabungen das Feld für ersprießliche Betätigung und ihre Entfaltung. Sie ziehen Tausende zur Mitarbeit heran und schulen sie dafür.

Vor allem aber sind sie unentbehrlich zur Bildung und Geltendmachung des öffentlichen Gewissens gegenüber all den brutalen Instinkten, die in der Menschheit schlummern und mit Hilfe oberflächlichen Urteils, baren Unverstandes, blinder Leidenschaftlichkeit und schnöder Selbstsucht von gewissenlosen Interessenten oder von Fanatikern aufgepeitscht werden können. Wie unnachahmlich hat Shakespeare in fast allen seinen Schauspielen die wandelbare und eigenbrötlerische Volksmeinung jener Kreise gezeichnet, die jeder staatsbürgerlichen Einsicht, jedes Gemeinsinns und Pflichtgefühls ledig sind, um so naiver aber nur an sich selbst glauben, denken, nur für sich sorgen. Was für allerliebste und allerschändlichste Nichtsnutzigkeiten kann eine Volksmenge, aus niedern und höhern Ständen sich zusammenfindend, entwickeln, wenn sie sich mal nach ihrem Eigensinn und Fürwitz ausleben und zeigen will, daß auch sie trotz aller Weisen, Klugen und Gerechten das Regieren versteht. Was hat davon nicht Athen zu berichten aus der großen Zeit seiner Blüte! Wie hat dort der Demos immer wieder seinen großen Staatsmännern und Weisen das Leben sauer gemacht, wie manche von ihnen verbannt oder gar umgebracht. Nicht wenige Monarchien stehen in dieser Hinsicht rühmlicher da. Zwar haben die guten Geister Athens mit jenen schlimmen Geistern ehrlich gerungen und die Anspannung aller Volkskräfte, das Ringen der edlen mit den unedlen Mächten hat doch erst jene hohe Geisteskultur hervorgebracht, auf der noch heute unsere abendländische Kultur ruht. In dem Ringen um die Volksfreiheit ist Rom groß geworden.

Diese Aufgabe der Pflege des öffentlichen Gewissens durch Bürger, die sich uneigennützig dem Dienste des Volksstaates widmen, setzt weiterhin voraus, daß die in der Gesellschaft höher stehenden Gebildeten und Besitzenden aus tiefer sittlicher Überzeugung sich um den Volksstaat kümmern und die Teilnahme an der Politik als soziale Verpflichtung ihres Standes auffassen, so wie früher der Adel sich zur Führerschaft verpflichtet und berufen glaubte. In den Jahrzehnten vor der Revolution haben sich Gebildete und Besitzende in auffälligem Maße von der Politik ferngehalten. Sagen wir es kurz heraus: weil sie zu sehr einem Kastengeiste sich ergeben hatten. Aus diesem Kastengeiste, der viel vom

Emporkömmlingswesen zeigte, stammte die Abneigung gegen Sozialpolitik und gegen Demokratie. Auch eine materialistische Lebensauffassung und Berufsauffassung, die Aushöhlung des Berufsethos durch die Sorge um das wirtschaftliche Emporkommen, wirkte mit. Zum Teil auch die Übermüdung durch die nervenaufreibende Hast unseres Berufslebens. Nun aber ist es ein Widersinn, daß in einem demokratischen Staatswesen, dessen Schicksal in der Hand seiner Bürger liegt, die leitenden Stellen in der Verwaltung, im Geistes- und Wirtschaftsleben von Männern besetzt sind, die ihm nur um des schnöden Mammons oder um der Sicherung ihrer Existenz willen dienen, im übrigen sich um Staatsleben und Politik nicht kümmern, dem Geiste dieses Volksstaates gar fremd gegenüberstehen. Also die Gebildeten und die Wohlhabenden müssen sich ernstlich politisieren, demokratisch fühlen und denken lernen. Warum denn auch sollen sie sich mit einer gesunden Demokratie nicht verständigen können, die nichts anderes will, als die sittliche Verantwortung für die Sicherung des Gemeinwohls auf die Seelen, auf das gesteigerte Pflichtgefühl aller legen? In den westlichen und nördlichen Nachbarländern haben sich führende Männer des Geisteslebens, des Wirtschaftslebens, alter Geschlechter an die Spitze der Demokratie gestellt, sie befruchtet, emporzuheben gestrebt, und diese hat auch sie neben den von unten Aufgestiegenen dankbar als Führer anerkannt, weil man an ihre ehrliche innere Hingabe glauben konnte und ihr Dienen am Wohle der Gesamtheit gern anerkannte. Warum wollt denn ihr, Gebildete und im Wirtschaftsleben Führende, die von der Mehrzahl des deutschen Volkes nun einmal unwiderruflich als Regierungsform gewählte Demokratie nicht auch als euer Panier aufnehmen? Wollt ihr denn nicht mit eurem Volke gehen? Nachdem ringsum überall diese Staatsform eingeführt ist? Ist es denn nicht ehrenvoller, in einem freien Volk als rechtlich Gleicher unter Gleichen uneigennützig zu wirken, als auf Grund von widerwillig ertragenen Vorrechten über Volksgenossen zu herrschen? Bietet die Demokratie nicht genügend freien Spielraum für jede Tüchtigkeit der Gebildeten und sonstigen Führenden? Auch die Demokratie braucht eine Auslese von Führern; zwar eine freie Auslese im Wettbewerb der Tüchtigen. Um so mehr lohnt aber auch den frei erwählten Führer freies Vertrauen des Volkes. Die Demokratie erfordert eure Mitarbeit am Staatsleben und Volksleben, die da kommt aus seelischer Anhänglichkeit und Liebe zum Volk, aus Eifer für dessen Emporstreben. Demokratische Gesinnung ist Bruderliebe, in ihrer edelsten Gestalt Bruderliebe nach Christi Gebot und Vorbild. Aus diesem Sinne sollt ihr auch am Parteileben teilnehmen, denn nur in Parteien betätigt sich die Teilnahme an der Volksregierung, zunächst und am fruchtbarsten in der Gemeinde, die gerade in der Selbstverwaltung der deutschen Gemeinde neben der Gemeindevertretung Hunderte von Bürgern nötig hat in der Armenpflege, Jugendfürsorge und Jugendpflege, in der Wohnungspflege, Bildungspflege, in den vielerlei Arten der gemeinnützigen Wohlfahrtspflege. Überall sollt ihr da in Arbeitsgemeinschaften, die hoch und nieder zusammenschließen, tätig sein. In Demokratien wird oft viel zu viel geredet, debattiert, agitiert. Laßt das, aber seid sinnend, ratend, helfend, schaffend, aufbauend tätig, vor allem in der Gemeinde, dann im Staate.

Verachtet nicht das Parteileben, legt aber am meisten Wert auf gemeinnützige, aufbauende Arbeit am Gemeinwohl. Das sei eure Beteiligung am politischen Leben der neuen deutschen Demokratie!

Aber auch möglichst viele aus der breiten Masse der Bürger, der Millionen Namenloser, müssen das Bewußtsein haben, daß es auch ihre Aufgabe ist, an dem Aufbau und der Geltendmachung des öffentlichen Gewissens mitzuwirken. Um so mehr, da noch so viele unter Demokratie nur verstehen, daß sie nun recht viele und hohe Ansprüche an das Gemeinwesen machen dürfen, daß von jetzt an die Reichen, die Bessergestellten, die Tüchtigen und die Sparsamen die öffentlichen Lasten tragen sollen, während die andern ein Recht auf Entlastung, auf recht viel Unterstützung haben. Das ist niedere Gesinnung und ein Hohn auf die Demokratie, die an erster Stelle besagt: Hingabe auch des Geringsten an Volk und Staat, Liebe, die zuerst Volk und Staat bereichern, beglücken will. Die jenen Bürgersinn weckt, der stolz ist, wenn er seiner Gemeinde oder seinem Land uneigennützig dienen und nützen kann; der diesen Stolz bekundet in reicher Zahl, Größe und Schmuck der öffentlichen Gebäude und Einrichtungen, der aber Luxus und Prunk im Bürgerhaus und Bürgerhaushalt verabscheut, in Einfachheit der Sitten, in Arbeitsfreudigkeit und Pflichterfüllung den Minderbemittelten vorleuchtet. Gerade hier ist wiederum ersichtlich, daß die Demokratie vor allen Dingen ein politisch reifes Volk voraussetzt. Sie stellt deshalb an Volkserziehung und Volksbildung die denkbar höchsten Anforderungen. Wo die Demokratie Volk vorfindet, da gelingt sie, wo sie zusammengeschwemmte Massen findet, da geben diese Massen gewöhnlich die Sturmtruppen für ehrgeizige politische Quertreiber ab. Wer zum Volke rechnet und sich als Glied des Volkes fühlt, ist bodenständig im Eigenleben der Persönlichkeit, in einer Familie, einem Beruf, einer Heimat, einer Nation, fühlt sich damit sittlich organisch verwachsen, als eine lebendige Zelle im Ganzen, und mag nicht unter den andern als Schmarotzer oder Nutznießer leben, der nichts zu verlieren und nur etwas zu gewinnen hat. In der neuzeitlichen Wirtschaftsweise haben viel zu viele, nicht bloß unter den Unbemittelten, sich daran gewöhnt, wirtschaftlich von einem Tage zum andern von der Hand in den Mund zu leben; sie führen eine Existenz, die infolge eines Zwischenfalls von heute auf morgen zusammenbrechen kann. Was sie verdienen, geht drauf. Im kleinen wie im großen. Alle diese können nicht bodenständig werden, sie bleiben Nomadennaturen, von Familie, Stand, Staat, Gesellschaft fühlen sie sich nicht angezogen, sondern abgestoßen, so oft diese mit den Rechten, die sie geben, auch Pflichten und Forderungen auferlegen. Aus diesem allen wächst dann letztlich die Revolution. Es ist kein Wunder, vielmehr ganz naturgemäß, daß am Tage, da dem deutschen Volke die Demokratie gegeben wurde, jene entwurzelten und wurzellosen Elemente, die vor allem das Erzeugnis der neuzeitlichen Großstadtanschwemmungen sind, die Revolution machten, und zwar in der Art des blindwütigen, allem Organischen feindlichen Bolschewismus. Kein Wunder, daß diese Unabhängigen und Spartakusleute jede Mitwirkung bürgerlicher Parteien an dem Aufbau der Volksfreiheit mit instinktivem Haß ablehnten, die Gewerkschaften durch Arbeiterräte ersetzten. Ganz natürlich, denn auch die freien Gewerkschaften

bekennen sich zur organischen Sozialisierung der Wirtschaft und Gesellschaft, zu Arbeitsgemeinschaften mit den Arbeitgebern, Behörden usw. Die Mehrheitssozialisten hinwieder wollten ehrlich die Demokratie unter Prinz Max von Baden, sie stemmten sich gegen die Revolution.

Damit erhebt sich die schwerwiegende Frage: Wie soll das deutsche Volk, das jahrhundertelang in einem Obrigkeitsstaate lebte, erst seit Jahrzehnten in einer weithin unverantwortlichen Volksvertretung an der Regierung beteiligt war, darum auch weithin politisch interesselos war, wie soll es nun nach einem sprunghaften Übergang zur Republik, unter den Nachwirkungen eines unglücklichen Krieges und einer bösartigen Revolution, eine lebenskräftige Demokratie aufzubauen vermögen? Wir werden in den ersten zehn Jahren noch nichts Vollkommenes aufweisen können; damit müssen wir rechnen und über Mißgriffen und Kinderkrankheiten nicht irre werden am ehrlichen, frohen Glauben, daß wir eine gesunde, eigenartige Demokratie aufbauen werden. Aber wir müssen es furchtbar ernst mit dieser Aufgabe nehmen, von deren Lösung wir erst die volle Entfaltung deutscher Kraft erwarten dürfen.

Teilnahme an der Politik ist hinfür nicht mehr Liebhaberei oder lästiger Zwang, sondern Gewissenspflicht und Lebensnotwendigkeit. Ganze breite Schichten des Volkes sind, soweit nicht religiöse oder Standesinteressen in Frage stehen, politisch noch fast völlig gleichgültig, besonders auf dem Land und in ländlichen Bezirken; in den Städten dagegen überwiegen vielfach unter den politisch Interessierten radikale Bestrebungen.

Die Demokratie und ihre Politik muß von unten aufgebaut werden, indem soundsoviel Menschen von irgendeinem beherzten Freunde des Volkes zusammengeholt und innerlich dafür gewonnen werden, die dann nicht räsonieren und debattieren, sondern schaffend, schöpferisch tätig sind im Aufbau eines an Initiative reichen Parteilebens, wieder von unten nach oben und nicht von oben nach unten, wie zumeist bisher; ferner in der gewissenhaften Erfüllung der täglichen Aufgaben des Gemeinde- und Staatslebens, die wir bisher vor allem der Regierung und Verwaltung zuschoben, im übrigen zumeist den Abgeordneten und Berufs- oder Liebhaberpolitikern, oft mit einem mitleidigen Lächeln, überließen. Sehe jedermann sich in seiner Heimatgemeinde um nach dem, was wir unter der alten Verfassung und Regierung versäumten und was wir jetzt unter der Demokratie nachzuholen haben. Und wenn er nach gewissenhafter Prüfung geneigt ist, darob die Hände über dem Kopfe zusammenzuschlagen, dann erst hat er recht begriffen, was alles noch zu leisten ist.

Deutschland ist reich an ernsten Vereinsbildungen und Organisationen, die weithin aufklären und Mitarbeiter für die politischen Führer schulen können. Diese Aufklärung und Schulung war aber bisheran überwiegend durch Intellektualismus verkrüppelt, lebensfremd und unfruchtbar; sie verleitete vielfach zum Mechanismus des politischen Betriebes, statt zum organischen Aufbau. Darum soll über Aufbau und Erziehungsarbeit noch weiteres ausgeführt werden.

IV. Der Aufbau der Demokratie

1. *Nicht mit Darüberreden, sondern mit Lebenwecken und Lebenpflegen* baut man die Demokratie auf. Das menschliche Gemeinschaftsleben aber läßt sich nicht nach Verstandeswillkür und Vernunftgründen modeln, sondern hat eigenwüchsiges Leben wie auch der menschliche Leib. Zur harmonischen Vollkommenheit entfalten sich Leib und Seele nur dann, wenn man ihre Eigenart ausbildet und jede Vergewaltigung vermeidet. „Was euch nicht angehört, müsset ihr meiden, was euch das Innere stört, dürft ihr nicht leiden" (Goethe in Faust).

In den großen neuzeitlichen Demokratien ward viel zu viel geredet, geschwätzt, an Programmentwürfen geklügelt, um Parteidoktrinen gestritten, zuviel Papier bedruckt, zuviel agitiert. Wir waren im Intellektualismus befangen, dem frischen Leben des Urgrundes des Volkes, dem Volkstum und seinem stillen Walten und Weben entfremdet. Zurück zu ihm!

Jedes gesunde Staatsleben läßt sich nicht von oben nach unten bauen; als Lebewesen, als Gesamtorganismus wächst es, genau so wie der Leib, aus seinen verästelten Organen heraus und diese aus Zellen, zwar unter der Allgewalt der beseelenden Idee des Ganzen.

Also kann man ein demokratisches Staats- und Gemeindewesen nicht mit Verfassungsentwürfen und Parteibetriebsamkeit aufbauen. In den Geist und den Trieb der Demokratie wachsen die Staatsbürger nicht hinein durch staatsbürgerlichen Unterricht als Teil des Schulbetriebs, durch Zeitungslesen, Versammlungsbesuch, Parteischulung.

Aber wie denn sollen wir sie aufbauen? Wir sollen von unten nach oben bauen, indem wir jene *Lebensgemeinschaften pflegen*, in denen der Bürger mit der Hingebung seiner ganzen Persönlichkeit Tag für Tag lebt, arbeitet und sich einen Lebenskreis schafft, in dem er atmen kann, ohne den er verkümmert. Das sind vor allem Familie und Berufsstand. Diese Unterorgane des Staates sind für ihn so lebenbedingend wie die Zellen für jene Organe.

Aus Menschen, die keinen Familiensinn haben und aus eignem Drange betätigen, die mit ihrem Beruf und seinem Standesleben nicht durch Standesbewußtsein und Standesehre verwachsen sind und nicht für ihn eifern, so daß sie zuerst für die Familie und den eignen Stand sinnen, streben, kämpfen, arbeiten — andernfalls wären sie in ihrer Familie und in ihrem Berufe nur Schmarotzer und damit Schädlinge — kann der größte Staatsmann und Politiker keinen Staat aufbauen.

Dies ist die Grundforderung.

Wie hat das deutsche Volk an den Anfängen der Geschichte sein staatsbürgerliches Leben in einfachen, aber urkräftig wurzelstarken Gebilden aufgebaut? Wie anders denn als Großfamilie, in Erweiterung der hausväterlichen *Familie*. Die Markgenossenschaft entstand aus dem familienhaften Zusammenwachsen räumlich zusammengedrängter und vereinigter Hausgemeinschaften und Hauswirtschaften. Diese aber erhielten ihre Rechtspersönlichkeit durch den Familienvater. Noch heute erleben wir das in bäuerlichen Gemeinden. Will man auftauchende Sorgen der Dorf-

gemeinschaft beraten und etwas im Namen der Gemeinschaft durchsetzen, dann werden die Hausväter zusammenberufen. Mit ihnen kann man beraten, auf ihre Hilfe rechnen. Denn sie tragen Tag um Tag, oft Tag und Nacht, die Sorge für die ihrer Obhut anvertrauten Hausgenossen, ob sie zur Blutsfamilie gehören oder bloß mit ihr arbeiten, unter ihrem Dache wohnen. Die Hausväter fassen ihre Lebensaufgabe als Sorge für die andern auf. Sie leben im Gefühl ihrer Verantwortung für andere. Fordere ich von ihnen Verantwortungsgefühl, Pflichterfüllung für den weitern Lebenskreis der Gemeinde und des Staates, so kann ich auf Zustimmung, Einwilligung und auf die bejahende Tat rechnen. Ehe Gemeinde und Staat etwas für die Bürger leisten können, müssen Opfer für jene gebracht werden. Wer aber lebt mehr im Opfern für eine Zukunft als der Familienvater? Wer weiß mehr wie sie zu verstehen und zu würdigen, daß der Segen, die Fruchtbarkeit dieser Opfer mehr von der innern Hingabe der Seele und des Herzens abhängt als von der äußern Größe des Opfers?

Mit seiner Arbeit ernährt und bereichert der Familienvater seine Familie. Sie ist Berufsarbeit. Mit ihr muß er in seinem Sinnen und Trachten verwachsen. Sie gibt seinem Charakter ein bestimmtes Gepräge. In der Berufsarbeit ist jeder Berufs- und Standesgenosse auf den andern angewiesen. Gemeinsam müssen die Standesaufgaben nach außen vertreten und untereinander gepflegt und gefördert werden. Brüderlich müssen die Standesgenossen zusammenstehen, einander helfen, den Standesnachwuchs aufziehen, für die bedrängten Genossen in allen Nöten einstehen, für deren Witwen und Waisen sorgen. Als Brüderschaften haben sich in frühern Tagen starken Standesbewußtseins die Berufsgenossenschaften angesehen und selbst sich benannt. Den Geist brüderlicher Liebe glaubten sie gegen zerfressenden Egoismus am besten zu sichern, indem sie auch in der kirchlichen Gemeinde als Berufsgemeinschaft auftraten und ihre Liebeswerke als fromme Stiftungen bei der Kirche hinterlegten, ihren Zünften, Gilden, Brüderschaften den Namen eines freierwählten Schutzheiligen gaben. All das war die Betätigung erweiterten Familiensinnes.

Die Gemeinden haben darum auch früher nächst den Hausvätern die Führer der Berufsgenossenschaften zur Mitarbeit herangezogen und damit auf diesen selbst sich aufgebaut. Die langen Kämpfe der mittelalterlichen Zünfte in den Städten um den Platz im Rathause war nichts als die naturgemäße Art des Kampfes um bürgerliche Freiheit gegenüber den Feudalherren und Patriziern. Wenn heute in den gemütslosen politischen Wahlkämpfen kluge Parteien zu ihren Wahlkomitees die Vertreter der Berufs- und Standesorganisationen zuziehen, so ist das oft nur Berechnung oder Anpassung an einen moralischen Zwang, in der Tiefe aber ringt hier sich wiederum die gesunde Natur, das Volkstum durch.

Wiederholt hat der Staat sich zur Selbstherrlichkeit, zum Absolutismus verführen lassen. Er zertrümmerte die Selbstverwaltung, das Eigenleben der Gemeinde. Furchtbar hat sich das stets am Staatsleben gerächt. Eine gesunde Demokratie kann am allerwenigsten das starke Eigenleben, und zwar das vom schaffens- und opferfreudigen Familiensinn beseelte Eigenleben der Gemeinde entbehren. Denn in der Gemeinde erlebt der

Bürger sein Staatsbürgertum am unmittelbarsten, innigsten und fruchtbarsten. Sie wird ihm zuerst zur Heimat, wie die Familie zum Heim. Der Staat reicht nur dann und wann an ihn heran, in der Gemeinde lebt er und bewegt er sich tagtäglich. Das Staatsleben kann er oft nicht übersehen, in der Gemeinde sieht er die Früchte der bürgerlichen Selbstverwaltung, auf der sie aufgebaut ist, täglich reifen. Der Beteiligung am Leben des scheinbar hoch oben thronenden Staates kann der einzelne sich leichter entziehen, die deutsche Gemeinde dagegen hat außer den Gemeindevertretern zehn, hundert, tausend Bürger zur Mitarbeit an der Selbstverwaltung im Ehrenamt nötig zur Armenpflege, Waisenpflege, Jugendpflege, Wohnungs- und Gesundheitspflege, Bildungspflege. Die Gemeinde sorgt für Wasser und Licht, für Straßen und Plätze, für künstlerische Pflege des Stadtbildes, durch milde Stiftungen für Wohl und Wehe von jung und alt. Das, was die Gemeinde für das Gemeinwohl schuf, ist der Obhut und Förderung aller Bürger anvertraut. Unsere Kinder leben sich unbewußt in die Gemeinde, ihre Vaterstadt, das Heimatdorf ein. Nichts hat böser gewirkt, hat mehr das deutsche Volk um seine Bodenständigkeit gebracht als die neuzeitliche Großstadt, die die zu Hunderten und Tausenden Zuwandernden oft wie Unwillkommene oder nur zwecks Förderung des Erwerbslebens Begrüßte namenlos untergehen ließ in den Mietkasernen, Hinterhäusern und Arbeitervierteln, die sie durch ein gröbstes Klassenwahlrecht ausschloß von der bürgerlichen Selbstverwaltung und Lebensgemeinschaft. Radikalisiert sind diese tatsächlich Heimatlosen am meisten durch diese Fernhaltung vom Gemeindeleben. Von da aus war es ein leichtes bis zur radikalen Gesinnung gegen den Staat.

Darum kann das familienhafte Gemeindeleben erst lebendig werden durch die Schaffung recht vieler lebendiger Arbeitsgemeinschaften von hoch und nieder zum Zwecke der Volkswohlfahrtspflege und Volkspflege. An Aufgaben für dieselben zugunsten der Lebensinteressen aller Volkskreise ist ein Überfluß vorhanden. Heranziehung der Arbeiter und andern kleinen Leute zur Gemeindevertretung, zur Armenpflege, Waisenpflege, Jugendpflege und Wohnungs- und Gesundheitspflege ist darum eine der ersten demokratischen Forderungen. Daß gewisse Kreise ihre Furcht vor dem gleichen Wahlrecht im Staate begründeten mit der Furcht vor der darauffolgenden Demokratisierung des Gemeindewahlrechts, zeigt uns die ganze Trostlosigkeit der Verwahrlosung unseres Gemeindelebens, der Lebensfremdheit ihrer bevorrechteten Bürger und der in ihrem Geiste geleiteten Gemeindeverwaltungen, die es verstanden haben, die Bürger und Heimatberechtigten der Gemeinde zu ihren gefürchteten Widersachern werden zu lassen. Abgeschnürte und daher revoltierende Glieder sind aber nur zu heilen, so daß sie wieder zu lebendigen und wohltätigen Gliedern werden, durch Beseitigung der Hemmungen und durch Wiederherbeiführung des organischen Blutumlaufs durch alle Glieder bis zum kleinsten. Die Verwirklichung der demokratischen Freiheit wird uns nun Gott Dank dazu zwingen, den zerstörenden Kampf um die nackte politische Macht zur Befriedigung des liberal oder sozialistisch verbrämten Individualismus und Klassenegoismus in den Hintergrund zu drängen durch gleichmäßige Heran-

ziehung aller ohne Unterschied von Bildung und Besitz zur Betätigung in lebenspendenden Arbeitsgemeinschaften der Volkspflege und der Pflege des Gemeinwohls. Also: Pflege und Aufbau des Eigenlebens der natürlichen, mit uns geborenen Lebensgemeinschaft in Familie, in Berufsgemeinschaft und Standesleben, in den Arbeitsgemeinschaften der Volkspflege und in der Selbstverwaltung der Gemeinde sind gerade für die organisch aufgefaßte Demokratie von der Menschennatur gegebene Mittel des Aufbaues des Volksstaates und seiner Volksregierung. Ein absoluter Herrscher und seine Regierung mögen glauben, von oben herab beglücken zu können. Die Demokratie legt das Schicksal des Volkes in seine eigne Hand; sie ist darum auf die angeborenen organischen Lebenskräfte des Volkes angewiesen, und als solche haben sich die genannten erwiesen, in guten Zeiten durch den Segen, den sie in einem gesunden Staatsleben brachten, in bösen Tagen durch den Fluch der Verwahrlosung, welcher Staats-, Gesellschafts- und Volksleben verfielen.

2. Die Nutzanwendung aus dem Dargelegten, das wir aus jahrhundertealtem Schutt unseres öffentlichen Gemeinschaftslebens wieder ausgraben mußten, haben die politischen Parteien in der neuen deutschen Demokratie zu ziehen: Sie selbst sind überaus hilflos und ungeeignet zur Lösung dieser Hauptaufgaben des Aufbaues der Demokratie, um so mehr also angewiesen auf die Vorarbeit jener vier Organe des Gemeinschaftslebens. Die politischen Parteien erweisen sich nur als die Ausführungsorgane der Demokratie, nicht als ihre lebendigen Organe. Wohl aber müssen sie diese hinlenken auf die Arbeit am Bau und im Leben des Volksstaates und Fürsorge tragen, daß sie sich bei ihren ersten und nächsten Aufgaben auch der Sorge für den Volksstaat und der Arbeit der Volksregierung widmen.

Die politische Partei und jeder für das Gedeihen der Demokratie im Staatsleben Besorgte wird darum für Familienpflege eifern. Zuviel ist bisher bloß drüber geredet, geschrieben, zuwenig sind die Väter und Mütter, vorbereitend die heranwachsenden Jungen und Mädchen dazu angeleitet, zur Arbeit und Mitarbeit daran angehalten und darin eingeführt. Zuwenig ist das Familienleben den Heranwachsenden und selbst den darin unerfahrenen Vätern und Müttern vorgelebt. Man lese nach in den Schriftchen von Mauß, Hausfrauenkonferenzen, und von Heinen, Aus dem Glauben leben!, in zweiter Auflage unter dem Namen: Lebensführung (für die heranwachsende Mädchenwelt), wie es zu machen ist, nicht wie weiter darüber bloß zu reden ist. Wie man die Frauen und Mädchen dahin bringt, sich ihrer Aufgaben in der Familie, dann der ihnen zur Lösung derselben von Gott in ihre Frauenseele gelegten Kräfte erst einmal klar bewußt zu werden; dann wie man sie dahin führt, selbst in der Familie und für die Familie zu schaffen, wobei man, im Hintergrunde stehend, ihnen nur mit Rat und Beistand hilft, um sie zuletzt dahin zu bringen und zu befähigen, unter den Mädchen und Frauen vorbildlich, aneifernd, anleitend und helfend zum Aufbau des häuslichen und Familienlebens zu

wirken. Solch gesundes Familienleben, aufgefaßt als Königreich des Vaters und der Mutter, in dem die Kinder nach Alter und Geschlecht mitwirken am wirtschaftlichen Gedeihen, an der schlichten Schönheit in Sauberkeit und Ordnung, an herzlicher Wärme im Gemütsleben, am Verwurzeln in dieser Lebensgemeinschaft, die sie dereinst in einer eignen Familie mit Opfersinn selbst aufbauen sollen, solch Leben und Weben im Königreich der eignen Familie strebt mit Naturdrang hinaus zur Pflege der Nachbarschaft, der Verwandtschaft. Der Junge und das Mädchen, die in solchem Familienleben wurzeln und sich betätigen, bringen dem Jugendvereine, welchem sie beitreten, nicht Gleichgültigkeit und bloß schmarotzerhaftes selbstsüchtiges Streben nach Ausnützung desselben für die wirtschaftlichen Interessen oder für Vergnügen und Sensation entgegen. Sie kommen, um etwas zu lernen, drängen sich heran zur Betätigung; sie wollen am Vereinsleben mitarbeiten und darin schaffen. Ein Jugendverein, in dem bloß geredet und gespielt wird, läßt sie unbefriedigt, stößt sie ab. Solche Mitglieder treiben den Jugendverein voran, freuen sich des Tages, wo sie als Männer und Frauen in den Gesellenverein, Arbeiterverein, Bauernverein, in den Mütterverein, in einen caritativen Verein eintreten können; wo sie wählen dürfen und gewählt werden können in Staat, Gemeinde, Berufsorganisation, Wohlfahrtsorganisation. Sie wachsen mit offenen Augen und schaffensfrohen Herzen, mit Arbeitstüchtigkeit und Opferwilligkeit, kurz mit allen staatsbürgerlichen Tugenden hinein in die Volksfamilie von Gemeinde und Staat.

Gerade der demokratische Wille, den Volksstaat, des Volkes ureigne Sache, aufzubauen und zu pflegen, ist ein starker Anstoß für alle nachdenkenden Bürger, schon in der eignen Familie aufbauend, regierend und mitregierend, d. h. aus eignem Drange arbeitend, gebend, andere beglückend, sich zu betätigen. Vor allem die christliche Demokratie ist nicht auf das Raffen und Nehmen, oder darauf, wie man möglichst den andern die allgemeinen Lasten aufbürden könne, gerichtet, nicht darauf, wie man über andere herrschen, andere ausnützen könne, sie ist vorerst Betätigung der christlichen Bruderliebe, ist als Gottesdienst frei sich bestimmende Teilnahme an der göttlichen Weltregierung und Weltbeherrschung, ist Nacheiferung der hochherzigen Gesinnung, der Liebe des himmlischen Vaters, der über Gute und Böse seine Sonne aufgehen läßt, der nicht mit Dank rechnet, der in Liebe und Güte auch das Böse zum Guten zu wenden weiß.

Auf dem von der Industrie noch nicht überfluteten Lande und in den Landstädten hat sich das im Volkstum ruhende Familienleben noch seine Überlieferung bewahrt. Hier ist es leichter, an der Beseelung des auch dort oft innerlich verwahrlosten Familienlebens zu arbeiten. In den Industrieorten ist es anders. Dorthin haben die Zugezogenen zumeist nicht die Überlieferung zu verpflanzen vermocht, dort ist sie dann abgestorben, wenigstens den Kindern nicht mehr mitgeteilt, die aufwuchsen in Wohnungsnot, Klassenscheidung, verrohendem Vergnügungsleben, radikaler Agitation, die nur niederzureißen verstand. Was aber will dann kirchliche Seelsorge, christliche Schule, christliches Vereinsleben, religiös gerichtete Zeitung und Bücherausleihe Dauerhaftes wirken, wenn die Familie versagt und das verwahrloste Familienleben mehr zerstört als aufbaut? Kolo-

nisiert erst das durch die Binnenwanderung der gewerblich tätigen Bevölkerung angeschwemmte Neuland, macht die Bevölkerung erst wieder bodenständig durch soziale Kulturarbeit jeder Art, an erster Stelle aber durch Wiederaufbau und Pflege des christlichen Familienlebens! Man unterlasse nicht das Studium und die Beherzigung der tiefgehenden, neu orientierenden Weisungen von A. Heinen in: Deutschland und der Katholizismus II 235 ff: Soziale Kultur in Stadt und Land. Beachtenswert ist auch das Büchlein von A. Heinen, Briefe an einen Landlehrer, erschienen im Volksvereins-Verlag. Wenn nach Goethes Bekenntnis die Religion der Kern aller Kultur ist, so an erster Stelle der Kern der wichtigsten sittlichen Lebensgemeinschaft, der Familie. Aber, noch einmal sei es gesagt: Redet nicht bloß darüber, belehrt nicht bloß, sondern lebt vor, pflegt, ratet und helft den Vätern und Müttern, daß sie die Familie aufbauen, haltet dazu auch die heranwachsende Jugend und die Kinder an. Auch hier gilt Goethes Aufforderung: „Künstler, bilde, rede nicht!"

Die demokratischen Politiker sollen sodann als unentbehrliche Organe der lebenskräftigen Demokratie einschätzen und pflegen die Berufsorganisationen, die Standesvereinigungen mit den Lebenskräften des Standesbewußtseins und der Standesehre, und die Standeskultur mit ihren standesbildenden Kräften. Und dann dafür sorgen, daß diese Berufsgemeinschaften nicht herabsinken zu Betriebs- und Erwerbsgesellschaften, die in kapitalistischem Geist und in Mammonsgesinnung den Vergleich mit jedem Gelderwerbsunternehmen aufnehmen können, darum auch jeden organischen, lebenspendenden Geist zerstören oder austreiben. Organisches Leben müssen sie hervorbringen und ausströmen, Familiengeist muß die Mitglieder vereinigen und zur Arbeit für ihr Gemeinwohl antreiben. Die standesbildenden Kräfte müssen in ihnen tätig sein, nicht bloß eine Interessengemeinschaft, sondern auch eine Arbeits-, Lebens- und Liebesgemeinschaft aufbauen. Die Standesvereinigungen sind ebenso naturhafte Schöpfungen wie die Familie, leider in den verflossenen Jahrhunderten so oft durch menschlichen Unverstand, auch durch den Unverstand der Staatsmänner und Politiker, zerstört, haben sich aber unwillkürlich aus dem Urgrunde des Volkstums immer wieder ans Licht und zum Leben emporgearbeitet, weil auch sie von Gottes Gnaden sind. Diese Standesgemeinschaften haben nun zwei starke Lebenswurzeln.

Einmal den Trieb jedes einzelnen und jedes Standes, seine Eigenart, die ihn selbst beglückt, durch schaffende Arbeit auszuwirken, in seiner Haut, im engen eignen Lebenskreise, den man beherrschen kann, sich wohl und behaglich zu fühlen, diese Eigenart aber auch in ihrem Wert für die Gesamtheit bei der Gesellschaft zur Anerkennung und Geltung zu bringen. Das gibt edles Standesbewußtsein und wird als Standesehre empfunden. Man weiß, daß man in seiner Sonderheit der Gesamtart etwas zu geben hat, dessen sie zu ihrem Gedeihen bedarf, das ihr aber kein anderer Stand bieten kann. Man weiß, daß die andern einen nötig haben. Man will aber auch, daß die Gesellschaft dem gerecht wird, indem sie der Eigenart des Standes Achtung, Förderung und Pflege zuteil werden läßt. Ohne das muß der Stand zu der Überzeugung kommen, daß er nur als Mitte

für die Zwecke anderer gewertet wird, und dann empört er sich gegen diese Mißachtung und Ausbeutung. Dann strebt er aus dem Staate, aus der Gesellschaftsordnung heraus; weil er sich niedergedrückt, vergewaltigt ansieht, kämpft er gegen Staat und Gesellschaftsordnung an. Lassen diese aber den Stand neben den andern in seiner Eigenart sich ausleben, seine Interessen selbst verwalten, die der großen Gemeinschaft mitverwalten, so bettet er sich behaglich und befriedigt in das Ganze ein.

Dann treibt er die Wurzel in die Lebensgemeinschaft der Gesamtheit ein, nämlich die Überzeugung, das Gefühl des organischen Verwachsenseins mit dem Gesamtorganismus von Staat und Gesellschaft. Er empfindet, daß auch er alle andern, und zwar in der Entfaltung ihrer Eigenart und in ihren Leistungen, die nur sie bieten können, nötig hat. Er fühlt dann, daß wir alle untergehen, wenn wir einzeln schwimmen wollen. Er sieht ein und erlebt es willig, daß er einem lebendigen Ganzen angehört, mit allen andern zu Gemeinsinn verbunden ist und zur Gemeinschaftsarbeit für das Gemeinwohl sich zusammenschließen muß, das dem Wohle der Einzelinteressen gleichmäßig dient. Die Gesamtheit, das in Staat und Gesellschaft organisierte naturhafte Volkstum empfindet er als den Mutterboden aller, als den Nährboden auch seines Eigenwohls. Er empfindet Staat und Gesellschaft als sein Vaterland, seine Nation, sein Volk. Kann sich der Stand und die Berufsgemeinschaft klarer und kräftiger bekunden als aufbauendes Organ des Volksstaates?

Es gab eine Zeit in der Vergangenheit des deutschen Volkes, das Mittelalter, da es Staat, Gemeinde, Berufsstand als organisiertes, naturhaft gewachsenes Volkstum empfand, sie als Erweiterungen der Hausgemeinschaft und Familie erlebte. Diese Entwicklung brach im 15. Jahrhundert ab. Bauern- und Handwerkerstand, auch der Beamtenstand haben die Erinnerungen an diese Zeit, da sie eine gesunde Standeskultur besaßen, hochgehalten und nach Überwindung der liberalen Zeit vor Jahrzehnten Standesbewußtsein und Gemeinsinn wieder in ihren Standesorganisationen zu pflegen begonnen. Für die Handwerksgesellen wollte Kolping gleiches durch seine Gesellenvereine erreichen. Von diesen gingen ähnliche Anregungen in die Arbeitervereine, später in die Gewerkschaften über. In ihren Satzungen setzten sie alle an die Spitze der Vereinsaufgaben die Pflege der standesbildenden Kräfte, also des Staandesbewußtseins, des Gemeinsinns, der den Genossen an den Genossen bindet, alle aber an Volk, Staat, Gesellschaft, nicht aus Willkür, sondern folgend dem Naturgesetze der menschlichen Gesellschaft als eines Organismus.

In den Bauernvereinen, den an alte geistige Überlieferungen anknüpfenden Innungen leben diese gesunden Wurzeln ständischen Fühlens und ständischen Pflichtbewußtseins. In den neuen Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten sind sie gar nicht oder noch schwach entwickelt. Die christlichen Gewerkschaften dagegen bekennen sich zum christlichen Solidarismus Sie alle haben von Haus aus demokratischn Geist, sie treiben nach allen Seiten Wurzeln hin zum Gemeinde- und Staatsleben, auf das sie sich stützen, von dem sie Schutz und mancherlei äußere Förderung erwarten müssen. Die Mitglieder jener Organisationen bringen des-

halb auch in ihr Staatsbürgerleben reiches Verständnis für organisches Staats- und Volksleben. Je mehr deshalb diese städtischen Arbeits- und Lebensgemeinschaften sich gesund entfalten und ihre Mitglieder zur regen Teilnahme am Leben des Volksstaates anhalten, um so gesunder wird dieser sein Eigenleben entwickeln können. Der Obrigkeitsstaat stand jenen Organisationen vielfach mißtrauisch gegenüber, der Volksstaat wird sie, zumal sie aus dem gleichen demokratischen Geiste geboren sind, als wertvollste Organe seines Gemeinschaftslebens pflegen und fördern und ihre allgemeine Ausbreitung wünschen, aber auch dahin wirken, daß sie nicht zu Kampfplätzen des Egoismus werden, sondern organisches Leben entfalten, daß sie getragen sind vom Gemeinsinn, nicht nur gegen die Berufsgenossen, sondern auch gegen die Volksgesamtheit. Die Gemeinde wird in ihrer Art sie ebenso schätzen und pflegen.

Daß die deutsche Gemeinde mit dem Eigenleben ihrer Selbstverwaltung die beste Vorschule des Staatsbürgerlebens ist, wurde schon oben dargelegt. Sie hat auch, weil sie eine demokratische Verfassung hat, trotz deren Durchbrechung in Preußen durch ein schlimmes Klassenwahlrecht, weitaus mehr Bürgersinn geweckt als Staat und Reich zusammengenommen. Besonders in Süddeutschland mit seinem bessern Wahlrecht. Die demokratischen Parteien werden, nachdem auch Preußen sein Wahlrecht geändert hat, überall darauf sehen, daß das Gemeindeleben für alle Bürger die bevorzugte praktische Schule staatsbürgerlicher demokratischer Gesinnung wird. Wer in der Demokratie des Staates und des Reiches sich betätigen will, soll in dieser Schule erprobt sein Dann wird zwar weniger in der Öffentlichkeit über Politik geredet, geschwatzt, geschrieben und gedruckt, aber mehr Politik in stiller Arbeit getan werden

Lebenskräftige Arbeitsgemeinschaften der Volkspflege lassen sodann die Mitglieder der einzelnen Stände in Verständigung und Vertrauen besser als irgendein anderes Mittel der Gesetzgebung und Verwaltung miteinander organisch verwachsen. Wir wiesen schon darauf hin, wieviel die Gemeinde zur Förderung derselben tun kann. In sozialer, caritativer, Volksbildungs- und sonstiger gemeinnütziger Arbeit hat das deutsche Volk überaus viele solche Gemeinschaften geschaffen. Lange waren sie Schutz-, Pflege- und Förderungseinrichtungen der obern Stände für die untern, der Darbietenden für die bloß Nehmenden. Sie begegneten bei diesen in wachsendem Maße dem Mißtrauen und der Befehdung. Sie ließen auch sehr oft das Verständnis für die Eigenart derjenigen vermissen, deren Wohle sie dienen wollten. Das, was sie vermitteln wollten, wuchs deshalb den damit zu Beglückenden nicht an, weil es ihnen Fremdgut blieb. Heute ist die Überzeugung allgemein verbreitet, daß nicht mit einmal oder mehrmal gespendeten Wohltaten das Volk innerlich und dann äußerlich gehoben wird, sondern erst dann, wenn es angehalten und unterstützt wird, sich selbst zu helfen, der Mißstände und Nöte durch eigne Tat Herr zu werden. Was man heute durch Volkspflege dem Volke verschaffen will, hat es in frühern einfachern Zeiten selbst besorgt aus dem Schatze seines Volkstums. So schuf es seine Sagen, Märchen, Volkslieder, Volkssitten und Volkstrachten, seine Mundarten, seinen nach Stämmen und Gegenden eigenartigen Wohnungsbau und Hausrat. All das ist in einer Zeit der

äußern Verarmung und des Niedergangs der Bildung und des Seelenlebens, bei Überwuchern der Verstandesdressur und Verachtung des Volkstums, weithin zugrunde gegangen. Was wir in Familienpflege, Jugendpflege, Volkskulturpflege jetzt wieder bieten wollen, muß mit dem Volkstum verwachsen auf die Weise, daß das Volk befähigt wird, aus eignem gesunden Menschenverstand, aus den Schätzen des Herzens und des Gemütes all das selbst hervorzubringen, weiter auszubauen und lebendig zu überliefern. Die Hilfe der Gebildeten ist dazu nötig, aber sie muß Beihilfe, Anleitung, Unterstützung bleiben und zuerst und zuletzt absehen auf die Weckung der Selbstbetätigung des Volkes. Seine strebsamsten Männer und Frauen müssen in den Arbeitsgemeinschaften zur Mitarbeit herangezogen werden; sie müssen zunächst wieder den Wert ihrer Eigenart im Denken, Fühlen, in der Lebensführung und Lebenshaltung erkennen lernen, so daß sie von der Nachäfferei der Art der Wohlhabenden und gesellschaftlich höher Stehenden ablassen. „Und fürwahr, warum sollten sie auf ihre Eigenart nicht stolz sein, wenn sie eben etwas Eignes, dabei voll Entfaltetes, Ganzes, Glückbringendes aufzuweisen haben, was die andern nicht aufbringen können? Ist es doch ihr persönliches Werk, dazu für die Gesamtheit unentbehrlich. Oder weiß denn ein tüchtiger Arbeiter in dem Vorstand einer Kleinwohnungsbaugesellschaft, einer Jugendpflegekommission, im Elternbeirat der Volksschule nicht besser wie die andern zu sagen, was dem Arbeiter und seinen Kindern frommt und zusagt und wie das Nötige zu machen ist? Wird er, wo es Arbeitern etwas verständlich zu machen gilt, wo man sie für etwas gewinnen will, das nicht erfolgreicher in die Hand nehmen als ein Draußenstehender? Werden die Arbeiter nicht ganz anderes Vertrauen zu den wohlmeinenden Absichten der Höherstehenden haben, wenn man sie aus eignem Antriebe zur Mitarbeit heranzieht? Dasselbe gilt von den Bauern, vom Mittelstand. Denn gerade alle diese kleinen und großen Lebensangelegenheiten sind es, in denen entweder die Stände, ähnlich wie die Glieder des Körpers im Blutumlauf und der Zirkulation der Nervenkraft, durch Gemeinschaftsarbeit zur geistigen Lebensgemeinschaft des Gesellschaftsorganismus verwachsen, oder wo sie durch Entfremdung vom Gesellschaftsleben abgeschnürt und zur Rebellion gedrängt werden. Läßt man aber ihre Eigenart in der Gesellschaft und in ihrem Werte für diese vollauf und willig zur Geltung kommen, fördert die Gesamtheit gar freudig deren Entwicklung zum lebensfrohen Standesbewußtsein, gibt sie ihr Spielraum im Ganzen bei Einordnung unter das Ganze, so werden sie nicht mehr gewaltsamen Reiz zum Widerspruch gegen die Eigenart der andern empfinden, sondern statt dessen in ihrer gesunden Mehrheit erfahren, daß sie genug zu tun haben und auch volles Genügen finden im eignen Lebenskreis ihres Standes. Sie werden dann die Gesellschaft, den Staat, das gesamte Kulturleben auch als ihren Hort verteidigen und fördern, weil in diesen ihre Standeskultur den Wurzelboden hat. Dann versteht man einander im Ganzen, weil man sich in ihm verstanden fühlt. Mehr will der gesunde Mensch letzten Endes doch nicht, wenn er im Suchen danach auch mal über die Grenzen des eignen Rechtes hinausgreift. Dann verliert die Gesellschaft in allen den Wellenschlägen des Wettbewerbs der vielfältigen miteinander

ringenden Interessen ihrer Glieder nie das soziale Gleichgewicht." (Bei Thimme a. a. O. 266. Vgl. insbesondere A. Heinen in: Deutschland und der Katholizismus II 243—256.)

Die von der Unabhängigen Sozialdemokratie getragene Revolution hat die Anfang Oktober 1918 in die Verfassung eingeführte Demokratie beiseite geworfen, dazu altes in tausendjähriger staatsbürgerlicher Arbeit Geschaffenes für abgetan erklärt, um dessen Weiterbestand auszuschließen, die Teilnahme der bürgerlichen Parteien an der politischen Macht versemt und eine Diktatur des Proletariats aufgerichtet, das ob des politischen Kampfes gar noch nicht die Zeit gefunden hatte, eine neue Kultur zu schaffen. Die Diktatur fühlte sich darum selbst nur stark im Räsonieren und Dekretieren, in der Verwaltungsarbeit jedoch gänzlich angewiesen auf die loyale Mitarbeit der Vertreter der bisherigen Regierung und Verwaltung. Übler konnte eine Volksregierung, die nur Diktatur, nicht einmal Scheindemokratie war, sich nicht einführen. Um so mehr müssen die besonnenen demokratischen Kreise, zu denen auch die Mehrheitssozialdemokratie rechnet, nun eine möglichst fehlerfreie, ehrliche Demokratie auf der Nationalversammlung vom Jahre 1919 einführen und mit tiefem organischen Verständnis aufbauen für ihr Verwachsensein mit den Lebenskräften, die in Familie, Berufsgemeinschaft, Gemeinde und in den Arbeitsgemeinschaften der Volkspflege still aufbauend tätig sind nach unverwüstlichen Lebensgesetzen der Volksgemeinschaft.

V. Die Erziehung zur Mündigkeit der Demokratie

1. Ausgehen muß sie von der Weckung des Verständnisses für das organische Volkstum, das im Staat und in der Gemeinde lebt und webt. Dieses Verständnis war uns allen verlorengegangen. Wie viele, selbst einflußreiche Kreise sahen im Staate nur eine von den einzelnen ausgeklügelte Erwerbs- und Betriebsgesellschaft zur Förderung ihrer Einzelinteressen. Die nach rein intellektualistischen Gedankengängen gepflegte lehrhafte staatsbürgerliche Aufklärung, die an Einzelheiten der Parteiprogramme klebende politische Agitation in Presse und Versammlungen bestärkten die Auffassung, welche sich in den Tagen des Polizei- und Ständeprivilegienstaates beim staatslos gewordenen Volke eingebürgert hatte. Sonst hätten auch die innern Streitigkeiten im Staatsleben nicht so tief sich einfressen und nicht so üble Entwicklung einschlagen können. Und doch steckte im germanischen Blute so tief die organische Auffassung vom Volksstaat und vom Volkskönigtum, so tief der genossenschaftliche Geist neben dem sich stark behauptenden persönlichen Freiheitsgefühle. Wie tief organisch empfanden wir Deutsche stets im naturhaften Volksleben, besonders auf dem Land und in den Kleinstädten, die Familie, die Nachbarschaft, die Sippe, den Stamm. Bis in unsere Tage lebte all das in unsern Volksschriftstellern, bis zu Wilhelm Raabe, Theodor Storm, Gottfried Keller, Alban Stolz, Heinrich Hansjakob. Auch der unausrottbare deutsche Partikularismus der Stämme, der bis heute uns immer wieder staatliche Schwierigkeiten bereitet, ist ein Beweis dafür. Anton Heinen hat in seinem Buche über „Jugendpflege als organisches Glied der

Volkspflege" (M.Gladbach 1917, Volksvereins-Verlag) darüber ein mehreres geschrieben, auf das wir uns hier beziehen.

Volkstum ist etwas Gewachsenes, Organisches. Im Staate hat es sich eine Gesamtgliederung gegeben. Im Weltkriege haben wir alle diese organische Verbundenheit als Volk instinktiv, mit Naturgewalt so stark empfunden, daß Hunderttausende ihr Leben für ihr Volk hingaben unter Beiseitewerfen all der Hemmungen, die vorher so viele in dem Friedensleben des Staates von einer rückhaltlosen Hingabe an Staat und Volk und Gesellschaft fernhielten. Gerade an dieses instinktive, naturgewaltige Erleben unseres Volkstums sollen wir heute und in Zukunft anknüpfen und es als eines der besten seelischen Gewinne des Krieges in das staatsbürgerliche Leben der Friedenszeit hinüberführen. Alle Glieder des Volkes, auch die Sozialdemokraten, haben sich diesem Erleben unseres organischen Volkstums hingegeben; halten wir dieses Erlebnis fest, bringen wir es nun in der neuen deutschen Demokratie zum festen Einwurzeln im ganzen Volke, am meisten durch Schaffung recht vieler Arbeitsgemeinschaften, die hoch und nieder in der gemeinsamen Pflege der sozialen und kulturellen Güter vereinigen und miteinander verwachsen lassen. In Gemeinschaftsarbeit von Unternehmern und Arbeitern (Fabrikpflege, Arbeiterausschüssen, Schlichtungsgemeinschaften, Einigungsämtern, Tarifverträgen); in der alle Volkskreise, insbesondere auch die Familien erfassenden gemeinnützigen Volkswohlfahrtspflege (Wohnungspflege, Gesundheitspflege); in Volksbildungsarbeit, die zurückgeht auf die großen Schätze unserer nationalen Literatur und Kunst, die sich betätigt in der im Volkstum, von dem es leider vielfach noch entfremdet ist, wieder Wurzel fassenden Volksschule, Fortbildungsschule und in allen übrigen Bildungseinrichtungen bis zur Hochschule; vor allem auch in den zahlreichen Standesvereinen, die an erster Stelle die standesbildenden Kräfte pflegen und damit den einzelnen wieder verwurzeln lassen sollen in seiner Berufsarbeit, die ihn aber auch durch die Geistes- und Gemütspflege verwachsen lassen sollen mit seinem Staat und Volke.

Wir dürfen uns dabei nicht stören lassen durch die wilde Gärung, in der das Volkstum sich befindet in den durch die Zuwanderung überfluteten Großstädten und Industriegegenden, die auch schon zersetzend auf das unter dem geistigen Einflusse der Städte stehende Landvolk eingewirkt hat. Unter dem Feudalismus verkümmerte wohl das Volkstum zu Spießbürgerei und Philistertum; aber es lebte doch in seiner Kleinwelt der Familie, der Gemeinde, der Berufsstände weiter. Durch die kapitalistische Umwälzung des Wirtschafts- und Gesellschaftslebens drang auch in Familie, Stand, Heimat die Auflösung der alten Formen; die wurzelkräftige Bodenständigkeit ging vor allem den in die Städte Abwandernden schnell verloren, als die äußern stützenden Formen zerbrochen waren. Um so eifriger sollten wir uns in die Notwendigkeit finden, neue gesunde wirtschaftliche, soziale und kulturelle Lebensformen in sozialkultureller und politischer Arbeit zu suchen. Wir sollten nicht mehr starr an den überlebten alten Formen hangen, sie künstlich und darum vergeblich zu halten suchen, vielmehr die organische Weiterbildung entschlossen in die Hand nehmen. Weil die bürgerliche Gesellschaft sich dagegen viel zu lange aus eigennützigen Vor-

urteilen sträubte, verloren die nicht mehr bodenständigen Volkskreise den Wurzelboden, wurden sie radikalisiert, ging das gesunde Volkstum immer mehr zurück, war es unter den niederdrückenden Einwirkungen des Krieges und Kriegsausganges möglich, daß auch in Deutschland eine Revolution ausbrach. Weil es sich heute aber um mehr handelt als um politische Grenzstreitigkeiten, wie sie zu allen Zeiten vorhanden waren, weil es sich um eine weltgeschichtliche Neuordnung von Grund auf in Staat und Gesellschaft handelt, darum sollen wir uns vor dem Irrwahn hüten, das seien Aufgaben, die mit Gesetzesparagraphen und Verfassungsänderungen, durch neue Berufsorganisationen gelöst werden könnten. Es handelt sich um neue Lebensformen, die im Volkstum wurzeln müssen, die wir deshalb auch nur finden und schaffen können, wenn wir neue Formen des Volkstums schaffen. Hat der Geist der neuen Demokratie erst einmal Verbindung mit den Kräften des Volkstums gefunden, dann wird sie gesunden und alles Geklügelte, Doktrinäre, dem Wirklichkeitsleben Fremde wieder abstoßen. Die Heilung von Staat und Gesellschaft muß durch die wieder einströmende gesunde Urkraft des Organismus von innen heraus erfolgen. Geistliche, Lehrer, alle in der Volksbildung Tätigen müssen deshalb vom Intellektualismus, dem alle verfallen waren, sich abwenden und die Kultur wieder in ihrem Urgrunde des gesunden Volkstums Wurzeln schlagen lassen.

2. Freude am Staate wollen wir wieder wecken als an unser aller, des Volkes Schöpfung und lebendigem Werke. Wie jeder Bürger für seines Staates Verteidigung Gut, Blut und Leben instinktiv hergibt, nach einem unerforschlichen Menschheitsgesetze mit dem Opfer selbst seines Lebens diesen seinen Lebensorganismus von Jahrhundert zu Jahrhundert wiederum erwerben muß, so soll auch jeder Bürger im Friedensleben darauf sinnen und freudig, aus eignem Drange dahin wirken, diesen Organismus zu pflegen, zu bereichern, zu beglücken. Wie die einzelnen aus Vatergeist, aus Mütterlichkeitsgesinnung so für ihre Familie leben, sie mit Arbeit und Opfern als ein höchstes Gut zu beglücken suchen, in ihr sich auszuwirken und fortzuleben trachten, so soll der Staatsbürger auch Vatergeist gegen Volk und Staat fühlen und betätigen. Ein gleiches Verhältnis, wie der Fürst zu „seinem Volk" und „seinem Staate" hat, soll auch der Bürger zu ihm haben. Der Staat soll auch sein Staat sein, er soll ihm nicht als etwas Fremdem gegenüberstehen. Dann wird er, ob groß, ob klein, ihm sich wie von selbst einfügen als ein lebendiges Glied.

Das Kind lernt am besten Familiensinn, opferndes Wirken für die Familie, wenn es sieht, wie Vater und Mutter nur für dessen Wohl leben, sich dafür hingeben. Erfährt es dann noch, was die Vorfahren für Haus und Familie erstrebt und geleistet haben, wie deshalb ihr Andenken in Ehren steht, dann wird ihm die Familie immer mehr ein heiliges Werk, eine Schöpfung der Seinigen, und der in ihm schlummernde Gemeinsinn und der Schaffensdrang, der natürliche Wunsch, sich auch in Werken und Taten und Opfern als Persönlichkeit zu betätigen und wiederzufinden, der geistige Fortpflanzungstrieb, lenkt sich auf seine Familie. Es beginnt dem Vater und der Mutter zu helfen, es freut sich an seinen kleinen Schöpfungen und hängt sein Herz an dieselben.

Darum sollen wir die Heimatkunde und die vaterländische Geschichte dem Herzen, nicht bloß dem Verstande des Kindes nahebringen in den lebendigen Gestalten der Helden, groß und klein, seines Volkes, in dem, was dies von den Schätzen seines Geistes und Gemütes niedergelegt hat in Liedern, Märchen, Sagen, Schöpfungen der Dichtung und der Kunst. So hat die dänische Volkshochschule die Geschichte der Heimat und Nation in den Mittelpunkt ihrer Gesinnungserziehung gestellt, auch aus nationalen Gründen, aber nicht minder, um das Volkstum als den Wurzelboden der Lebenserziehung wiederzugewinnen. So haben auch alle Naturvölker in naturhaftem Triebe gehandelt, auch unsere eignen Vorfahren in der Jugendzeit der Nation. Dann wächst die Freude am Volk und Staate von selbst auf, dann braucht man sich nicht fruchtlos zu quälen in kunstgemäßer oder künstlicher Pflege des Patriotismus, der vaterländischen Gesinnung. Während dieses Krieges suchten wir aus den Schicksalen unseres Volkes in den verflossenen Jahrhunderten die Entstehung und die Bedeutung dieses Ringens um unsern nationalen Bestand zu verstehen. In den Vaterländischen Versammlungen während des Krieges haben wir davon gesprochen, und wie lauschte auch der einfache Mann und die schlichte Frau, wie ging ihnen der Sinn so manches vaterländischen Liedes oder Volksliedes auf, das sie bisher nur in dumpfen Gefühlen kannten. Wir sprachen dann von den Schicksalen unserer Väter, Ahnen und Urahnen, von dem, was sie erstrebten, was sie litten, wofür sie bluteten. In Heldengestalten und Heldenzeiten trat das alles vor die geistigen Augen der Hörer. Kaiser Karl der Große, die Kaiser des Mittelalters, Friedrich der Große, Bismarck und Moltke, Verkörperungen deutschen Geistes und deutscher Kraft, die das Volk in seinem Gedächtnis immer mit sich getragen hatte, tauchten wieder lebendig auf. Machen wir ihm vor allem die aus dem Volke selbst aufgestiegenen Heldengestalten, in der neuesten Zeit Hindenburg mit all seinen Helden in unserm gewaltigen Verteidigungskampfe so recht vertraut, und das Volk wird seine volle Freude an seinem Staate haben, zumal wenn wir ihm dann seine Gemeindeselbstverwaltung, seinen Militärdienst, die Arbeit seiner Volksvertretung in Staat und Reich, die Wahlen dazu, vor allem die Gesetze und die Mitwirkung auch des Kleinsten an deren Durchführung als Mitwirkung am Volksstaate der fortwährenden Schöpfung des Volkes inne werden lassen. Daher denn auch die alltägliche Erfahrung, selbst bei Sozialisten, daß sie sich versöhnen lassen, wenn ihnen die vollgültige Mitarbeit in Gemeinde und Staat gewährt ist. Das Drängen nach dieser ist nicht Eitelkeit, das ist gesunder, natürlicher Drang derer, die sich instinktiv als mitzugehörig fühlen und betätigen wollen.

Wir sollen also die Freude an Staat und Gemeinde in lebendige Beziehung stellen zum Familiensinn, zur Berufsfreude, zum Standesbewußtsein und Gemeinsinn, der die Berufsorganisationen der einzelnen Erwerbsstände beleben muß. Er ist ja nur deren Ausweitung. Hier wie dort aber ergibt sich, daß die Hingabe des einzelnen an die Gemeinschaft der belebende Geist ist, der alles Große schafft. Aus der Geschichte der Völker und insbesondere des eignen Volkes sollen wir darum nachdrücklich beleuchten, wie Größe und Niedergang abhing von dem Geiste, den ein Volk seinem staatlichen Leben zu geben verstand, davon, ob ein Volk seine staats-

bildenden Kräfte pflegte und betätigte, möglichst in jedem Bürger an seinem Platze. Was Großes schufen oft kleine Städterepubliken, wie erstarrten dagegen oft gewaltige Reiche! So stellen wir den Bürgersinn als hohe Gesinnung, als Großmut, als nach Betätigung ringenden geistigen Drang heraus und geben Worten wie Patriotismus, nationaler Gesinnung, staatserhaltendem Sinn erst den geistigen Inhalt. Es war begreiflich, daß unter der Herrschaft des Obrigkeitsstaates die Geschichtschreibung sich in den Haupt- und Staatsaktionen des Herrschenden fast erschöpfte; das Volk hat zu dieser Geschichte denn auch kein lebendiges Verhältnis gefunden, seine Volkshelden sich dagegen aus den eignen Reihen gesucht in den Sagen und Märchen, in den Volksliedern und Volkserzählungen. Um so wichtiger ist es heute, wo Staat und Gemeinde es nicht ertragen können, daß die breite Schicht des Volkes teilnahmslos beiseite steht, daß wir die vaterländische Geschichte dem Volke nahebringen durch Aufzeigen auch dessen, was die Volkskraft in der Vergangenheit für Reich und Staat, für Wirtschaft und Kultur wert war und geleistet hat. Dessen ist im Mittelalter das deutsche Volk sich bewußt gewesen; heute muß dies Bewußtsein in ihm wieder erstehen. Wie sollte das besser geschehen als am Erleben seiner Heimatgeschichte und seiner vaterländischen Geschichte als Fleisch von seinem Fleisch und Geist und Herz von seinem Geist und Herzen.

Bis die Schule sich in dieser Aufgabe zurechtgefunden hat, sollen wir um so eifriger in der Arbeit der freien Volksbildung, Volkserziehung und Volkspflege jung und alt in solch lebendiges Verstehen seiner eignen Vergangenheit einführen. Wie seine Ahnen und Urahnen auf dem heimatlichen Boden sich ansiedelten, ihn bebauten, sich nach Stämmen, Gemeinden, Ständen und Berufen emporarbeiteten, wie sie Lied, Dichtung, Volksgebräuche, Volkssitten, Kunst und Wissenschaft pflegten, was sie an Schicksalen in Krieg und Frieden erlebten. Welche gewaltige Hilfe bietet uns dabei das Erlebnis des Weltkrieges, in dem der Vernichtungswille der Feinde die Geschichte des deutschen Volkes seit Jahrhunderten vor unsern Augen aufrollt. Über den siegreichen Schlachten unserer Millionenheere in Ost und West sahen wir die Geister unserer Ahnen schweben, uns zur tapfersten Ausdauer anfeuernd. Ein jeder von uns daheim, jung und alt, hat mit seinem ganzen Volke jahrelang gedarbt, gearbeitet, gebangt. So erlebten wir im Sturmeswehen dieses Krieges unsere Vergangenheit mit den tiefsten Fasern unseres Herzens. Dies Erlebnis wollen wir in die Friedenszeit hinübernehmen, es dort in uns vertiefen und zum dauernden Gewinne machen.

Einem Volke, das seinen Staat solcherart als sein eigenstes Werk, als Stück seines Herzens erlebt hat, durfte man getrost die gleichberechtigte Teilnahme an Rechten, Pflichten, an Verantwortlichkeit im Staatsleben anvertrauen. Genau so wie die Eltern den Kindern, die sie zu lebendigem Familiensinn, zum Mitsorgen und Mitschaffen im Hause erzogen haben, das Erbe ruhig anvertrauen können.

3. Dem Staate als einer Ordnung organischen Volkstums gliedern wir uns ein aus eigner, freier, sittlicher Selbstbestimmung, nicht aus äußerm Zwang, auch nicht aus Gewissensnot,

nicht aus knechtischer Furcht, nicht aus eigennütziger Berechnung. Diese hohe sittliche Staatsidee hat in verschiedenen Weisen das deutsche Volk in den letzten Jahrhunderten tiefer ausgebildet als ein anderes Volk, in jenen Jahrhunderten schmachvoller nationaler Erniedrigung und Demütigung. Zwar lebte diese Idee damals lange Zeit nur in den Köpfen und Herzen seiner geistigen Führer. Und in viele Volkskreise, auch der Gebildeten, ist sie heute noch nicht gedrungen. Ihnen ist der Staat noch etwas auf den Eigennutz dieser oder jener Berechnetes, oder bloß eine öffentliche Ordnung, in der man nun einmal sich befindet. Sie haben ihn nicht als Volksstaat kennen gelernt. Eine Demokratie, die durch den Staat über Mitbürger zu herrschen sucht, um ihre noch strittigen Interessen in ihm zur Geltung zu bringen, ist etwas Übles; wir erlebten sie schon in gar mancher Demokratie. Die neue Demokratie aber, welche die deutsche Volksfreiheit aller in einer organischen Verbundenheit aller verwirklichen will, ist etwas Edles, Segenbringendes. Sie sieht aber im Staate die staatsbürgerliche Lebensgemeinschaft, eine sittliche Gemeinschaft. Diese Freiheit ist nicht sittliche Ungebundenheit, sondern sittliche Selbstbestimmung zum Gemeinschaftsleben zwecks Verwirklichung der höchsten Fähigkeiten und Aufgaben eines Volkes. Nichts kann veredelnder auf die demokratischen Bestrebungen wirken als die freie Bindung des Staatsbürgers an die Lebensgesetze des Staatsorganismus.

Dann wird der Bürger sich ebenso frei und freudig und pflichtbewußt dem Staate eingliedern, wie er sich seiner Berufsorganisation aus Gemeinsinn, Standesbewußtsein und Solidaritätsgesinnung anschließt und einordnet.

4. Das politische Parteileben muß wieder gesunden, indem es sich dem Staats- und organischen Volksleben mehr unterordnet und eingliedert. Sein Ziel soll sein der Wettbewerb unter den Parteien darum, welche Partei das Beste für die Gesamtheit leistet. Die Partei ist nicht Selbstzweck, wenn auch so manche politisch eifrig tätige Bürger nur in der größten Ehre ihrer Partei gegenüber andern, die sie schon um ihrer Existenz willen bekämpfen, das Ziel ihrer Tätigkeit in der Partei suchen. Gewiß kann nur in Parteien die Einflußnahme auf das Leben von Reich, Staat und Gemeinde geschehen. Der politischen Temperamente, der Weltanschauungs- und Interessengegensätze sind gerade in Deutschland so viele. Daß dieses vielgestaltige und an Gegensätzen reiche deutsche Parteileben sich auch untereinander friedlicher und mit mehr Gemeinschafts- und Verantwortlichkeitsgefühl gegen die Volks- und Staatsgemeinschaft betätigen kann, hat seine Haltung in der Kriegszeit bewiesen. Möchten wir von diesem stärkern Gemeinschafts- und Verantwortlichkeitsgefühl recht viel in die Friedenszeit dauernd hinüberretten. Die gewaltigen Aufgaben des Wiederaufbaues des durch den Krieg Zerstörten zwingen uns auf Jahre hinaus dazu. Zum äußern Zwange möge aber auch der innere Drang aus geklärter Einsicht und freier Selbstbestimmung treten. Nicht so sehr gegeneinander als nebeneinander und recht oft miteinander! soll uns Losung sein. Manche Kampfgegensätze werden dann sich verringern und zusammenschrumpfen, besonders auf dem Gebiete der Weltanschauungs- und Interessenkämpfe.

Bislang traten aber die Programmforderungen der Parteien und Wirtschaftsgruppen oft noch zu scharf in den Vordergrund vor den Gemeinschaftsbedürfnissen der Gesamtheit. Werden dann z. B. kirchenpolitische und Schulfragen nicht weitaus sachlicher behandelt werden können als bisher, wo von einzelnen Hitzköpfen ein Kulturkampf über Nacht aufreizend in die Öffentlichkeit immer wieder getragen wurde, während das Volk erst dafür aufgepeitscht werden mußte, weil es kein Bedürfnis nach diesem Kampf und dessen Zielen fühlte? Werden diese Fragen dann nicht vielmehr mit der Ehrfurcht behandelt werden können, die allem gebührt, was mit dem religiösen Leben des einzelnen, der Familie innig zusammenhängt? Werden insbesondere die Forderungen der radikalen Demokratie dann nicht eine heilsame Berichtigung erfahren? Gerade diese Demokratie hat sich ja vielfach so weit im Doktrinarismus verirrt, weil sie den Lebensbedürfnissen des organischen Staats- und Volkslebens entfremdet ist. Auch hier trägt die Demokratie die Kräfte der Heilung in sich, während Bekämpfung von außen her sie nur weiter aufpeitscht und abirren läßt.

Die Betätigung im politischen Parteileben sollen wir darum bei allen, die wir dazu heranziehen, als Dienst am Vaterland, als Ausübung einer staatsbürgerlichen Pflicht zum Bewußtsein bringen. Das Volk bestellt ja in der Demokratie durch die Volksvertretung die Volksregierung. Mit diesem Geiste sollen die Vertrauensmänner der Partei sich erfüllen, mit ihm die Wähler für die Volksabstimmung warm machen, unter diesem Gesichtspunkte soll die Stellungnahme der Partei zu allen wichtigen politischen Fragen erklärt werden. Dann werden dem politischen Parteileben nicht die idealen Ziele fehlen, die immer wieder das Interesse am Leben des Staates lebendig machen. Wenn bisher so viele sich vom politischen Leben unbefriedigt abwandten, die Wettkämpfe der politischen Parteien oft zur Rechthaberei entarteten, zu Kämpfen von um die Macht ringenden Parteigruppen und Parteiprogrammen oder Parteiinteressen, so war das nur möglich, weil das Bewußtsein verlorenging, daß alle Bürger auf Gedeih und Verderb zu einem Volksganzen verwachsen sind, das durch Abstammung, Bildung und wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten in einen eigenartigen Lebenskreis gebannt wurde, den es zu pflegen gilt. Dieses Volksganze in staatlicher Lebensgemeinschaft ist äußerst verwickelt, lebt von dem Wettringen verschiedenartig gerichteter Kräfte, von denen eine jede Eigenartiges beitragen soll, aber in harmonischem Ausgleich. Das will die Losung besagen: Das Vaterland über die Partei! Jeder eifert für die bestmögliche Förderung des Ganzen, so wie er sie am ehesten glaubt zu erreichen, er freut sich aber auch des Guten, das andere auf ihre Weise ehrlich zum Besten des Ganzen leisten, und benutzt gern jede Gelegenheit zum Zusammenarbeiten.

5. Im politischen Leben sollen demgemäß die Sonderforderungen zurücktreten vor den Lebensbedürfnissen von Volkstum und Staatsleben. War es ein gesunder Zustand, daß in den politischen Versammlungen und in der politischen Presse die Parteibestrebungen und der oft öde Parteikampf sich so breitmachten, dagegen die Pflege des Staates und des Volkstums, die Erörterung der großen national- und weltwirtschaftlichen, weltpolitischen und innerpoli-

tischen Lebensfragen so sehr in den Hintergrund trat? Daß infolgedessen die Bürger vornehmlich mit Kleinigkeiten des Partei- und Tageszanks beschäftigt wurden? Daß immer mehr Gebildete und Nichtgebildete, die daran kein Genügen fanden, sich vom politischen Leben fernhielten? Schreibt statt dessen vor ihnen und sprecht zu ihnen von jenen großen Lebensfragen, führt sie in deren Verständnis ein, ihr werdet wieder politisches Interesse finden und gleichzeitig auch sittigend, mäßigend auf die radikalen demokratischen Kreise wirken. Ihr werdet die Zahl der innerlich Staatslosen und darum naturgemäß Radikalisierten in hohen oder niedern Kreisen verringert sehen, die des Staates sich nur erinnern, wenn ihre Standes- oder sonstige besondere Interessen durch ihn gefördert werden sollen, die dann aber auch, ob reich, ob arm, maßlos in ihren Forderungen sind. Wir Katholiken beklagen oft, daß so manche unter uns im staatsbürgerlichen Leben nur kirchenpolitisches oder wirtschaftliches Interesse kennen. Wie haben die Einsichtigern unter uns es begrüßt, als wir um die Wende der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts Licht und Luft fanden und aus der uns aufgedrängten Opposition in die aufbauende politische Arbeit übertreten konnten. Gar manche unter uns haben aber diese Entwicklung noch nicht innerlich mitgemacht. Es ist das besondere Verdienst des Volksvereins und der sozialen Standesvereine, daß sie die Bildung einer staatsbürgerlichen, sozialen und kulturellen Weltanschauung neben der religiös-kirchlich gerichteten so erfolgreich in die Wege geleitet haben.

Eine solche Pflege des politischen Sinnes führt auch in das liebevolle *Verständnis der Lebensbedingungen des Staates*. Dahin gehört u. a.:

Die klare Einsicht, daß der Staat eine unabhängige Herrschgewalt und *volles Selbstbestimmungsrecht auf seinem Gebiete* besitzt. Im Rahmen des sittlich Erlaubten und in Unterordnung unter höhere Interessen bestimmt er aus eignen Zweckmäßigkeitsgründen und aus den innern Staatsnotwendigkeiten, was er zu tun und zu lassen hat. Eine praktische Lehre daraus ist, daß die politischen Parteien sich auf den Boden der Verfassung zu stellen, stets dem Staate zu geben haben, was des Staates ist, sich also durch die politischen Einsichten und Erwägungen, die sich am Staatswohl und an den Staatsnotwendigkeiten orientieren, in ihrer Tätigkeit leiten lassen müssen. Zur religiös-sittlichen Bildung muß deshalb bei den Bürgern staatsbürgerliche Bildung und Schulung treten.

Der Staat ist Gemeinsache des ganzen Volkes In der Demokratie ist das verfassungsmäßig festgelegt. Gegen seine Verfassung versündigt sich, wer ihn einseitigen politischen, wirtschaftlichen oder konfessionellen Interessenbestrebungen dienstbar machen, ihn dafür ausnützen will. Solcher stößt ihn gleichsam von seinem Thron und fordert ihn damit zur Notwehr heraus.

Der Staat ist die höchste natürliche Lebensordnung der Menschheit. Er ist etwas weitaus Höheres als eine Gegenseitigkeitsversicherung der wirtschaftlichen Ansprüche der einzelnen Erwerbskreise oder eine Aktiengesellschaft für bestimmte Erwerbs- oder

Betriebszwecke. Nicht bloß weil er auch höhere als wirtschaftliche Aufgaben zu lösen hat. Er ist vielmehr eine naturnotwendige Lebensgemeinschaft. Von dem, was er für die Sonderinteressen leistet, kann deshalb der Bürger niemals seine Stellung zu ihm abhängig machen. Genau so ist die Ehe, die Familie keine auf Leistung und Gegenleistung fußende häusliche Wirtschaftsgemeinschaft, sondern eine um ihrer selbst willen notwendige Lebensordnung und Lebensgemeinschaft. Somit müssen wirtschaftliche Forderungen einzelner Erwerbsstände im Konfliktsfalle zurücktreten hinter nationalen Existenzfragen.

Die gesamte Entwicklung des staatlichen Lebens im geschichtlich gewordenen gegenwärtigen Zustande des Staates ist bedingt durch eine harmonische Entfaltung der in ihm zusammengeschlossenen verschiedengearteten Glieder. Die Verfassung will dieses Gleichgewicht festhalten. Sie kann und muß mit der allgemeinen Entwicklung des Volkes auswachsen, kann dies aber nur in organischer Entfaltung und nur in gleichem Schritte mit wachsender politischer Reife. Politischer Sinn beweist sich deshalb auch in der Wertung und Behandlung der Verfassungsfragen. Deshalb muß auch ein Ausgleich gesucht werden der konservativen und freiheitlichen Strebungen; jede muß ihre Korrektur an der andern finden. Das gleiche gilt von dem ererbten Alten und dem durch die Entwicklung geforderten Neuen. Nirgendwo in der Natur und im Menschheitsleben versinkt das Alte aus der frühern Epoche in Nichts und macht dem Neuen freien Platz zur Alleinherrschaft. Die wirtschaftliche Epoche der Hauswirtschaft wurde durch die der Stadtwirtschaft, diese durch die der Nationalwirtschaft und Volkswirtschaft in der Vorherrschaft abgelöst, aber heute leben unter letzterer viele Einrichtungen aus den frühern Zeiten fort, weil und soweit sie noch Lebenskraft und Zweck haben.

Wie jedes Volk seiner besondern natürlichen Begabung entsprechend seine eigenartige Entwicklung nimmt, so auch sein Staatsleben. Nichts widerspricht deshalb mehr dem reifen politischen Sinne, als das Bestreben, Einrichtungen und Maßnahmen fremder Staaten im eignen Staate roh nachäffen zu wollen. Die rechte Wegweiserin ist die Geschichte des eignen Staates und seiner Verfassung wie der kulturellen Entwicklung des eignen Volkes. Ihre Kenntnis behütet dann auch vor doktrinärem Projektemachem, vor Überstürzung in Reformen. Sie lehrt weiter, daß nicht so sehr die Art der Staatseinrichtungen als gesunder Bürgersinn und politische Weisheit wie nicht minder nationales Selbstbewußtsein das Glück des Staates und seiner Bürger gewährleisten.

Letzten Endes führt darum politische Einsicht und staatsbürgerliche Gesinnung zu der Erkenntnis, daß der Volksstaat das ist, was seine Bürger aus ihm machen, d. h. ihm an Lebensgeist in staatsbürgerlicher Betätigung geben; daß er für seine Bürger dann am meisten und das Höchste leistet, wenn sie darin wetteifern, für ihn das Beste und Tüchtigste zu tun und zu opfern. Er verlangt verständnisvolle und gänzliche, nur auf das Gemeinwohl gerichtete Hingabe, soll er gedeihen; er lohnt es aber auch seinen Bürgern tausendfältig.

6. Welche Aufgaben der staatsbürgerlichen Bildung und Erziehung demnach zufallen, dürfte auf der Hand liegen. (Wertvolles und Grundlegendes bietet Anton Heinen in: „Jugendpflege als organisches Glied der Volkspflege", besonders in den Abschnitten: Staatsbürgerliche Erziehung der Jugendlichen.) Leitgedanke muß sein, daß nicht lehrmäßiger Unterricht über den Wissensstoff das Wesentliche ist, sondern die Gesinnungspflege, die Willenserziehung; denn, wie schon mehrfach betont wurde, der Staat ist nicht aus klügelnder Berechnung der ihren Nutzen suchenden einzelnen hervorgegangen; in ihm bleibt, für ihn sinnt, arbeitet und opfert man nicht aus den Beweggründen, aus denen man einer Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaft beitritt. Der Staat ist vielmehr gewachsenes Volkstum, mit dem man sich organisch verbunden fühlt, eine mit dem Bürger, seinen innersten Trieben und seelischen Bedürfnissen verwachsene natürliche sittliche Lebensgemeinschaft, genau so wie die Familie, die Verwandtschaft, der Berufsstand, die Heimatgemeinde, der Volksstamm. Der Krieg hat uns wieder erleben lassen, daß das Volk und der Staat eine heilige Blutsgemeinschaft ist, die eine Seele hat, die die heiligsten Güter als Wurzelkraft trägt und nährt. Deshalb gibt man sein Leben für Volk und Staat hin, singt in ergreifenden Liedern vom Vaterland, zu dem der Staat im Laufe der Jahrhunderte um so mehr ausgewachsen ist, als ganze Geschlechter seinen Boden mit opfernder Mühe und Arbeit, mit ihrer hingebenden Liebe und Begeisterung, mit ihrem Blute geheiligt haben. Hölderlin hat dafür das treffende Wort gefunden: „O heilig Herz der Völker, o Vaterland!" Herz aber ist Liebe.

Aus Liebe wird also der gesunde volkstümliche Staat geboren, aus ihr lebt er, pflanzt er sich fort, wirkt er fruchtbringend. Weil Liebe seine Lebenskraft ist, mußte auch neuerdings wiederum immer wieder für seinen Bestand und seine innere Erneuerung das Blut des Volkes fließen, mußte auch neuerdings wiederum ein Meer von Tränen für ihn vergossen werden.

Die staatsbürgerliche Erziehung muß also Liebe zum Staat, zum Vaterlande wecken, alle natürlichen, den Bürgern eingeborenen Instinkte naturhafter Anhänglichkeit zum Selbstbewußtsein, zur Selbstbestimmung freier Hingabe an Staat, Vaterland und Heimat entwickeln und vertiefen. Jedes Naturvolk folgt in der Stunde der Not und der Erhebung diesem natürlichen Triebe, so wie das Tier sein Junges verteidigt. Das Kulturvolk muß durch alle höhern sittlichen Triebe diesen Instinkt veredeln zur reinen Liebe.

Die staatsbürgerliche Erziehung muß diese Liebe zur Selbstbetätigung lenken und antreiben, und zwar zur selbstlosen Hingabe. Sonst bleibt sie nur gefühlsmäßig, bloße Romantik, beginnt bald zu zerfallen, zu schwinden. Staatsbürgerliche Erziehung sieht deshalb darauf, den Bürger von jung auf zum Mitschaffen anzuhalten und dadurch in ihm die Freude am Mitschaffen im Staate zu wecken und zu stärken. So wie der rechte, lebenskräftige Familiensinn im Kind und in der heranwachsenden Jugend erst entsteht, wenn in ihnen der Trieb zum Mitschaffen in der Familie und für die Familie erwacht ist, und die

Freude an der Familie auch als Freude an der eignen Schöpfung empfunden wird. So wie der Gemeinsinn in dem Staat und in dem Beruf erst fruchtbare Wurzeln schlägt, wenn man für ihn, sein Wohlergehen, seine Ehre in der Gesellschaft sich einsetzt, dafür strebt und wirkt, auch kämpft.

Diese Liebe zu „meinem Lande", zu „meinem Volke", zum Lande meiner Väter, zum Erbe meiner Kinder ist die Ausdehnung der Liebe, die ich zu meiner Familie, zu meinem Stande, meiner Vaterstadt, meiner Heimat, meinem Volksstamm im Herzen trage, auf die Volksgemeinschaft, zu der ich mit allen meinen Volksgenossen durch Geschichte, durch die Arbeit vieler Geschlechter, durch die Erfordernisse der zweckmäßigen Pflege des Gemeinwesens verantwortlich verbunden bin. Liebe zur Volksgemeinschaft als der Volks- und Staatsfamilie kann also nur dort stark sein, wo Familiensinn, Berufsfreude und Berufsstolz, Standesbewußtsein lebenskräftig entwickelt sind. Besonders der Familiensinn muß also der Ausgangspunkt staatsbürgerlicher Erziehung sein. Tätiger Familiensinn aber ist Vatergesinnung, Mütterlichkeit. Jeder Bürger muß sich als Vater in der Gemeinde und im Staate fühlen, nicht bloß der im Ehrenamt in der Gemeinde tätige Stadtvater oder im Staate der Landesvater und diejenigen, die ihm zur Seite den Staat und das Volk betreuen. Davon haben wenigstens ein dumpfes Gefühl unsere Krieger, die „mit Schmerzen das neue Deutschland geboren haben". Denn es mußte in diesem Kriege innerlich wiedergeboren werden.

Wer einmal begriffen hat, daß die staatsbürgerliche Erziehung die Pflege von Liebe zu Volk, Vaterland, Staat und Gemeinde ist, wer aus solchem Denken und Fühlen die vaterländische Geschichte seines Volkes, das nationale Geistes- und Gemütsleben in Sage, Märchen, in Dichtung und Kunst, im deutschen Idealismus der großen Denker erlebt, miterlebt hat, dem brauchen wir kein System und keine Methode staatsbürgerlicher Erziehung und Bildung vorzuschreiben, der wird auch den Belehrungen über Verfassung des Reiches und Staates, über die Rechte der Krone, der Regierung und Verwaltung, der Staatsbürger lebendigen Geist, Gemütswerte und Willenskraft einhauchen, den Stoff der Staatslehre, der Bürgerkunde umformen und lebensvoll, Geist und Herz zwingend gestalten. Wer das aber nicht erlebt hat, den würden wir nur zu einem unfruchtbaren Handwerk verleiten, das mehr verbildet und zerstört. „Wenn ihr's nicht fühlt, ihr werdet's nicht erjagen." Wer es jedoch erlebt hat, der wird schon in der Volksschule dem Kinde an Hand der heimatlichen Sagen, Märchen, der Heimatkunde, der vaterländischen Lieder, Gedichte und Geschichte, ausgehend von den Erlebnissen dieses Weltkrieges, Sinn und Bedeutung des Staatsbürgertums erschließen und seinem Herzen nahebringen. In diesem Lichte wird er ihm das Kleinleben der Vaterstadt, das es tagtäglich umspült und beeindruckt, des Staates anschaulich und liebeheischend darstellen. Ebenso in der Fortbildungsschule, wo schon Beruf, Wirtschaftsleben mit ihren Pflichten und Rechten Anspruch auf das Interesse und die Mitbetätigung des Jugendlichen erheben. Hier wie noch mehr im Jugendverein wird er ihn bei alledem ansprechen als den werdenden

Mann und Staatsbürger, der nach zehn oder zwanzig Jahren durch das Wahlrecht herangezogen wird zu verantwortlichem Mittun und Mitbauen am Gemeinwesen, der dann als Beisitzer im Gewerbegericht, als Vorstandsmitglied der Krankenkasse, als Vertrauensmann seiner politischen Partei, seines Berufs- oder Standesvereins, als Armenpfleger, Waisenpfleger usw. oder gar als Gemeindevertreter in hervorragendem Maße für seine Mitbürger und Standesgenossen ein Amt zu führen hat. Der Jüngling träumt ja von hochherzigen Taten, von Hingabe an andere; da gilt es ihn zu packen bei seinem keimenden Familiensinn, Standesbewußtsein, Solidaritätsgefühl wie nicht minder bei seinem staatsbürgerlichen Fühlen. In ihm gilt es dann seine erwachende Männlichkeit verwachsen zu lassen mit den lebendigen Gestalten und Schicksalen, nicht den Geschichtszahlen und Staatsaktionen, mit seiner vaterländischen Geschichte, seiner Heimatgeschichte, vor allem mit dem Geistesleben, Kultur- und Wirtschaftsleben, mit der Geschichte seines Standes, der sich emporarbeiten mußte. Lebendig verkörpert soll er all das sehen in den Gestalten der großen Männer, die aus dem Schoße seines Volkes emporstiegen, in denen dieses Volk, dieser Stand aussprach, was sie fühlten und erstrebten. Insbesondere die Denkmäler der Vaterstadt und der engern Heimat in der Kunst, in Gebräuchen und Sitten, in Stiftungen und Anstalten sollen ihm vertraut werden und zu ihm sprechen zu beginnen. Also Lied, Sage, Dichtung, Kunst und Natur, Überlieferung und Geschichte, das tagtägliche Gemeinschaftsleben mit all den Beziehungen und Banden von Pflichten und Rechten, die es immer enger um den werdenden Bürger zieht, sind die unerschöpflichen Quellen staatsbürgerlicher Erziehung. Und beim Mann ist aus diesen Quellen weiter und tiefer zu schöpfen in Vorträgen, in Unterrichtskursen, in der politischen und Standespresse, in der weisen Führung zum Schöpfen aus dem reichen Schatze des deutschen Schrifttums, das ihm die Büchereien darbieten sollen.

Dann erwächst in der Demokratie ein gesunder Freiheitssinn, der zuerst auf das Geben, das beglückende Schaffen für das Gemeinwohl bedacht ist. Dann berichtigt auch das stürmische demokratische Streben sich selbst aus dem Miterleben der Lebensgesetze des organischen Volkstums, der vom Geiste des Gemeingefühls und der Gesamtverantwortlichkeit beseelten, lebensvollen Volksgemeinschaft in Gemeinde und Staat. Dann werden wir nachholen, was in den langen Jahrhunderten unserer nationalen Erniedrigung und staatsbürgerlichen Verkümmerung an vaterländischem und staatsbürgerlichem Geist im deutschen Volke zugrunde ging. Dann werden wir hoffen dürfen, die radikale deutsche Demokratie durch die organische deutsche Volksfreiheit wiederum heilen und gesund zu machen. Gehen wir an diese staatsbürgerliche Arbeit mit derselben Liebe, mit der wir die deutsche soziale Arbeit so fruchtbringend aufgebaut haben. Was wir hier erprobten und lernten, wird uns dabei Wegweiser sein.

Volksvereins-Druckerei GmbH., M.Gladbach 9498

Von demselben Verfasser erschien:

Jugendfürsorge und Jugendvereine

Ein Handbuch, herausgegeben unter Mitwirkung von Vereinspräsides

Zweite, verbesserte Auflage. Gebunden M. 3.–

„Das Buch ist eine Perle in unserer sozialen Literatur und muß jedem Jugendvereins-Leiter und jeder in der Jugendbewegung tätigen Persönlichkeit hochwillkommen sein." Pharus, Donauwörth.

Rektor Anton Heinen:

Mammonismus und seine Überwindung

Eine sozial-ethische Studie. M. 1.60

Dr. Fritz Rothe:

Nach dem Kriege

Tatsachen und Forderungen unserer volkswirtschaftlichen und sozialen Zukunft. 1918. M. 3.20

Dr. Ludwig Nieder:

Der „wissenschaftliche" Sozialismus die Grundlage der Sozialdemokratie

Gemeinverständlich erörtert. 20 Pf.

Schriftleiter Joseph Joos:

Krisis in der Sozialdemokratie

Zweite Auflage. Gebunden M. 1.–

Die sozialdemokratische Frauenbewegung in Deutschland

Gebunden M. 1.–

Dr. Richard Berger:

Fraktionsspaltung und Parteikrisis in der deutschen Sozialdemokratie

Tatsachen und Tendenzen. M. 1.40

Staatsbürger-Bibliothek

Bis Ende 1918 erschienen 80 Hefte zu je 45 Pf.

Zeichnet sich aus durch billigen Preis, gute Ausstattung, allgemeinverständlich gehaltene bis in die letzte Zeit fortgeführte Berichterstattung

Volksvereins-Verlag G. m. b. H., M.Gladbach

Führer des Volkes

Eine Sammlung von Zeit- und Lebensbildern

1. Band: **Franz von Assisi.** Von Emil Dimmler. 60 Pf. 2. Band: **Melchior von Diepenbrock.** Von Universitäts-Professor Dr. Wilhelm Kosch. 60 Pf. 3. Band: **Ludwig Windthorst.** Von A. Reumont. 60 Pf. 4. Band: **Peter Reichensperger.** Von Dr. F. Schmidt. 60 Pf. 5. Band: **Adolf Kolping.** Von Dr. A. Franz. 60 Pf. 6. Band: **J. M. Sailer.** Von Universitäts-Professor Dr. Wilhelm Kosch. 60 Pf. 7. Band: **Joseph v. Görres.** Von Realschuldirektor Dr. W. Schellberg. 60 Pf. 8. Band: **Friedrich Spe.** Von Universitäts-Professor Dr. Wilhelm Kosch. 60 Pf. 9. Band: **Adam Franz Lennig.** Von Dr. A. Diehl. 60 Pf. 10. Band: **Lorenz Kellner.** Von Ernst Sartorius. 60 Pf. 11. Band: **Katharina von Siena.** Von Dr. Maria Maresch. 60 Pf. 12. Band: **Franz Brandts.** 60. Pf. 14. Band: **P. Martin von Cochem.** Von Univ-Professor Dr. Wilh. Kosch. 60 Pf. 15. Band: **Klemens M. Hofbauer.** Von Dr. J. Eckardt. M. 1.20. 16. Band: **Alban Stolz.** Von Hermann Herz. M. 1.20. 17. Band: **Andreas Hofer.** Von Universitäts-Professor Dr. Wilhelm Kosch. M. 1.20. 18. Band: **P. Prokopius von Templin.** Von Pfr. Sebastian Wieser. M. 1.20. 19. Band: **Hermann von Mallinckrodt.** Von Dr. Franz Schmidt. M. 1.20. 20. Band: **Klemens Brentano.** Von Realgymnasialdirektor Dr. W. Schellberg. M. 1.80, geb. M. 2.40. 21. Band: **Burghard von Schorlemer-Alst.** Von Dr. Franz Schmidt. M. 1.20. 22. Band: **Abraham a Sancta Clara.** Von Professor Dr. Karl Bertsche. Geb. M. 4.80. 23. Band: **Die hl. Elisabeth.** Von Dr. Maria Maresch. Geb. M. 4.80. 24. Band: **August Reichensperger.** Von Dr. Franz Schmidt. M. 2.80

Volksvereins-Verlag G. m. b. H., M. Gladbach